

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



20. April 1985
Jg. 6 Nr. 8

G 7756 D Preis:
2,50



Bangemann: "Die niedrigen Lohngruppen müssen Abschied nehmen von überdurchschnittlichen Tarifsteigerungen, wie es sie in den letzten Jahren gab."



38,5-Stunden-Woche: Betriebsvereinbarungen in der Metallindustrie in Kraft Seite 10



Azania: Interview mit PAC-Pressechef E. Makoti: "Der Kampf hat einen Gipelpunkt erreicht" Seite 12



Friedensvertrag: Das Deutsche Reich ist untergegangen! Die BRD muß die Grenzen anerkennen! Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21 / 51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Weltwirtschaftsgipfel: "Freihandel", "Internationale Arbeitsteilung" für noch mehr Reichtum der Imperialisten.....	4
FDP-Vorstoß: Angriffe auf Löhne und das Tarifrecht	7
VDS-Mitgliederversammlung: Einigung gegen Reaktion erleichtert.....	7
Ostermärsche 1985: Antifaschisten und Gewerkschaften gegen die BRD-Kriegsvorbereitungen	8
38,5-Stunden-Woche: Betriebsvereinbarungen in der Metallindustrie in Kraft	10
Auslandsberichterstattung	
Azania: "Der Kampf hat einen Gipelpunkt erreicht"/Interview mit PAC-Pressechef E. Makoti ...	11
Dokumentiert: Das Iringa-Komuniqué des Pan Africanist Congress ..	12
PLO/Al-Fatah: Intensivierung des bewaffneten Kampfes im besetzten Palästina.....	14
Schlussskommté des Revolutionsrates.....	15
Dänemark: Weitere Streiks gegen Lohndiktat.....	15
Großbritannien: Unruhe im öffentlichen Dienst.....	16
Frankreich: Wahlrechtsänderung beschlossen	16
Italien: Volksentscheid gegen Lohnkürzung	17
Kanada: Einbindung in die Offensivestrategie der USA.....	17
Internationale Meldungen.....	18
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	20
Landtagswahlen NRW: FAP zur Wahl zugelassen – sie gehört verboten!	21
Personalratswahlen Baden-Württemberg: GRÜNE, SPD und Gewerkschaften fordern Wahlrecht für Ausländer.....	22

4. MAI: KUNDGEBUNGEN GEGEN REVANCHISMUS UND WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus setzen die westdeutschen Reaktionäre alles daran, den Hitlerfaschismus zu beschönigen. Sie propagieren die Neuordnung "Europas" – diesmal im Bündnis –, das ist ihre Lehre aus der Geschichte. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel, der zur gleichen Zeit stattfindet, will sich die Bundesregierung mit den imperialistischen Staatschefs über weitere Angriffe gegen die Lohnabhängigen verständigen.

Gegen den Gipfel der Imperialisten und anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus finden Veranstaltungen statt. Sie sind unterstützenswert. Die Aufrufe wenden sich direkt gegen den Revanchismus des BRD-Imperialismus. Zum ersten Mal seit Jahren wird die "Anerkennung der DDR" von einer bundesweiten Aktionseinheit, einem Trägerkreis ähnlich wie bei den Friedensdemonstrationen, gefordert. Die Veranstaltungsaufrufe befassen sich dagegen nicht mit der Europapolitik der BRD und setzen sich nicht kritisch mit den Angriffen der Regierung auf die sozialen Verhältnisse der Lohnabhängigen in der BRD auseinander. – (jöd)

Auszüge aus dem Aufruf

Für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Intervention:

Deshalb kommen wir am 4. Mai alle nach Bonn!

Wir werden anklagen und Widerstand leisten.

Wir werden auf einem Tribunal am 3. Mai in der Godesberger Stadthalle die menschenverachtende Politik, für die der Weltwirtschaftsgipfel symbolisch steht, entlarven!

Eine Demonstration am 4. Mai wird unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen! Es wird an allen Tagen des WWG dezentrale Aktionen geben.

Im Gegensatz zu den Herrschenden der Weltwirtschaftsordnung wird von uns keine Gewalt ausgehen. Die Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel sind für viele mittragende Aktionsgruppen Ausdruck aktiven, gewaltfreien Widerstands!

Wir werden uns unsere Anwesenheit in Bonn am 4. Mai nicht verbieten lassen!

Freitag, 3. Mai 85: ca. 10 Uhr Tribunal in der Stadthalle Bonn/Bad Godesberg.

Samstag, 4. Mai 85: Demonstration In Bonn. Beginn der Auftaktkundgebung ca. 12 Uhr, Abmarsch ca. 13 Uhr, Abschlußkundgebung ca. 16.30 Uhr, Münsterplatz.

Mir fordern:

- Stoppt den aggressiven Außenwirtschaftsstrategien der Industrieländer!
- Vollständiger Schuldenerlaß und Wiedergutmachungszahlungen an die Länder der sogenannten 3. Welt.
- Keine Interventionen gegen und Unterdrückung von Befreiungsbemühungen!
- Stoppt die Kriegspläne der NATO! Keine Stationierung der Pershing II und Cruise missiles, Abbau der bereits stationierten Raketen! BRD raus aus der NATO!
- Abschaffung aller ABC-Waffen!
- Stoppt die Atomtests, Rüstungsexporte und Weltraumrüstung!
- Abschaffung der weltweit doppelten Unterdrückung der Frauen durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung und das Patriarchat! Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung!
- Keine Unterdrückung und Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen!
- Endgültiger Verzicht auf die Wiedervereinigungsansprüche seitens der BRD. Anerkennung der DDR-Staatesbürgerschaft.
- Für eine Welt ohne Ausbeutung- und Unterdrückung!

Aktionsbündnis gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Trägerkreis

Siegburger Str. 11
5300 Bonn 3
Tel. (0228) 47 44 00

Spendenkonto:
Bernd Perlinger, Sonderkto. WWG
Nr. 100 954 748
Sparda-Bank Köln (BLZ 370 605 90)

INITIATIVE

40. JAHRESTAG DER BEFREIUNG UND DES FRIEDENS

Vor 40 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der opferreichste Krieg in der Geschichte der Menschheit, wurde die faschistische Gewaltherrschaft in Deutschland von den Armeen der Anti-Hitlerkoalition zerschlagen.

Wir, die Überlebenden aus dem Widerstand, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern –

wir, die wir uns als junge Bürger unseres Landes in die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazibarbarei und den Krieg stellen –

wir, die wir als Demokraten in der Bundesrepublik, als Christen und Gewerkschafter, als Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, als in der Friedens- und Ökologiebewegung Engagierte Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben,

wir sagen: nach Auschwitz und Buchenwald, nach Lidice und Oradour, im Gedanken an die 50 Millionen Tote ist der 8. Mai ein Tag von historischer Bedeutung für unser Volk.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet:

Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des "verlorengegangenen" Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes von Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern, mit wichtigen Grundsätzen der Anti-Hitlerkoalition sichtbar.

Soll das große Ziel eines Lebens ohne Krieg und Faschismus Wirklichkeit werden, müssen die Lehren gezogen werden:

- * nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Nur eine Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben garantiert unserem Volk gutnachbarliche Beziehungen und eine glückliche Zukunft. Neue nukleare Erstschlagswaffen machen die Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Europa zur Zielscheibe eines atomaren Holocaust.
- * nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Deshalb ist es notwendig, den konsequenten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, der Ausländerfeindlichkeit, dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten.

Der 8. Mai mahnt uns, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik zu tragen.

Aus Anlaß dieses Jahrestages rufen wir auf, am Sonnabend, den 4. Mai 1985, in Hamburg, Frankfurt und Köln in Kundgebungen zu demonstrieren.

Wir stehen gemeinsam ein für

- eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel,
- den gemeinsamen Kampf gegen Rassenhetze und Ausländerfeindlichkeit,
- die konsequente Unterbindung aller neonazistischen Aktivitäten und Propaganda, besonders für das Verbot der SS-HIAG.

Machen wir den 8. Mai zu einem nationalen Feiertag der Befreiung und des Friedens!

Veranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel

Schleswig: 29.4. 20 Uhr, Phorterhaus. Von: BWK, DKP, GRÜNE.

Hamburg: 23.3. 19 Uhr, Schule Bleickenallee 1, 2000 Hamburg 50. Von: BWK, FAU/R, KPD.

Dortmund: 26.4. 18 Uhr, Cafe Queue, Hörde. Von: AK Ziviler Ungehorsam, "Buntspecht", BWK, Dritte-Welt-AG der GRÜNEN, Initiative "Kein Frieden mit der NATO—Raus aus der NATO", KB, Mittelamerika-Komitee.

Heidelberg: 29.4. 20 Uhr, Katholische Studentengemeinde, Neckarstadt. Von: BWK, KB, Lateinamerika-Komitee.

Heilbronn: 3.5. 20 Uhr, Wilhelm-Waiblinger-Haus, Schützenstr. 6. Von: BWK, KPD, Volksfront.

REAKTIONÄRE HETZE ZUM TODE ENVER HODSCHAS

"Enver Hodscha hat schwer auf den Albanern gelastet", hat die "FAZ" zum Tode des Vorsitzenden der Partei der Arbeit Albaniens, Enver Hodscha, gehetzt. Am 11.4. ist Enver Hodscha im Alter von 76 Jahren gestorben. Zwei Gründe sind es, die die Imperialisten, speziell die BRD, dazu treiben, den Tod Enver Hodschas mit solchem Gegeifer zu melden. Erstens haben die albanischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der PdAA und Enver Hodschas im zweiten Weltkrieg eindrucksvoll bewiesen, daß auch ein kleines Land sich gegen die große deutsche faschistische Armee erfolgreich wehren kann. Das war eine wichtige Erfahrung für alle Völker und ein bedeutender Beitrag zur Niederlage des deutschen Faschismus. Zweitens widerlegen die Erfahrungen des sozialistischen Albaniens klar alle Theorien der Imperialisten, kein kleines Land könne sich "dem Weltmarkt", "der internationalen Arbeitsteilung", sprich: ihrem Einfluß entziehen, ohne Schaden zu nehmen. Die albanischen Arbeiter und Bauern haben die Kapitalisten und alten Ausbeuter gestürzt und

enteignet und eine unabhängige sozialistische Wirtschaft aufgebaut, und selbst die "FAZ" muß einräumen, "daß die Grundbedürfnisse ... überall im Lande in beträchtlichem Umfang gesichert sind". Das sind wichtige Beiträge zum Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus.— (rül)



Enver Hodscha als Generalkommandant der Nationalen Befreiungsarmee

Buchhandel und Verlage: Aktionen der Beschäftigten 22

Zementindustrie: Knallharte Rationalisierungen 23

Elbgrenze: Völkerrecht weiterhin bestritten 23

Bayerische Krankenhäuser: Vormarsch der Privatkliniken bei der Akutversorgung geplant 24

NPD/Baden-Württemberg: Über 1200 gegen Landesparteitag 25

Schlesiertreffen: Festigung der Front gegen Revanchismus 25

Kasernenunterdrückung: Den Drill für den Ostfeldzug nehmen die Soldaten nicht widerstandslos hin 26
Reaktionär-faschistisches gefördert 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Pommern-Ostpreußen-Quiz: Revanchistische Vorbereitung auf den 8. Mai an den Schulen 29

Sozialstatistik

Einkommen: (VI) Monopolisierung von Vermögen — Ergebnisse der Einkommenspolitik 1974-1980 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Spezialliteratur: Kapitalisten und Kommunen, kommunale Wirtschaftsförderung 32

GRÜNE: Debatte über die Änderung des Sexualstrafrechts 33

Rentenpolitik: Grüne Alternativen (II) — Mindestrente/-einkommen 34

Spezialberichte

Friedensvertrag: Das deutsche Reich ist untergegangen! Die BRD muß die Grenzen anerkennen! 36
"Friedensvertrag" soll Expansionismus populär machen 37
Politische Opposition zum Friedensvertrag 38

Weltwirtschaftsgipfel

"FREIHANDEL", "INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG" FÜR NOCH MEHR REICHTUM DER IMPERIALISTEN

Weltwirtschaftsgipfel sind immer auch Propagandaveranstaltungen, mit großem Aufmarsch der Staatsgäste, geschützt durch zahllose Polizeikräfte, mit Galaessen, Presse aus aller Welt usw. So manche "kritische Stimme" in der bürgerlichen Presse wird dadurch verlockt, diese Konferenzen mit dem Vorwurf anzugehen: "Außer Spesen nichts gewesen."

Das ist falsch. Seit ihrer Einrichtung vor elf Jahren haben die Imperialisten die Weltwirtschaftsgipfel genutzt, um zu beraten, wie die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Lohnabhängigen in ihren Ländern geschlagen werden können und wie die Gegenwehr in der Dritten Welt gegen die von den Imperialisten beherrschte Weltwirtschaft besiegt werden kann.

An den Erfolgen, die die Imperialisten dabei in den vergangenen Jahren erzielen konnten, will die Bundesregierung auf dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai in Bonn anknüpfen. Mit seiner Vorbereitung hat Helmut Kohl Staatssekretär Tietmeyer vom Finanzministerium beauftragt. Dieser hat in Abstimmung mit den Regierungen drei Schwerpunkte der Beratungen festgelegt. Die Schwerpunkte dokumentieren: Die Imperialisten wollen zur Fixierung neuer Elendsstandards für die Lohnabhängigen in ihren Ländern schreiten und die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen dauerhaft vertiefen. Hinsichtlich der Dritten Welt soll zur Beschlagnahme sämtlicher Ressourcen in diesen Ländern geschritten werden.

Erster Schwerpunkt der Beratungen in Bonn ist dazu die "Lage in den Industrieländern". Hier strebt die Bundesregierung insbesondere "mehr Flexibilität auf dem europäischen Markt" an, speziell auf dem Arbeitsmarkt. "Europa hängt hinter den USA zurück, insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit", ist die Lösung. Norbert Blüm will sein Arbeitszeitgesetz und sein Beschäftigungsförderungsgesetz zum EG-Modell machen. Umgekehrt will die BRD an die Erfolge der US-Imperialisten hinsichtlich der Gestaltung des Lohns und der Arbeitsbedingungen der US-Lohnabhängigen anknüpfen und diese zum Maß für westdeutsche Löhne und Arbeitszeiten machen. Diese "Erfolge" sind:



Auch ein Erfolg des imperialistischen "Freihandels": Die Weltmarktpreise für Rohstoffe der Dritten Welt für die imperialistische Industrie lagen im Januar 11% niedriger als im Januar 1984. Bild: Holzfäller in Brasilien.

Anhebung des Rentenalters auf 70 Jahre, massenweise Rekrutierung von Arbeitslosen für Beschäftigungen ohne tarifliche Sicherung des Lohns, ohne Versicherungsschutz, dafür mit der "Freiheit", nach Beendigung der einen Beschäftigung z.B. noch eine Nachschicht im Supermarkt antreten zu dürfen. Helmut Kohl nennt das: "Auf dem Weltwirtschaftsgipfel werden die westlichen Industrienationen die Weichen für gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stellen."

Zweiter Schwerpunkt ist: "Der Welthandel". Hier verlangen die US-Imperialisten u.a. eine Senkung der EG-Agrarzölle und Exporterleichterungen nach Japan. Die westeuropäischen Imperialisten verlangen ebenfalls Exporterleichterungen nach Japan und wollen gemeinsam mit den japanischen Imperialisten und den USA von den Staaten der Dritten Welt weiter sinkende Rohstoffpreise erzwingen.

Auch wenn manchmal der Eindruck entsteht, als fordere jede imperialistische Bourgeoisie Freihandel nur für ihre eigenen Waren: Freihändler sind sie alle. Kein anderes System erlaubt den Kapitalisten, so rasch und so umfassend Vorteile aus jeder Niederlage zu ziehen, die einer von ihnen der "eigenen" Arbeiterklasse beibringen kann. Jeder Erfolg der Kapitalisten wirkt heute vermittelt über den Weltwaren- und Weltkapitalmarkt sofort auch gegen die Lohnabhängigen in den anderen imperialistischen Ländern, steigert den Druck auf diese weiter

DGB KNABBERT AM HAKEN VON BIBEL UND FDGO

Der DGB verliert Mitglieder, und in der Öffentlichkeit verlieren seine Äußerungen an Gewicht. Mai-Aufrufe sind für den DGB eine Gelegenheit zur ideologischen Orientierung des Funktionärskörpers. Die diesjährige Lösung – "Unsere Stärke heißt Solidarität" – umgeht zunächst die Frage, was für einen Grund die zunehmende Schwäche des DGB haben kann, und stellt sich dann auf neue Zeiten ein:

"Vor mehr als hundert Jahren sind die Gewerkschaften angetreten als Zusammenschluß derjenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten müssen und als einzelne auf dem Arbeitsmarkt hoffnungslos unterlegen wären. Die Gewerkschaften handeln nach dem Prinzip Solidarität: Die Schwächeren sind zu schützen, um damit alle voranzubringen. – 1949 hat sich dieser Gedanke im Grundgesetz niedergeschla-

gen: Das Sozialstaatsprinzip ist ein Auftrag der Verfassung! – Heute ist dieses Sozialstaatsprinzip bedroht."

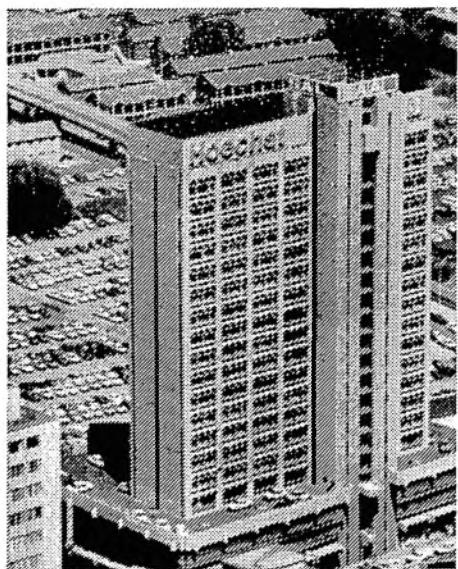
Zu welchem Zweck sind also "die Schwächeren zu schützen"? "Um damit gleichzeitig alle voranzubringen"! Das ist eine äußerst rechte Deutung christlichen Wohltätigkeitsdenkens, (Was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan). Kann also jemand beweisen, daß der Schutz der Schwächeren nicht "gleichzeitig alle voranbringt", fällt die Begründung solidarischen Handelns weg. So rechtfertigt z.B. Blüm seine Politik. Im Einklang mit Grundgesetz, denn dort sind der "soziale Rechtsstaat" und die "soziale Marktwirtschaft" geschützt. Solange die Arbeiter den Marktgesetzen folgen und ihre Arbeitskraft gegeneinander konkurrierend anbieten, gehen sie kaputt. Nicht weil sie "einzelnen" sind, sondern weil sie gegeneinander handeln. Nur wenn die Arbeiter das bürgerliche "Recht

des Einzelnen" (z.B. auf Streikbruch) mißachten, können sie wirtschaftlich was erreichen und gleichzeitig ihre Menschenwürde behaupten, auf Speicheldecken verzichten ohne Gefahr des Hungerns. Im Grundgesetz steht nicht Solidarität, sondern das Gegenteil: Marktwirtschaft und Rechtsstaat.

Wenn der DGB die Begründung Blümscher Politik schluckt, kann er die Maßnahmen nicht zurückslagen. – (maf)

BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE AN UNIVERSITÄTEN

Der Bildungsausschuß des Bundestages hat inzwischen den Gesetzentwurf der Bundesregierung über befristete Arbeitsverträge für wissenschaftliches Personal an Hochschulen befürwortet. Mit dem Gesetz wären neue Gründe für solche Arbeitsverträge (Weiterbildung, befristete Haushaltsumittel, Drittmittelforschung, erst-



Westdeutsche Niederlassungen in Südafrika (rechts: BRD-Lederfabrik bei Pretoria, links: Hoechst-Johannesburg). 1983 beuteten die BRD-Imperialisten in Staaten der Dritten Welt 527000 Lohnabhängige in 2495 Unternehmen aus.

und stachelt die Kapitalisten an, den Angriff auf "ihre" Lohnabhängigen zu verschärfen.

In der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern ist die Kritik an diesem Freihandel und freien Weltkapitalmarkt trotz der ungeheuren Vorteile, die den Kapitalisten daraus erwachsen, bis heute schwach. Diese für sie günstige Lage wollen die Imperialisten nutzen, um zu einer Neufassung gemeinsamer Mindestbedingungen für einen "freien Weltwaren- und Kapitalmarkt" zu schreiten und die Konkurrenz unter den Arbeitern zu vertiefen. Ausdruck dessen sind die Ankündigungen einer "Neuverhandlung des GATT". Dieses "Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen" ist von den Imperialisten 1947 abgeschlossen und enthält Mindestbedingungen für die "freie" Konkurrenz auf dem Weltwaren- und Weltkapitalmarkt, um je-

de Enteignung imperialistischen Kapitals zu verhindern und jeden Erfolg, den die Arbeiterbewegung in einem dem GATT angeschlossenen Land erlangt, über dessen Abhängigkeit vom Weltmarkt mit dem Einsatz aller Imperialisten rückgängig machen zu können. Auf dem Bonner Gipfel soll über neue Grundsätze, die diesem Ziel dienen, beraten und wenn möglich der Termin einer neuen GATT-Konferenz festgelegt werden.

Die BRD ist bei diesen Bestrebungen schon lange eine treibende Kraft. In der EG steht ihr schon jetzt der größte Markt offen. International sind sie nach den USA zweitgrößter Warenexporteur, bei verarbeiteten Produkten sogar größter Exporteur. Kaum eine andere imperialistische Macht hat in den vergangenen Jahren so rabiat und rasch wie die BRD Vorteile aus jeder Niederlage der Arbei-

male Anstellung) geschaffen. SPD und GRÜNE lehnen den Entwurf als "schwerwiegenden Eingriff in die Tarifautonomie" ab: Die Bundesregierung hatte den Gesetzentwurf eingebrochen, nachdem Tarifverhandlungen 1984 gescheitert waren. — (alk)

LIBYER-MORD: LUMMER WIRD VORBILD

Die Ermordung eines libyschen Oppositionellen am Ostersamstag in Bonn soll zu einer Verschärfung der Ausländerverfolgung dienen. Wenige Tage nach dem Anschlag ließ Regierungssprecher Boenisch verlauten, der Täter — ein als Tourist eingereister Libyer — sei dem Bundeskriminalamt schon am 1.2. als potentieller Attentäter bekannt gewesen. Dennoch habe das Ausländeramt in Bonn am 21.2. das vierwöchige Visum des Attentäters verlängert. Soll also künftig eine Verdächtigung des BKA bereits Haftgrund sein? NRW-Innenminister

Schnoor schloß sich dieser Ausländerhetze sofort an. Er erklärte: "Wir werden nicht hinnehmen, wenn Ausländer auf diese Weise tätig werden." Der Mord müsse auf der nächsten Innenministerkonferenz beraten werden. Mit welchem Ziel, hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter mitgeteilt. Am 11.4. erklärte er: "Ein reibungsloser Informationsfluß zwischen Polizei und Ausländerbehörde ist nur dann gewährleistet, wenn die Ausländerbehörden der Polizeiverwaltung angegliedert sind." Dies sei bislang nur in Westberlin so. Lummer wird Vorbild. — (rül)

ERZBISCHOF GEGEN EINHEITSGEWERKSCHAFT

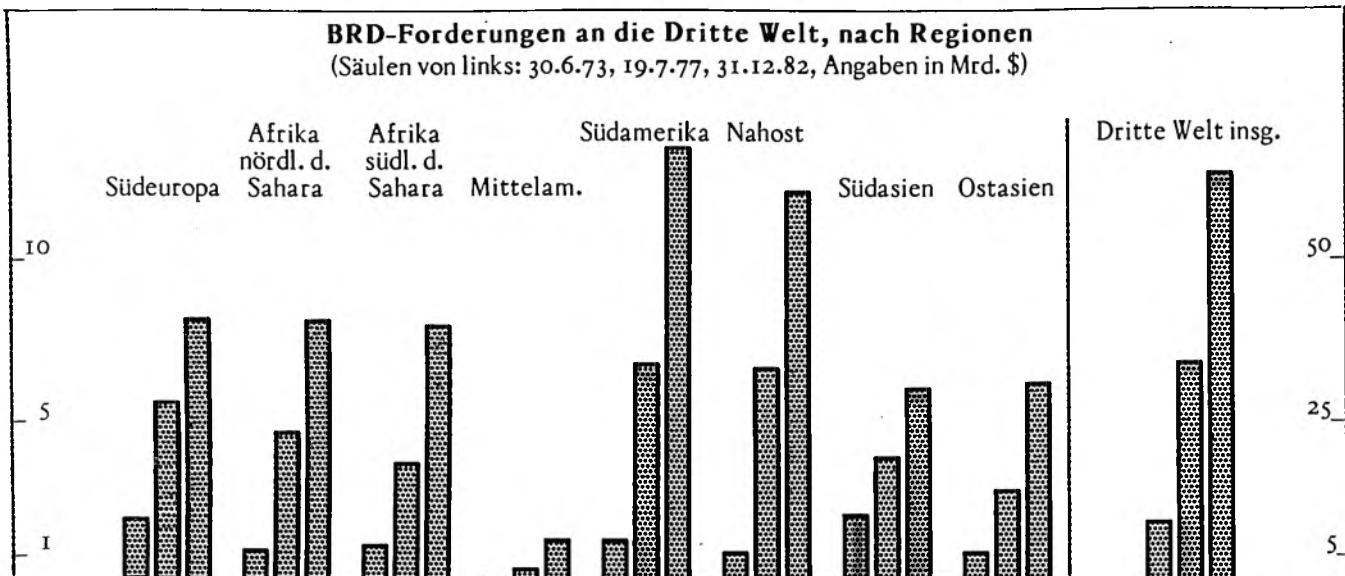
Die Osterbotschaft 1985 der Katholischen Kirche verkündete der Paderborner Erzbischof Degenhardt in ultimativer Form: Solange die Gewerkschaften HBV und ÖTV an ihren Beschlüssen für die Aufhebung des § 218

ter in einem anderen imperialistischen Land gezogen. Kaum eine andere imperialistische Macht ist so sehr interessiert an der Einfuhr billiger Rohstoffe. 1983 importierte sie z.B. 65 Mio. t Rohöl, 36 Mio. t Eisenerz, 3,2 Mio. t Bauxit, 2 Mio. t Rohphosphat, fast 1,3 Mio. t Kupfererze und Kupfermetalle, 772000 t Aluminium und immerhin 1000 Tonnen Perlen, Schmucksteine und Gold. Entsprechend entschlossen drängen die BRD-Imperialisten auch auf die weitere Sicherung und billigere Ausgestaltung dieses "Rohstoff-Freihandels". Helmut Kohl: "Ich werde mich auf dem wichtigen Weltwirtschaftsgipfel für den freien und offenen Handel einsetzen — den brauchen wir Deutschen dringend zur Sicherung unserer Arbeitsplätze."

Die Fortführung dieser Sorte "Freihandel" zwecks weiterer Akkumulation von Reichtum in den Händen der Imperialisten bestimmt schließlich auch den dritten Themenpunkt auf dem Gipfel: "Verschuldung der Dritten Welt". Hier findet Ende April in Washington eine Tagung des "Internationales Währungsfonds" (IWF) statt. Beraten werden soll der Kurs der "Umschuldungskonferenzen", denen sich zahlreiche Staaten der Dritten Welt unter dem Druck ständig steigender Zinslasten unterwerfen müssen.

Die BRD ist bei allen diesen Umschuldungsverhandlungen präsent. Sie stellt seit Jahren je einen der fünf ständigen Exekutivdirektoren bei der Weltbank und beim IWF. Sie ist Mitglied in fast allen Weltbank "konsortien", die je einen oder mehrere Schuldnerstaaten "betreuen". 18% aller Kredite, die die Weltbank für ihre "Entwicklungshilfe" aufnimmt, stammen aus der BRD. Auch beim IWF geht

festhalten, stünden Katholiken "vor der ernsthaften Gewissensfrage, ob sie weiterhin Mitglied in dieser Gewerkschaft sein könnten", und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft sei in Frage gestellt. Der Bischof will Werbung und Betätigung für die Gewerkschaft in den kirchlichen Einrichtungen unterbinden, solange so ein Beschuß besteht. Die ÖTV wies diesen Angriff als "politischen Kreuzzug" gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer zurück und warf dem Bischof ein gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz vor. Tatsächlich genügt Degenhardt die Einschränkung des Koalitionsrechts in Tendenzbetrieben, wie es die Kirche ist, nicht mehr. Er will vollständige Vernichtung gewerkschaftlicher Arbeit in allen öffentlichen Einrichtungen, die die Kirche kontrolliert. Darüberhinaus will er die Katholiken aus den DGB-Gewerkschaften in die christlichen Spalervereine treiben. — (ulk)



Das Schaubild ist unvollständig. Kredite, die BRD-Banken über den "Eurodollarmarkt" verliehen, fehlen. Ohne diese Kredite stiegen die Forderungen der BRD an Staaten der Dritten Welt von 1973 9 Mrd. \$ auf 1982 62,7 Mrd. \$. Quellen: Bundesregierung, Entwicklungshilfeberichte; OECD, Geographical Distribution of financial flows to developing countries.

der Einfluß der BRD über die Entscheidung eines ständigen Exekutivdirektors (die anderen vier werden von den USA, Japan, Frankreich und Großbritannien gestellt) weit hinaus. Allein die Bundesbank hat Forderungen an den IWF von 15,77 Mrd. DM und nimmt so auf dessen Verhalten bei "Umschuldungsverhandlungen" maßgeblichen Einfluß. Bundesbank und Bundesregierung sind so Mitbetreiber aller Einkommensenkungen für die Arbeiter, Angestellten und Bauern in den verschuldeten Ländern, die der IWF diesen in den "Umschuldungsverhandlungen" vorschreibt, sind mitverantwortlich für die vom IWF erzwungene weitere Öffnung der Märkte dieser Länder für imperialistische Waren- und Kapitalexporte, die die einheimische Wirtschaft ruinieren. Bundesbankpräsident Pöhl bekräftigte Anfang des Jahres, daß dieser Kurs auch künftig

fortgesetzt werden soll: "Die Bundesbank war stets der Auffassung, daß dem Internationalen Währungsfonds eine zentrale Rolle bei der Lösung des Verschuldungsproblems zukommen muß... Die teilweise harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds, die mancherort wegen ihrer politischen und sozialen Konsequenzen heftig kritisiert worden sind, waren und sind meiner Überzeugung nach unvermeidlich, um die Kreditwürdigkeit der Schuldner wiederherzustellen."

Welchen Ertrag die BRD-Imperialisten aus dieser Sorte "freihandelgeschmückter und zinsvertiefter internationaler Arbeitsteilung" gewinnt, kann man nur schätzen. In dem obigen Schaubild haben wir die Forderungen der BRD aus "Entwicklungshilfekrediten", Handels- und sonstigen Krediten an die Staaten der Dritten Welt zusammengefaßt. Sämtliche über den

"Eurodollarmarkt" – auf dem die westdeutschen Banken zweitstärkste Gläubigergruppe sind – aufgenommenen Kredite, die bei "Schwellenländern" wie Mexiko, Brasilien usw. einen großen Teil der Auslandsschulden ausmachen, sind dabei gar nicht eingerechnet. Dennoch erreichten die Forderungen der BRD an die Staaten der Dritten Welt bereits 1982 die stolze Summe von 62 Mrd. US-Dollar, fast 200 Mrd. DM. Schon 1982 besaßen so die westdeutschen Kapitalisten und Banken etwa ein Sechstel aller Schuldforderungen an die Dritte Welt. Der Zinstribut, den sie dafür einstreichen, dürfte inzwischen 10 Mrd. DM im Jahr übertreffen.
Quellenhinweis: Handelsblatt, div. Ausgaben. Bundesbank, Presseauszüge 1985, Zahlungsbilanzstatistik, Monatsberichte; Statistisches Jahrbuch 1984 – (rül)

DGB ZUR STEUERREFORM

Der DGB-Bundesvorstand hat jetzt Forderungen zur beabsichtigten Einkommensteuerreform beschlossen. Er verlangt "Beschäftigungsmaßnahmen" in Höhe von rund 10 Mrd. DM, die andere Hälfte des Entlastungsvolumens soll verwendet werden für: eine Erhöhung des Kindergelds; eine stärkere Anhebung des Grundfreibetrages und damit höhere Steuerentlastung auch bei wenig Verdienenden (die Regierung sieht hier 6 DM/12 DM für Ledige/Verheiratete vor); eine Ausdehnung der unteren Proportionalzone und eine stärkere Abflachung der Steuerprogression in der unteren Progressionszone; eine Verschärfung der Steuerprogression in der oberen Progressionszone (gemeint ist: "wer die Zwangsanleihe zurückhält und von Sparopfern verschont blieb"). Der DGB-Vorschlag brächte somit bis ein-

schließlich Facharbeiter und mittleren Angestellten gegenüber dem Regierungsentwurf eine höhere bis gleich hohe Entlastung, würde aber große Teile der lohnabhängigen Akademiker schlechter stellen. Die Union, die mit der Steuerreform die Bildung kleiner Vermögen (und das Wachstum größer) fördern will, ist so nicht zu schlagen. – (alk)

SPD MIT SIEMENS GEGEN WÖRNER

Wörner soll "deutsche Interessen in unverantwortlicher Weise" preisgegeben haben. Das hat ihm SPD-Fraktionschef Vogel vorgeworfen. Am 8.4. hatte US-Verteidigungsminister Weinberger mitgeteilt, er habe sich mit Wörner über die Einführung eines von US-Firmen entwickelten Radarsystems geeinigt, das die "Freund-Feind-Unterscheidung" bei Flugzeugen verbessern soll. Ein konkurrierendes System von Siemens kam nicht

zum Zuge. Seitdem läuft Siemens Sturm gegen das Abkommen. Auch mehrere "kompensierende" US-Aufträge – u.a. sind MBB, Diehl und AEG an einem Auftrag für 12000 Antiraketenraketen beteiligt – konnten diesen Sturm nicht dämpfen. Bei Redaktionsschluß hatte Siemens schon Wirkung erreicht. Wörner erklärte, er habe nur eine "Vorentscheidung" getroffen und wolle zudem die Forschungsmittel für "Kommunikationstechnologie" erhöhen. Ob Siemens das reicht? – (rül)

DIDF: ERGEBNISSE DES 5. BUNDESKONGRESSES

Die Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (DIDF) hat vom 15.–17.3. ihren 5. o. Bundeskongress durchgeführt. Über die Ergebnisse teilt die DIDF mit: "... folgende Beschlüsse (wurden) einstimmig ... gefaßt: 1. Die Ausländerfeindlichkeit in der BRD noch stärker bekämpfen. 2. Für den

FDP-Vorstoß**ANGRIFFE AUF LÖHNE
UND DAS TARIFRECHT**

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, faßte Mitte letzter Woche die nächsten Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten zusammen: Mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit sei bereits ein neuer Weg beschritten worden, der zu einer größeren Differenzierung zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und auch bei den beruflichen Qualifikationen führe. Diesen "Weg einer stärkeren lohn- und tarifpolitischen Berücksichtigung sektoraler Unterschiede" gelte es fortzusetzen.

Seit dem 1. April haben die Metallkapitalisten einen größeren Teil der Beschäftigten in flexible Arbeitszeiten gedrückt. In anderen Bereichen steht die weitere Aufsplitterung der Arbeitszeiten bevor. Am 1. Mai tritt das Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft. Die konservativ-liberale Regierungsmehrheit hat darin u.a. festgeschrieben: die Ausweitung der Teilzeit- und Verleiharbeit, die Einschränkung des Kündigungsschutzes, Ausdehnung der Arbeit in befristeten Zeitverträgen. Die Weichen für deutliche Lohnsenkungen haben die Feinde der Arbeiterklasse gestellt. Dementsprechend direkt treten politische Sprachrohre der Kapitalinteressen auf.

Am weitestgehenden sind hierbei bislang die Vorstöße der FDP. FDP-Generalsekretär Haussmann, mit Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen um reaktionäre Meutenbildung bemüht, forderte: "Arbeitslose müssen Lohn und Gehalt mit dem Arbeitgeber frei vereinbaren können –

Frieden, gegen die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zwischen den deutschen Arbeitern und Arbeitern anderer Nationen die Solidarität verstärken und die Verständigung verbessern. 3. Die Forderung: Gleiche politische und soziale Rechte und das allgemeine Wahlrecht für Arbeiter aus der Türkei stärker aktivieren. 4. Die Solidarität der westdeutschen Öffentlichkeit gegen die Wirtschafts- und Militärhilfe der BRD-Regierung an die türkische Regierung verstärken. 5. Für die Verbote der türkischen faschistischen Organisationen noch aktiver sein und Entlarvungsaktivitäten fortführen. 6. Die faschistische Militärregierung ... entlarven und sich mit den politischen Gefangenen solidarisieren, für deren Freilassung Aktivitäten durchführen. 7. Die Unterdrückung des kurdischen Volkes durch die türkische Regierung anprangern und das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes verteidigen." – (fül)

ohne tariflichen Lohnzwang." Kleine und mittlere Kapitalisten samt Anhang werden sich von solcher auf sie zugeschnittenen Art der möglichen Lohnsenkung einiges versprechen können. Für Arbeitslose und Beschäftigte wäre das ein rascher Weg in die Verelendung.

Der FDP-Wirtschaftsminister Bangemann veröffentlichte weitere Vorschläge: "Maßgeschneiderte Abschlüsse für jedes einzelne Tarifgebiet; es darf keinen Einheitsbrei mehr geben. Niedrige Lohnkosten sind ja gerade der Vorteil von Randregionen (z.B. Friesland, Niederbayern) oder von Gebieten mit Problembanden", "die niedrigen Lohngruppen müssen Abschied nehmen von überdurchschnittlichen Tarifsteigerungen ... In einigen Lohngruppen müssen auch mal Nullrunden hingenommen werden."

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wissmann, bezeichnete die unteren Lohngruppen ebenfalls als zu hoch. Er sprach sich dafür aus, daß in Tarifverträgen eine breitere Differenz der Löhne nach Region und Struktur des Betriebes möglich sein solle.

Die Politiker der FDP und der CDU/CSU führen ihre Lohnsenkungs-Propaganda in Kenntnis und in Vorbereitung dessen, daß die Regierung derzeit überprüft, wie sie die Arbeitslosenhilfe noch mehr als bisher senken und so einen wirksamen Hebel zur Lohnsenkung schaffen kann. Im Bundestag hatte die SPD an die Regierung die Anfrage gerichtet: "... in welchem Umfang längerfristig Arbeitslose beim Bezug von Arbeitslosenhilfe herabgestuft werden, weil ... durch die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der persönlichen Voraussetzungen der Betroffenen auf niedrigere Lohngruppen verwiesen wird ..." Die Bundesregierung antwortete am

29.3.1985: "Mit Ihren Fragen sprechen Sie die Regelung des § 136 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes an. Danach wird das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebende Arbeitsentgelt neu festgesetzt, wenn der Arbeitslose dieses Entgelt nicht mehr erzielen kann ... Die Bundesregierung hält die gesetzliche Regelung, die in dieser umfassenden Form 1977 durch die sozialliberale Koalition geschaffen wurde, für überprüfungsbedürftig..."

Der SPD im Bundestag ist dieses Vorhaben der Regierung also bekannt und damit auch dem DGB. Die Sprecher der SPD und der Gewerkschaften, die ihre Empörung über die Angriffe auf die Löhne und das Tarifrecht ausdrückten, verloren aber kein Wort über die von der Regierung geplante Senkung der Arbeitslosenhilfe. Wie will die Gewerkschaft der tariflichen Lohnsenkung wirksam entgegentreten können, wenn sie tatenlos die gesetzliche Senkung der Arbeitslosengelder hinnimmt?

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/130, Anlage 140; – (gba)

**VDS-Mitgliederversammlung
EINIGUNG GEGEN
REAKTION ERLEICHTERT**

Mit der Verabschiedung eines Diskussionsaufrufs, der sich an ASTen, Fachschaften und Vollversammlungen wendet, endete am 30. März die 10. ordentliche Mitgliederversammlung der studentischen Vertretungsorgane, die in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften zusammengeschlossen sind. Eine weitere Mitgliederversammlung im Mai soll auf der Grundlage dieses Aufrufs und der darüber



Gemeinsam mit der Internationale der Öffentlichen Dienste ruft die ÖTV auf, die oben abgebildete Postkarte an den südafrikanischen Staatspräsidenten Botha zu senden: "Internationale Solidarität wird der Schlüssel zur Freiheit und zum Ende der Apartheid sein ... Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland und als aktiver Gewerkschafter fordere ich Ihre Regierung auf, ... die grundlegenden Menschen- und Gewerkschaftsrechte für alle Menschen der Republik Südafrika, unabhängig von Rasse und Hautfarbe, zu gewährleisten." – (alk)

geführten Diskussionen über Aktionen im Sommersemester 1985 und ein Arbeitsprogramm beschließen. Die Wahl eines neuen Vorstandes wurde ebenfalls auf diesen Termin vertagt.

Der Diskussionsaufruf, mit 469 gegen 26 Stimmen verabschiedet, hält fest, daß sich zentrale Elemente der "rechten Formierungsstrategie" in der HRG-Novelle der Regierung ausdrücken. Deshalb soll der Widerstand auf sie konzentriert werden. Er soll sich insbesondere richten:

- gegen "Einführung von Steilkursen und Sonderstudiengängen", die "menschenwürdige Studienbedingungen" nur noch einer kleinen "Elite" zur Verfügung stellen würden,
- gegen die gesetzliche Fixierung der "jetzt schon üblichen Praxis bei der Drittmittelforschung". Damit werde die Forschung "noch stärker als bisher entlang den Interessen der Industrie ausgeübt",
- gegen die "weitere Differenzierung der Hochschularten",
- gegen die weitere Reduzierung von "Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen".

Als wesentlichstes Ergebnis der Diskussion auf der Mitgliederversammlung muß gelten, daß im Gegensatz zu früheren Jahren die Vertreter der Basisgruppen ihre Bereitschaft zu erkennen gaben, gemeinsam mit den anderen in der VDS vertretenen Fraktionen an einer Bündnispolitik gegen die Reaktion mitzuwirken. Sichtbarer Ausdruck: Neben MSB und SHB unterstützen auch die Basisgruppen den Diskussionsaufruf. Lediglich die Jusos haben sich nicht zu dem Aufruf geäußert.

Trotz der bislang fehlenden Beschußfassung über Aktivitäten lieferte die Konferenz Anhaltspunkte für eine Frontbildung gegen die Hochschulpolitik der Reaktion. Für eine solche Politik setzten sich bisher hauptsächlich der MSB-Spartakus und der SHB ein. Wesentliche Fortschritte konnten dabei hauptsächlich deshalb nicht erzielt werden, weil die an den Hochschulen zahlreiche Anhängerschaft der GRÜNEN durch diese Organisationen nicht mobilisiert werden konnte. Die Basisgruppen, die zum großen Teil die Programmatik der grünen Partei an den Hochschulen politisch vertreten, zeigten in den vergangenen Jahren kein Interesse an einer solchen Frontpolitik. Begründet wurde dies hauptsächlich mit der Kritik der Basisgruppen an der VDS und den darin vertretenen Organisationen. So wird etwa das Fehlen "basisdemokratischer Strukturen" moniert oder die Stellung von MSB und SHB zur Sowjetunion angegriffen usw.

Als Fortschritt muß deshalb gewertet werden, daß die Basisgruppen auf der diesjährigen VDS-MV Interesse an einer gemeinsamen Politik gegen die konservativ-liberale Hochschulpolitik angemeldet haben. - (jüg)

Ostermärsche 1985

ANTIFASCHISTEN UND GEWERKSCHAFTEN: GEGEN BRD-KRIEGSVORBEREITUNG

Nach Angaben des zentralen Informationsbüros der Ostermarschierer beteiligten sich 500000 an den Ostermärschen, Bild und FAZ nennen 400000. In mehr als 200 Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt. Im letzten Jahr gaben die Veranstalter 700 000 Teilnehmer an. "Abrüstung statt Sozialabbau" (Hamburg), "Frieden und Arbeit" (Ruhr), "Arbeitsplätze statt Aufrüstung" (Westberlin) waren die Aufrufe überschrieben. Die Vorbereitungen auf den 8. Mai prägten die Ostermärsche in diesem Jahr vielerorts.

Die FAZ schreibt: "Attackiert wurden vor allem die Regierungen in Bonn und Washington." Vor allem Redner der VVN und der Gewerkschaften bemühten sich, die Bundesregierung und ihren reaktionären innen- und außenpolitischen Kurs zu kritisieren. Die Zustimmung der Teilnehmer zu solcher Kritik war geteilt. Sie betonten die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns trotz politischer Unterschiede.

Dagegen gingen offensichtlich SPD und Christen ins Bündnis. Sie versuchten, die Ostermarschierer auf nationalischem Kurs zu halten. Jo Leinen (SPD) in Duisburg: Was der "Schauspieler Reagan" mit der Weltraummilitarisierung wolle, sei ein "Stück aus dem Tollhaus", er forderte "einen Aufstand des Gewissens" dagegen. Ähnlich äußerte sich Eppler in Mannheim und verurteilte mehrfach eine Aktion, bei der ein Holzwachtturm der Amerikaner einstürzte. Der Landesvorstand der SPD in NRW warnte vor der Teilnahme an Kundgebungen, auf denen Kommunisten sprechen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Lohse, warnte die Demon-

stranten vor Gewaltanwendung. Die Kirche rufe nicht zu Protestaktionen auf, Ostern sei das zentrale biblische Fest der Christen und nichts anderes. Die Kirche predige den geistlichen Protest gegen den Tod. Entsprechende Transparente mit "Beten für den Frieden", gegen die Verfolgung der Friedensbewegung in der DDR, "Herr, mach uns zum Werkzeug Deines Friedens" waren in Köln, Hildesheim, Westberlin vertreten. Uta Ranke-Heinemann, Spitzenkandidatin der Friedensliste in NRW, sprach zwar von den "Herren, die das alles immer wieder befahlen und befehlen, die Raketen und die Massengräber und die Hiroshimas", aber ohne die Rolle der BRD als Kriegstreiber anzugreifen.

Der stellvertretende Landesleiter der HBV/NRW stellte in Köln die Teilnahme der Arbeiterbewegung in die Tradition des Kampfes gegen die Sozialistengesetze, Liebknechts Rede gegen die Kriegskredite 1914 und den Widerstand gegen den Faschismus. Die BRD verschaffte sich mit der Rüstung die Verfügbarkeit über einen schlagkräftigen Militärapararat, der als Drohpotential zur Durchsetzung eigener Interessen im Ausland wie im Inland eingesetzt werden könne. Zu seiner Legitimation würden Feindbilder aufgebaut. "In der BRD ist der Antikommunismus das alles begründende Feindbild ... Gleichzeitig wird dadurch das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem als einzige richtig dargestellt und somit gefestigt." Durch die immer bedrohlicheren Waffen im Westen seien "die sozialistischen Staaten ihrerseits gehalten, die Rüstungsanstrengungen zu verstärken". Mit lautstarken Protesten reagierte das christlich-liberale Publikum.



Heilbronn: Protest gegen den Wehrkundeerlaß

In Hannover begrüßte der Bezirksvorsitzende die Teilnehmer u.a. mit "Genossinnen und Genossen", mit der Begründung, daß alle oppositionellen Kräfte für ein Bündnis gebraucht würden, das dieser Regierung gegenübertritt. Dies betonte auch das Präsidiumsmitglied der VVN – Bund der Antifaschisten in Köln, "weil es vor 1933 nicht rechtzeitig zur gemeinsamen demokratischen Aktion kam". Der DGB-Landesvorsitzende Pommerenke bezeichnete es in Heilbronn vor 25 000 Menschen als Skandal, wenn Pädagogen, die sich im Unterricht mit Friedenspolitik auseinandersetzen, durch die Landesregierung mit disziplinären Mitteln zum Schweigen gebracht würden. Mit seiner Äußerung, "ein DKP-Mitglied, das mit ihm demonstriere, sei ihm lieber als der Bundesinnenminister", sei der Unvereinbarkeitsbeschuß des DGB zur Makulatur geworden, schäumte der CDU-Stadtverband.

Innenminister Zimmermann reagierte ebenfalls angestochen auf die Kritiken, wie sie sich gegen Militärhaushalt und Kriegsziele entwickeln, und auf die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Gewerkschaftern, Antifaschisten und Kommunisten. Die CDU wird die Angriffe auf die DKP verstärken. Dem wird die DKP nicht dadurch entgehen, daß sie sich offen hält für Nationalismus. An die Bundesregierung gerichtet appellierte Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, in Bochum: "Denken Sie an die nationalen und Friedensinteressen unseres Volkes. Beugen Sie sich nicht dem US-amerikanischen Druck: Sagen Sie nein zur Weltraummilitarisierung." Die Bundesregierung wird als Vasall behandelt.

Mit einer kurzen Analyse der Stellung des BRD-Imperialismus heute wandte sich in Kiel Ebermann (GAL) nach Rücksprache mit der Kieler Ratsfraktion der GRÜNEN gegen die Vasallen-Theorie und forderte u.a. die Anerkennung der DDR, der Westgrenzen Polens und der SU. Zumeist waren die GRÜNEN nicht vertreten oder für "Abrüstung in Ost und West". Die Revolutionären Sozialisten und Autonome/Antiimperialisten waren nur vereinzelt vertreten. In Hildesheim und Kiel hat die Volksfront Flugblätter gegen Revanchismus oder örtliche Militarisierung verteilt. Der Aufruf zur Verweigerungskampagne wurde von Beschäftigten im Gesundheitswesen, Soldaten und Reservisten sowie von örtlichen Initiativen unterstützt.

Bilder rechte Spalten: Oben Westberlin, darunter Soldaten in Köln; ausländische Organisationen mit Forderungen gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen die Unterstützung des türkischen Militärregimes, Hamburg; unten links: Kundgebung in München; rechts Düsseldorf.

Quellen: FAZ, UZ, Bild 9.4.1985; eigene Berichte. — (düb)



38,5-Stunden-Woche**BETRIEBSVEREINBARUNGEN IN DER METALL-
INDUSTRIE IN KRAFT**

Welche Resultate haben die betrieblichen Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung für die Belegschaften gebracht? Die Beurteilung der Lage erschwert, daß der Vorstand der IGM im letzten halben Jahr äußerst peinlich eine kritische Dokumentation der abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen verhindert und sich auf Mitteilungen beschränkte, wieviele Leute in wieviel Betrieben 38,5 Wochenstunden arbeiten. Dabei geben doch erst die Umstände, unter denen soundsoviel Stunden gearbeitet werden muß, ein zutreffendes Bild der Lage. Wir sind deshalb auf den Überblick über die Betriebsvereinbarungen im Nachrichtendienst Metall des BWK angewiesen. Dort wurde im letzten halben Jahr über die Verhandlungen und Vereinbarungen in etwa 50 Betrieben berichtet. Es handelte sich dabei um Betriebe verschiedener Größe, Branchen und Tarifbezirke, so daß die Resultate mit einiger Sicherheit allgemeine Aussagen zulassen.

Zunächst steht fest: Die Differenzierung der Arbeitszeit für verschiedene Belegschaftsteile, die tariflich ermöglicht worden war, konnte betrieblich nicht verhindert werden. Verschiedentlich haben Kapitalisten gegen Betriebsräte, die sich gesperrt haben, arbeitsrechtlich verbindliche Entscheidungen von Einigungsstellen herbeigeführt. Darin wurden längere Arbeitszeiten für Spezialisten und leitendes Personal und kürzere für den Rest festgelegt. Die Spanne zwischen 37 und 40 Wochenstunden mag auf den ersten Blick nicht sehr groß aussehen, die Wirkungen sind doch erheblich und für die IGM nicht wünschbar. Die 40-Stunden erhalten ebenso wie Leute mit kürzerer Arbeitszeit den Lohnausgleich von 3,9%. Zusammen mit den 2% Lohnerhöhung zum 1.4.1985 haben sie also mit 5,9% Lohn- bzw. Gehaltserhöhung spürbar mehr als bei verkürzter Arbeitszeit. Das leitende Personal stellt sich finanziell also deutlich besser, wenn es die von der IGM geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht erhält. Eben diesen Personenkreis, besonders Ingenieure, weiten die Kapitalisten im Augenblick kräftig aus. Für die gewerkschaftliche Mobilisierung und Organisierung dieser Leute macht die Differenzierung der Arbeitszeit ein Handicap.

Sicher ist auch, daß die Kapitalisten in vielen Fällen über die betriebliche Festlegung der Arbeitszeit Regelungen durchsetzen konnten, die nicht zu einer Normalarbeitszeit hinführen, sondern schnurstracks davon weg. Sie haben die Bestimmung im Tarif, daß die Nutzungszeit der betrieblichen

Anlagen nicht vermindert werden darf, mit beträchtlichem Erfolg ausgeschlachtet. In zahlreichen Betrieben wurde die Schichtarbeit ausgedehnt, häufig durch eine dritte Schicht in der Nacht. Hier und da gibt es Regelungen, daß bei starkem Produktionsanfall die reguläre Arbeitszeit ausgedehnt oder Überstunden in großem Umfang angeordnet werden können. Jedenfalls ist für viele Beschäftigte eine Lage eingetreten, daß sie weniger Wochenstunden als zuvor arbeiten und doch eine höhere Belastung haben.

Die Einführung der Samstagsarbeit,

Samstagsarbeit erklärt (eine selbstkritische Bemerkung, die ihm in der Zukunft Schlenker in dieser Frage verbaut hätte, hat er sich freilich verkniffen).

Was die Durchsetzung von Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung in den Betriebsvereinbarungen betrifft, so sind unseres Erachtens die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft worden. Daß die Musterbetriebsvereinbarungen mit Personalausgleich, wie z.B. in Baden-Württemberg im Umlauf, keine Schnapsidee waren, sieht man schon daran, daß in einzelnen Fällen ein Personalausgleich erreicht wurde. Bei Stieber in Heidelberg erfolgte das sogar über den Weg eines Einigungsstellenverfahrens. Ein Anspruch auf Neueinstellungen konnte aus dem Manteltarifvertrag abgeleitet werden. Wer nicht bereit war, solche Bestrebungen zu unterstützen,



Warnstreik gegen die Einführung von Samstagsarbeit in Hattingen in diesem Jahr. Eine von etlichen Aktionen für den arbeitsfreien Samstag.

vor allem in Bayern, war und ist heftig umkämpft. Zwar konnten die Kapitalisten auch hier über die Einigungsstelle bei Siemens München eine Entscheidung für Samstagsarbeit herbeiführen und auch andernorts Öffnungen für Samstagsarbeit erreichen. Andererseits konnten sie doch in einer ganzen Reihe von Betrieben ihre erklärte Absicht, den Samstag zum Regelarbeitsstag zu machen, wegen starken Widerstands von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Belegschaften nicht durchsetzen. Vor allen Dingen gegen Samstagsarbeit gab es betriebliche Aktionen, einschließlich kurzer Streiks. Die Bereitschaft, in dieser Sache die Kräfte der Arbeiterbewegung zu konzentrieren, ist groß und Erfolge sind möglich. Sogar Franz Steinkühler, der sich bekanntlich vor einem Jahr beim arbeitsfreien Samstag noch sehr spendabel zeigte, hat sich unter dem Eindruck dieser Situation die Sache etwas überlegt und Mitte März vor der Presse in Offenburg seine Ablehnung gegenüber weiterer

war der Vorstand der IGM, der anscheinend darauf baute, daß die Kapitalisten eher Neueinstellungen vornehmen, wenn man ihnen in dieser Frage freie Hand läßt. Das aber ist nicht der Fall. Am 1.4.1985 veröffentlichte die IGM in Baden-Württemberg die Ergebnisse einer Umfrage, nach der seit Juni 1984 19846 Neueinstellungen erfolgten. Das ist eine Ausweitung der Beschäftigtenzahl um ca. 2%, also theoretisch etwa um die Hälfte der Arbeitszeitverkürzung. Eine Aufstellung von Betrieben zeigte aber, daß einzelne Belegschaften um 10, 15 oder sogar 20% vergrößert worden waren, was andere Gründe hatte als Arbeitszeitverkürzung. Die Kapitalisten haben also nicht im Umfang der Arbeitszeitverkürzung neu eingesetzt. Nach allem, was bekannt ist, haben sie ihre Produktionsziffern für 1985 in der Regel keineswegs nach unten korrigiert, wollen also die Arbeitszeitverkürzung durch einen Schub bei der Intensität der Arbeit auffangen.

Freilich konnten die Betriebsräte in vielen Fällen auch Regelungen ohne Flexibilisierung durchsetzen. Aufs Ganze gesehen haben die Kapitalisten aber doch soweit Flexibilisierungserfolge erzielt, daß die Arbeiterbewegung dadurch eine Schwächung erleidet. Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, drückte den Vorgang aus der Sicht der Kapitalisten so aus: "Die Arbeitszeitverkürzung war das Übel, das man in Kauf nehmen mußte, um die tarifpolitischen Voraussetzungen für die Flexibilisierung zu erhalten, die man nun betriebswirtschaftlich vernünftig einsetzt, um die Nachteile der Arbeitszeitverkürzung halbwegs zu kompensieren". Gemeint ist natürlich: um die Arbeitskräfte in der aktuellen lukrativen Exportkonjunktur stärker auszunehmen.

Man erwartet eigentlich, daß in der IGM mit Nachdruck Überlegungen angestellt werden, wie der Flexibilisierungssangriff der Kapitalisten zum Halten gebracht werden kann, wie tarifliche Schutzbestimmungen gegen betriebliche Aufweichung verteidigt werden sollen, wie erträgliche Arbeitszeiten und eine ausreichende Bezahlung der Arbeitskraft in allen Lohn- und Gehaltszonen durchgesetzt werden können. Hans Mayr vom Vorstand denkt im Gespräch mit dem "Handelsblatt" in einer etwas anderen Richtung: "Je mehr die Arbeitszeit verkürzt wird, desto erfunderischer werden Arbeitgeber und Betriebsräte in der betrieblichen Realisierung werden. Dafür haben wir Verständnis, hier sind wir offen. Wir wollen nur durch den Tarifvertrag einen neuen Rahmen der kollektiven Arbeitszeit. Wie dieser Rahmen dann ausgefüllt wird, das überlassen wir den Betriebsparteien. Der freie Samstag und der Sonntag allerdings werden für uns nicht zur Disposition stehen. Es ist nicht einzusehen, daß man zu Lasten der Familien der Nutzung der Maschinen den Vorzug gibt. Flexible Modelle sollten möglich sein."

Daß mit der betrieblichen Gestaltung der Arbeitszeit, mit einer Fülle betrieblich angepaßter "flexibler Modelle" gerade die Kapitalisten ihre Vorhaben verfolgen, sollten die Erfahrungen der vergangenen Monate doch zur Genüge gezeigt haben.

Was den Samstag und den Sonntag betrifft, so muß Mayrs Feststellung zu praktischen Konsequenzen führen: erstens dort, wo jetzt schon Samstagsarbeit durchgesetzt wurde, für ihre Beseitigung eintreten, und zweitens Überlegungen anstellen, wie Samstags- und Sonntagsarbeit in der nächsten Zukunft mit tariflichen und gesetzlichen Mitteln unmöglich gemacht werden soll.

Quellenhinweis: BWK-Nachrichtendienste Metall, Rede Hans Mayrs auf der Veranstaltung am 30.3. in Frankfurt, Handelsblatt 1.4. und 3.4.1985 – (rok)

Azania

"DER KAMPF HAT EINEN GIPFELPUNKT ERREICHT" INTERVIEW MIT PAC-PRESSECHEF E. MAKOTI

Im folgenden Auszüge aus einem Interview mit Edwin Makoti, PAC-Secretary of Publicity and Information, vom 5.4.84:

Frage: Wie beurteilt das Zentralkomitee des PAC, das kürzlich getagt hat, die Situation in Südafrika und die daraus erwachsenden Aufgaben für den PAC?

Das Plenum des Zentralkomitees des PAC war einberufen worden, um die gegenwärtige Lage im Land und im Ausland zu überprüfen mit dem Schwerpunkt auf den Entwicklungen im Land. Nach der Überprüfung der Lage war die nächste Aufgabe die Formulierung der Ziele, die im nächsten Jahr verfolgt werden sollen. Auch alle unsere Vertreter im Ausland nahmen an dem Treffen teil, damit sie ein möglichst klares Verständnis der Situation bekamen ... Wir haben die innere Lage untersucht. Wir waren uns zuallererst über eines im klaren: daß der Kampf der letzten Jahre einen Gipfelpunkt erreicht hatte, nämlich den vollen Widerstand gegen das Rassistenregime in Südafrika, insbesondere im Kampf gegen die neue, vom Botha-Regime eingeführte Verfassung. Zunächst einmal war das eine Abkehr von der alten Verfassung. Nun gab es diese neue, die Botha vor ein paar Jahren den Weißen mit dem Satz verkündet hatte, daß sie sich entweder anpassen müssen oder untergehen. Deshalb sagten wir damals, daß alles, was passieren könnte, dazu dienen sollte, Zeit zu gewinnen, um die weitere Existenz der weißen Vorherrschaft und des Wohlergehens der Weißen zu Lasten der unterdrückten und ausgebeuteten Massen abzusichern. Denn ohne das, was wir in Afrika "Majority Rule" nennen, kann es keine wirkliche Veränderung geben ...

Und deshalb wurde die neue Verfassung geschaffen, um die Unterdrückten zu spalten. Die Leute asiatischer Abstammung und die vom Regime "Farbige" genannten – sie gehören zu den Unterdrückten. Die Idee der neuen Verfassung war, sie abzuspalten und auf die Seite der Weißen zu ziehen. Aber wie Sie wissen, wurden von den Volksmassen zwei Hauptorganisationen geschaffen, die UNITED DEMOCRATIC FRONT (UDF) und das NATIONAL FORUM (NF), insbesondere zum Kampf gegen die neue Verfassung ebenso wie gegen die Zwangsumsiedlungen der schwarzen Bevölkerung von ihrem angestammten Land

...

Der Widerstand der Volksmassen gegen die neue Verfassung geht nicht darum, daß es eine neue Verfassung gibt, sondern weil die Herrschaft eines Rassistenregimes im Widerspruch

steht zu dem nationalen Mandat der afrikanischen Bevölkerung in Südafrika. Es kann solange keinen Frieden in diesem Lande geben, bis die Regierung des Landes ihre Herrschaft ausübt in Übereinstimmung mit diesem Mandat. Das ist die PAC-Position. Wir meinen, wir müssen weiter daran arbeiten, in erster Linie die Massen zu politisieren und für den bewaffneten Kampf zu mobilisieren. Wir müssen eine größere Einheit unter ihnen schaffen, eine Aufgabe, an der das NATIONAL FORUM arbeitet, und dafür die Bedingungen ausnutzen, unter denen die verschiedenen Teile unseres Volkes leben müssen. Jeder soll seine Kräfte mit uns zusammenfassen, damit wir mit der vereinten Kraft der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen dem Feind geschlossener gegenüberstehen können als früher. Diese Entwicklung war sehr klar in den Kämpfen, besonders in den Auseinandersetzungen zwischen August und Dezember 1984.

Frage: Können Sie uns über die Arbeit des NATIONAL FORUM berichten? Arbeitet der PAC in dieser Organisation?

Die unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen arbeiten unter der Führung des NF, dessen Hauptwaffe die Bildung verschiedener Massenorganisationen und die Politisierung der Bevölkerung ist, so daß sie geschlossen dem Feind gegenüberstehen können. Sie werden feststellen, daß das NF anders arbeitet als z.B. die UDF. Das NF greift alle Probleme auf, mit denen die unterdrückten Volksmassen konfrontiert sind, Probleme auf lokaler Ebene, Fragen wie Mieten und Steuern und Bus- und Eisenbahnfaahpreise, die allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiter, die Zwangsumsiedlungen der schwarzen Bevölkerung von ihrem Land, die Paßgesetze, die Einreisekontrollen, die Gesetze, nach denen die Arbeiter in die Städte kommen, aber ihre Familien zu Hause lassen müssen, etc. Auf diesen Gebieten ist das NF, sind wir alle engagiert. Das NF ist übergreifend Organisator dieser Aktivitäten. Mit anderen Worten: Es ist eine Einheitsfront. Als das NF gebildet wurde, waren es etwa 20 Organisationen, die sich daran beteiligten. Das Komitee des NF besteht aus etwa 20 Leuten, den gewählten Führern einer Anzahl der beteiligten Organisationen. Es sind Arbeiterorganisationen, politische Organisationen, kirchliche Organisationen etc. Das NF ist deswegen die Waffe der Volksmas-

sen dort.

Wie Sie wissen, ist der PAC eine illegale, eine verbotene Organisation und ist deswegen als Organisation kein Teil des NF. Aber die Mitglieder des PAC arbeiten darin zusammen mit anderen Leuten. Sie sind nicht isoliert

vom Rest der Bevölkerung.

Frage: Wie ist die Lage im bewaffneten Kampf?

Lassen Sie uns beginnen mit den Problemen des bewaffneten Kampfes, im

wesentlichen das Waffenproblem. Mit anderen Worten: Nach dem Gesetz in Südafrika ist die schwarze Bevölkerung entwaffnet. Es ist schon ein Verbrechen, ein Messer mit einer großen Klinge zu besitzen. Das ist das eine Problem, was wir zu Anfang lösen

DOKUMENTIERT: DAS IRINGA-KOMMUNIQUE DES PAN AFRICANIST CONGRESS

Das Zentrale Komitee des Pan Africanist Congress von Azania, das seine reguläre Sitzung vom 8. – 14. Januar 1985 zusammen mit den PAC-Repräsentanten im Ausland abhielt, überprüfte die aktuelle Situation in Azania (der afrikanische Name für den Apartheid-Staat Südafrika) und die jüngsten Entwicklungen im südlichen Afrika und paßte dementsprechend sein Programm an, um die vorherrschenden objektiven Bedingungen zu berücksichtigen. Der Vorsitzende des PAC, Genosse John Nyati Pokela, hielt die Hauptrede, die die Mobilisierung und Entschlossenheit der azanischen Massen hervorhob und die Aufgaben betonte, denen sich der PAC gegenüber sieht.

1984 war politisch ein ereignisreiches Jahr im besetzten Azania. Das Plenum würdigte das unterdrückte, rechtlose und seines Eigentums beraubte Volk von Azania, das entschieden die sogenannte neue Verfassung ablehnt und so dem heimtückischen Plan der südafrikanischen Rassisten, damit die Reihen der Unterdrückten zu spalten und die internationale Isolierung zu durchbrechen, einen wirksamen Schlag versetzt hat. Die Volksmassen wiesen nicht nur den neuen Verfassungsbetrug zurück, sondern zerstörten darüber hinaus die neuen lokalen Verwaltungen, die vom Rassistenregime in den städtischen afrikanischen Siedlungen errichtet worden waren.

Das Plenum begrüßte ausdrücklich die Bildung von Massenorganisationen in Azania. Insbesondere begrüßte es die Gründung militanter Gewerkschaften mit afrikanistischer Orientierung und die vielen erfolgreichen Kämpfe, die von ihnen ausgefochten wurden. Die Massenorganisationen und Gewerkschaften haben eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und Politisierung der Massen gespielt. Deshalb bekräftigte das Plenum den Aufruf des Genossen Pokela, der 1985 zum Jahr der azanischen Arbeit erklärte.

Doch das Plenum wiederholte, daß Protestaktionen, Demonstrationen, Streiks etc. wichtige Bestandteile jeder Revolution sind, daß aber die endgültige und wirkliche Befreiung nur durch einen anhaltenden bewaffneten Kampf innerhalb des besetzten Azania und mit voller Beteiligung der unterdrückten und ihres Eigentums beraubten Massen verwirklicht werden kann. Jeder andere Weg führt nur zu Reformen, nicht zu wirklicher Befreiung.

Das Plenum wiederholte die grundlegende Position des PAC, daß der Kampf in Azania die Wiedererlangung des geraubten Landes durch die Geltendmachung des nationalen Rechtes auf Selbstbestimmung zum Ziel hat.

In dieser Hinsicht begrüßte und bekräftigte das Plenum die Deklaration, verabschiedet von dem "Seminar über den rechtlichen Status des Apartheid-Regimes und andere rechtliche Aspekte des Kampfes gegen Apartheid", das vom UN-Sonderausschuß gegen Apartheid in Zusammenarbeit mit der Bundesmilitärregierung von Nigeria im August 1984 veranstaltet wurde. Die Deklaration stellte u.a. fest: "Südafrika ist allein und einzigartig darin, daß der Staat auf einer Politik der Enteignung und der Perpetuierung ausländischer, kolonialartiger Herrschaft basiert."

Das PAC-Plenum stellte auch die besondere Existenz zweier politischer Hauptströmungen in Azania fest, die azanische Strömung einerseits und die südafrikanische

Strömung andererseits. Allgemein stehen für die zwei Strömungen einerseits der PAC und das NATIONAL FORUM, die die afrikanistische Philosophie und die Landfrage betonen, und andererseits der ANC, die CONGRESS ALLIANCE und einige UDF-Mitglieder, die die FREEDOM CHARTER unterstützen. Das Plenum stellte ferner fest, daß die azanische Strömung massenhafte Unterstützung in allen Bereichen der Unterdrückten genießt und eine Schlüsselrolle bei der Politisierung und Bewußtmachung der unterdrückten und ihres Eigentums beraubten Massen spielt.

Das Treffen, das die bisherige Arbeit bei der Organisierung und Strukturierung des PAC, der PAC-geführten oder beeinflußten Massen- und Berufsorganisationen anerkannte, rief zur weiteren Konsolidierung und zur Expansion auf diesem Feld auf. Die in den vergangenen Jahren, besonders seit 1981 geschaffenen soliden Grundlagen sollen 1985 Früchte tragen! Folglich bekräftigte der PAC seine Aufgabe in den 80er Jahren als der Dekade der azanischen Revolution!!!

Das Plenum verurteilte schärfstens die aggressive und destabilisierende Politik des Rassistenregimes gegen die Nachbarstaaten. Es beurteilte die von den Rassisten aufgezwungenen bzw. noch geplanten Verträge als Teil eines großen Plans der Botha-Clique, den bewaffneten Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen zu liquidieren, die militärische und wirtschaftliche Hegemonie des Apartheidstaates Südafrika über das südliche und Zentralafrika auszudehnen und Pieter Bothas erklärtes Ziel, die Schaffung einer Konstellation der Staaten des südlichen Afrika, zu realisieren. Das Plenum hielt daran fest, daß die Intensivierung aller Seiten des Kampfes das einzige wirkliche Mittel ist, der Destabilisierungspolitik des rassistischen Südafrika zu begegnen und sie zu unterminieren.

1984 konnte der Pan Africanist Congress von Azania seine Beziehungen und Kontakte erheblich ausweiten. Der PAC trägt nun wirksam zu den Diskussionen über den Apartheidstaat Südafrika und über den Kampf zur Befreiung Afrikas von allen Überresten des Kolonialismus auf den Konferenzen der OAU, der UN und der Bewegung der Blockfreien bei. Der PAC wird von Mitgliedern der OAU und der Bewegung der Blockfreien wie auch von anderen Ländern und fortschrittlichen Organisationen in Asien, Europa und Lateinamerika unterstützt. Seit Eröffnung des PAC-Informationsbüros ist die Unterstützung für den PAC in Australasien bemerkenswert gewachsen. Das Plenum lobte die neue neuseeländische Regierung für ihre prinzipielle Haltung gegen die Apartheid und für die Schließung des Konsulats der südafrikanischen Rassisten in Neuseeland. Das Plenum betonte, daß die existierenden Beziehungen weiter verstärkt und die Kontakte weiter ausgebaut werden müssen.

Das Plenum würdigte besonders afrikanische, arabische, asiatische, blockfreie, skandinavische und lateinamerikanische Länder für ihre wertvolle bilaterale Unterstützung für den PAC. Insbesondere hob das Plenum die wachsenden Beziehungen zwischen dem PAC und Unterstützer- und Solidaritätsgruppen besonders in Westeuropa und Nordamerika hervor. Das Plenum rief zur weiteren Stärkung dieser Beziehungen und zur Bildung von Azania-Solidaritätskomitees auf, sofern solche Gruppen nicht existieren oder offen sektierisch sind. Eigene Übersetzung von Auszügen, veröffentlicht von: Pan Africanist Congress of Azania, External Headquarters, P.O. BOX 2412, Dar-Es-Salaam, United Republic of Tanzania— (wom)

mußten. Wenn wir einen bewaffneten Kampf führen wollten, mußten wir uns dem Waffenproblem stellen. Natürlich werden wir in dieser Hinsicht von der OAU unterstützt, aber die OAU hat keine Grenzen mit Südafrika. Südafrika bedroht deshalb die Nachbarstaaten, damit wir keine Waffen bekommen und sie ins Land bringen können. Aber wir glauben, daß es genug Waffen im Land gibt und daß es Aufgabe der Befreiungsbewegung ist, Wege und Mittel zu finden, an diese Waffen im Land heranzukommen. Das ist keine leichte Sache, und wenn Sie sich ansehen, was die Bevölkerung in den meisten Gebieten tat, wo es 1984 Kämpfe, Widerstand gab, dann stellen Sie fest, daß die Leute mit Stöcken und Steinen und anderen Sachen kämpften, wie vom Feind berichtet wurde. Was sie als Waffen benutzten, waren Dinge, die sie sich selbst besorgt haben aus allen möglichen Quellen im Land.

Aber man sieht daran, daß der bewaffnete Kampf verankert ist, nicht vom Standpunkt des PAC aus, sondern vom Standpunkt der Volksmassen aus. Mit anderen Worten: Wenn wir Kader im Ausland ausbilden, dann ist es das Wichtigste, daß sie ihre Fähigkeiten mit den Leuten teilen. Und ich denke, es ist klar geworden, daß diese Ausbildung in militärischen Fähigkeiten und Techniken im Lande selbst stattfindet. Es ist die PAC-Position, daß wir keine Invasionsarmee nach Südafrika schicken können, sondern daß wir die Volksmassen ausbilden müssen, damit sie ihren eigenen Kampf auf ihre Weise aufnehmen können. Es ist sehr leicht für Guerillas, eine Sache zu starten und dann abzuhauen. Aber die Volksmassen können nicht einfach weglauen. Soweit im allgemeinen unsere Sicht der Entwicklung des bewaffneten Kampfes.

Natürlich kommt die meiste Information für die Weltöffentlichkeit aus den Berichten von Polizei, von Armee, vom Rassistenregime selbst, weil wir keine Mittel haben, über diese Dinge zu informieren. Sie sind es, die darüber berichten, was los ist, und sie sind in Sorge. Deswegen überfielen sie im August, September Sharpeville, Sobokeng und andere afrikanische Siedlungen mit 5000 Soldaten und 2000 Polizisten. Wir sagen in Afrika: Du brauchst keinen Hammer, um eine Mücke zu zerquetschen. Es ist eine stärkere Kraft, die diese Leute dazu bringt, 7000 Bewaffnete in diese Gebiete zu schicken. Das zeigt die Entwicklung des bewaffneten Kampfes. Aber gleichzeitig kann man das auch an den Spaltungen innerhalb des politischen Establishments sehen: Sie sind gespalten, denn einige sagen, man soll Konzessionen machen und auf die Wünsche und Ziele der Unterdrückten eingehen, während die anderen sagen: Wenn Du ihnen nur kleine Zugeständnisse machst, ist das der Anfang vom

Ende des Apartheid-Systems. Das ist die Lage.

Was wir als bewaffneten Kampf verstehen, ist nicht nur der Gebrauch von Waffen, sondern auch der Gebrauch anderer Mittel wie der Entzug der Arbeitskraft, z.B. die Aktivitäten der Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung. Oder der Kampf gegen die lokalen Verwaltungen, die das Rassistenregime unter dem Namen "Schwarze Lokalverwaltungen" als die Führung der schwarzen Bevölkerung installiert hat und gegen die die schwarze Bevölkerung kämpft. Sie töten die Marionettenbeamten, sie zerstören die Infrastruktur dieser Gebiete, und sie verfolgen diese Marionettenführer und ihre Familien, zerstören ihre Häuser und Geschäfte. Das ist der Zustand des Kampfes, und unsere Rolle ist die von Führung und Organisierung.

Die Absicht des Regimes ist, nichts Positives über den PAC zu berichten. Sie berichten nur Negatives, Streit in der Führung etc. Was jetzt geschieht, ist, daß sie die Kämpfe 1984 als "Sharpeville '84", als Kämpfe ohne Führung bezeichnen. Mit anderen Worten: Es war eine spontane Bewegung ohne Führung. Denn sie können nicht sagen, daß es der ANC war, denn der ANC macht nicht eine derartige Politik. Dessen bewaffneter Kampf bezieht die Massen nicht mit ein. Sie nennen es bewaffnete Propaganda. Aber bewaffnete Propaganda für wen? Es ist hauptsächlich bewaffnete Propaganda für den Feind... Wenn sie eine Brücke sprengen— denn ihre Politik ist, keine Weißen zu töten —, dann passiert nichts, weil die Brücke in kurzer Zeit repariert ist. Denn das Regime hat das Geld und das Material, die Brücke wieder aufzubauen. Und sie können alles wieder aufbauen. Alles was sie (der ANC, d. Red.) zerstören, werden sie wieder aufbauen... Deswegen trägt dies nichts zu der Hauptsache im bewaffneten Kampf bei: der Entwicklung der Kampffähigkeit der Massen. Das ist das Wichtigste. Und das ist das, was wir tun. Und deswegen können die Massen in immer neuen Kämpfen dem Feind begegnen.

Frage: Wie beurteilt der PAC die Differenzen in der herrschenden Klasse über die Apartheid-Politik?

Wir denken, sie sind beunruhigt ebenso wie die multinationalen Konzerne, deren Interessen sie vertreten. Nach unserer Meinung glauben die multinationalen Konzerne gegenwärtig nicht ernsthaft, daß das Botha-Regime dabei ist, die Macht im Land zu verlieren. Aber was sie beunruhigt, ist, daß die Konzerne nicht reibungslos arbeiten können. Und sie können verschiedene Probleme in der Tätigkeit der Konzerne feststellen. Und deswegen fühlt das Rassistenregime, daß der Westen so große Karten in der

südafrikanischen Wirtschaft hat, daß er es fallen lassen kann. Das Regime sagt, man werde es nicht fallen lassen. Der Westen mag hier und da Druck ausüben, aber er werde das Regime nicht fallen lassen.

Aber die Handelskammer unter der Leitung der multinationalen Konzerne übt besonderen Druck auf das Rassistenregime aus. In Südafrika gab es immer zwei Parteien im Lager des Feindes: das hauptsächlich Afrikan sprechende Establishment mit der National Party und dem Afrikan Broederbond, das an der Macht ist, und auf der andern Seite das liberale, Englisch sprechende Großkapital. Die eine Seite beschuldigt immer die andere, daß deren Apartheid-Politik ihre Interessen gefährdet. Und deswegen sehen wir das hauptsächlich als Propaganda an ebenso wie die Bewegung in den USA für den Kapitalrückzug aus Südafrika.

All das soll Druck auf die südafrikanische Regierung machen, ein paar Reformen vorzunehmen. Aber die Lage ändert sich nicht, kann nicht gelöst werden durch Reformen. Eine fundamentale Änderung des Systems ist nötig, und das fürchtet die andere Seite. Und deswegen sagen sie, daß die Massen bald gegen den Kapitalismus kämpfen werden. Sie können das sehen. Aber es besteht unserer Meinung nach auch kein Zweifel, daß die Massen gegen den Kapitalismus sind und den Sozialismus wollen, weil im Kapitalismus die Arbeiter um die Früchte ihrer Arbeit betrogen werden...

Frage: Wie kann in Westeuropa und in der BRD der Kampf des Volkes von Azania gegenwärtig am besten unterstützt werden?

Europa sollte das tun, was ich eine Demonstration des politischen Willens genannt habe, und mit öffentlichen Aktionen Druck auf das Rassistenregime machen in der Weise, wie das die Bewegung in den USA gegenwärtig tut. Natürlich hoffen wir, daß sie (in Westeuropa, d. Red.) etwas tun, vielleicht sogar etwas Solideres als das, was in den USA gemacht wird. Denn ich denke, daß wir darin übereinstimmen, daß Europa stärker in Südafrika engagiert ist als die USA...

Zur gleichen Zeit sollte die revolutionäre Bewegung in Europa insbesondere die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Südafrika finanziell wie politisch unterstützen. Wenn der Gewerkschaftsbewegung in Südafrika Gelegenheit gegeben wird, zu den Menschen in Europa zu sprechen, ihnen zu zeigen, in welcher Lage sie sich befinden, und ihre eigenen Ziele und Hoffnungen darzulegen, dann ist das zu unserem gegenseitigen Nutzen. Aber die Hauptsache ist, daß die Arbeiterbewegung in Südafrika insbesondere auf die revolutionäre Bewegung in Europa setzen kann...

PLO / Al-Fatah**INTENSIVIERUNG DES BEWAFFNETEN KAMPFES
IM BESETZTEN PALÄSTINA**

Der Revolutionsrat der Al-Fatah, das höchste Beschußorgan zwischen den Generalversammlungen, hat auf seiner Sitzung vom 31.3. – 4.4.1985 eine politische Linie festgelegt, die sich vor allem auf den bewaffneten Kampf, und zwar insbesondere im besetzten Palästina stützt. Auszüge aus dem Schlußkommuniqué sind unten dokumentiert. Diese Beschlüsse sind bedeutend und überraschend, und zwar in zweierlei Hinsicht:

– Man hätte anderes erwarten oder befürchten können: Die verschiedenen Interpretationen der Übereinkunft zwischen Arafat und Hussein von Jordanien und die politischen Offerten an die Adresse Israels und der USA haben die Mutmaßungen über die Endgültigkeit der Spaltung der PLO in einen "Anerkennungsflügel" und einen kämpferischen Flügel und über das Abdriften der "Arafat-PLO" bzw. der Al-Fatah von ihrem antiimperialistischen Kurs genährt.

– Der bewaffnete Kampf im besetzten Palästina als Schwerpunkt, in einer Situation, in der die Repression durch die Besatzer und Siedler täglich überwältigender zu werden scheint.

*

Wie sind die Beschlüsse der Al-Fatah einzuschätzen? Es wäre polemisch, sie nur als eine Reaktion auf die Gründung der "Nationalen Errettungsfront" am 23.3.1985 in Damaskus zu apostrophieren, deren Ziel u.a. ist, den "Kampf gegen Israel von allen arabischen Grenzen aus zu eskalieren" (Palästina Bulletin 13/85). In ihr haben sich die Volksfront (FPLP) unter Habbash, die Saïqa, die Fatah-Rebeln unter Abu Mussa, das Volksfront-Generalkommando unter Jibril und zwei weitere kleine Gruppen zusammengeschlossen. Der Kampf im Exil und "von den Grenzen her" spielt für die Palästinenser, von denen über die Hälfte außerhalb Palästinas leben, sicher eine größere Rolle als im Befreiungskampf anderer unterdrückter Völker wie z.B. in Lateinamerika oder im südlichen Afrika. Unter dem Eindruck des Krieges und der Kämpfe im Libanon schien es auch so, als entscheide sich das Schicksal des palästinensischen Befreiungskampfes im Exil. Trotzdem wird es letztlich darauf ankommen, wie sich der Kampf in Palästina selbst entfaltet, wie die Befreiungsbewegung dort verankert ist und operieren kann, militärisch und politisch. Es gibt derzeit kein arabisches Land, von dem aus die Palästinenser den bewaffneten Kampf führen dürfen; nicht einmal Syrien, auf dessen Unterstützung die "Errettungsfront" baut, läßt im Golan oder syrisch

kontrollierten Teil des Libanon Basen zu. In den Südlibanon kehren immer mehr Kämpfer zurück. Die Flüchtlingslager stehen wieder unter palästinensischem Schutz, wenn auch schwere Waffen zur Abwehr israelischer Angriffe noch fehlen. Die PLO und die Al-Fatah haben unter den Lagerbewohnern eine starke Basis. Der libanesisch-palästinensische Widerstand im Südlibanon, der allein die Israelis zum Rückzug zwingt, hat dem bewaffneten Kampf neues Gewicht verliehen.

*

Das besetzte Palästina: das bedeutet sowohl das von Israel seit 1948 als Staatsgebiet beanspruchte Territorium, wie auch das Westjordanland und den Gazastreifen. Über den Rassismus in Israel, die Methoden der Besatzer und den Kampf der Bevölkerung wird in den Medien hier durchaus häufig und z.T. mit Sympathie für die Palästinenser und ihre Ziele berichtet, selten jedoch über irgendwelche Formen des bewaffneten Kampfes. Dies mag u.a. an der israelischen Zensur liegen und daran, daß die politi-

nicht; man könne nur versuchen, die "Lebensbedingungen der arabischen Bevölkerung" zu verbessern, so auch die Aufforderung der USA. Der liberale Zionist Benvenisti, dessen Zahlenmaterial und Analysen der besetzten Gebiete häufig zitiert werden, ist ein Vertreter dieser Theorie. Benvenisti war Mitte März 1985 zu Gast bei einem Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn.

Wer sind die Kräfte, die insbesondere in den besetzten Gebieten den Widerstand tragen? Bekannt ist, daß gewählte palästinensische Bürgermeister abgesetzt und durch israelische Offiziere ersetzt wurden, daß die meisten politischen Führer, die sich offen zur PLO bekannt haben, entweder ins Ausland deportiert wurden (z.B. 1980 Khawasmeh – im Dezember 1984 ermordet –, Melhem, Tamimi), unter Hausarrest stehen wie Shakka oder tot sind; Khalaf ist am 30.3.1985 an Herzinfarkt gestorben. Neben der Al-Fatah haben in den besetzten Gebieten die Demokratische Front (FDLP) unter Hawatmeh und die Kommunistische Partei viele Anhänger. So wurde am 1.3.1985 in der Bir Zeit Universität der 16. Gründungstag der FDLP mit einem Fest begangen – Anlaß für die Besatzer, die Universität auf zwei Monate zu schließen. Die FDLP und die KP haben sich der "Errettungsfront" nicht angeschlos-



Zionistische Siedler in Nablus

schen und militärischen Organisationen der PLO dort strikt im Untergrund arbeiten. In Bulletins der PLO stehen manche Meldungen über bewaffnete Aktionen, Sabotage oder über erfolgreiche Hungerstreikaktionen von Gefangenen. Zur Einschätzung der Berichterstattung sollte man auch wissen, daß insbesondere seit dem Regierungswechsel in Israel eine Theorie der "Irreversibilität" verbreitet wird, d.h. die Annexion der besetzten Gebiete sei nicht mehr rückgängig zu machen, ob man es nun wolle oder

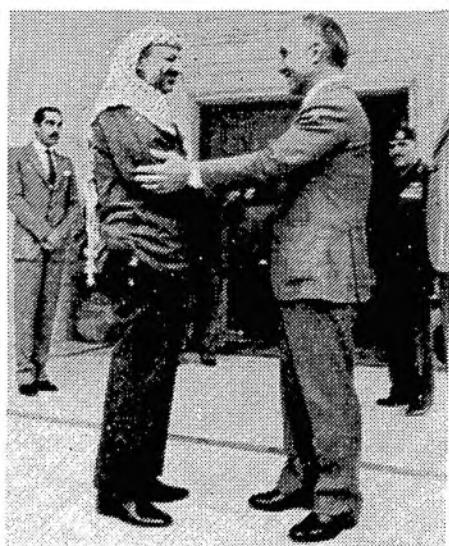
sen. Die beiden Organisationen hatten bei der Entstehung des organisierten politischen Widerstandes in den besetzten Gebieten eine wichtige Rolle, als sie 1973 zur Gründung der Palästinensischen Nationalen Front (PNF) aufriefen, die als Einheitsfront alle Widerstandsorganisationen umfaßt. Die PNF ist auch heute eine Gliedorganisation der PLO, trotzdem politisch relativ selbstständig. Die PLO rief z.B. 1976 im Westjordanland nicht zur Beteiligung an den Stadtratswahlen auf, die Ablehnungsfront (FPLP und

Jibril) propagierte sogar Wahlboykott. Die PNF beteiligte sich und erlangte einen überwältigenden Sieg.

Gewinnt aber jetzt, wo die bekannten politischen Führer der PNF ausgeschaltet sind, nicht wieder die alte Führungsschicht der Notablen die Oberhand, die schon immer mit Jordanien liiert waren (z.B. der einzige noch amtierende gewählte Bürgermeister Freij von Bethlehem)?

Hussein war Gastgeber des Palästinensischen Nationalrats im November 1984, er hielt dort eine vielbeachtete Rede, die – wie der gesamte PNR – live im jordanischen Fernsehen übertragen wurde. Trotzdem: "König Hussein hat sich hier wenig um Freunde bemüht. Seit dem Scheitern seiner Gespräche mit Arafat im letzten Frühjahr sind eine Reihe kleinlicher Beschränkungen bei Reisen und Aufenthaltsgenehmigungen für die Eastbank eingeführt worden. Das hat zu beträchtlicher Erbitterung beigetra-

gen und wurde als schlichte Druckmaßnahme interpretiert." Ebenso "die Ankündigung, alle jungen Männer zwischen 18 und 26 Jahren müßten Jordanien bis Ende Januar verlassen oder in die Armee eintreten ... Weder seitens der lokalen Institutionen noch der Presse ist Unterstützung für die jüngsten politischen Stellungnahmen des Königs zu vernehmen, und nur eine Handvoll lokaler Notabler hat sich öffentlich hinter ihn gestellt ... Selbst überzeugte Sympathisanten Arafats, die für stärkere Beziehungen zu Jordanien und eine Art Kompromiß im Sinne des Reagan-Planes eintreten, erwarten keine anhaltende Unterstützung für jegliche Initiative, wenn sie nicht zu schnellen Ergebnissen führt ... Während es jedoch gewisse unterschiedliche Ansichten in Bezug auf den besten jetzt zu unternehmenden politischen Schritt gibt, ist die Opposition der Bevölkerung der Westbanks gegenüber der Besatzung ungebrochen. Trotz aller Höhen und Tiefen



Arafat und Hussein

des letzten Jahres lassen sich immer noch keine Leute benennen, die bereit wären, mit den Israelis zu sprechen" (aus Middle East, Jan. 1985, Nachdruck Palästina Bulletin 9/85). Der Kampf wird inzwischen vor allem von einer Generation getragen, die nicht in einer traditionellen arabischen Gesellschaft aufgewachsen ist, sondern unter den 18 Jahren der Besatzung.

Quellenhinweis: Palästina Bulletins der Informationsstelle Palästina, Bonn. – (bar).

SCHLUSSKOMMUNIQUE DES REVOLUTIONSRATES

Auf der Grundlage unseres politischen Programms und den Prinzipien unserer Bewegung bekräftigt der Revolutionsrat (RR), daß der bewaffnete Kampf die Hauptform des palästinensischen Widerstands und die unveränderte Strategie ist, um die nationalen Ziele unseres Volkes zu verwirklichen ... In Verpflichtung auf diese grundlegenden revolutionären Prinzipien entschied der RR, dem vom Zentralkomitee vorgelegten Plan zuzustimmen, den bewaffneten Kampf innerhalb unseres besetzten Heimatlandes zu intensivieren und den heroischen Kampf unseres Volkes innerhalb unseres besetzten Palästinas sowie den Widerstand des libanesischen und palästinensischen Volkes gegen die zionistische Besatzung im Südlibanon fortzusetzen ... Der RR bekräftigt, daß er all seine Mittel und Möglichkeiten auf die Intensivierung der Standhaftigkeit in unserer besetzten Heimat und die Ausweitung des bewaffneten und des Volkskampfes richten wird in der Konfrontation mit der zionistischen kolonialen Lösung ...

Deshalb kommt der Verwirklichung der Resolution der 17. Sitzung des PNR, dem Wiederaufbau der Nationalen Front, die höchste Priorität der Aktivitäten in unserem besetzten Heimatland zu ...

Der RR bekräftigt sein Festhalten an einer internationalen Konferenz der Vereinten Nationen als dem einzigen Rahmen für Frieden unter tatsächlicher Teilnahme – und zwar von Anfang an – der Sowjetunion, dem Freund des palästinensischen Volkes und Unterstützer seines Rechts auf

Selbstbestimmung, und für die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Der RR bekräftigt die Teilnahme der PLO an dieser internationalen Konferenz auf gleichberechtigter Grundlage ...

Der RR untersuchte die Gründe für den gegenwärtigen Rückschritt auf arabischer Ebene, die Spaltung und Zersplitterung, die Lähmung der Institutionen und des einheitlichen Standpunkts, einschließlich der Aussetzung des arabischen Gipfels und des fortgesetzten Rückzugs vor dem zionistischen Feind und dem amerikanischen Imperialismus.

Der RR zieht in Betracht, daß die palästinensische Revolution eine führende nationale Rolle in der Wiedererlangung und Aktivierung unserer arabischen Massen und ihrer effektiven Kräfte trägt, und zwar durch die Intensivierung des bewaffneten Kampfes innerhalb des besetzten Palästina und im Südlabanon sowie durch die Mobilisierung der arabischen Massen, um die Schande der amerikanischen Lösungsversuche zu beenden, die militärische Option auf der gesamten national-arabischen Ebene zu verteidigen und eine feste und entschiedene Politik in der Konfrontation mit den USA durchzusetzen.

... Ohne die Nebengefechte zu beenden, wird unsere arabische Nation noch größeren Zersplitterungen und amerikanischer Vorherrschaft ausgesetzt. Der RR bekräftigt deshalb die Notwendigkeit, das gesamte arabische Potential für die national-arabische Schlacht in Palästina zu mobilisieren, und betrachtet Palästina als das Hauptschlachtfeld gegen Zionismus und Imperialismus ..."

Dänemark

WEITERE STREIKS GEGEN LOHNDIKTAT

So sieht das Lohndiktat, das die Schlüter-Regierung zusammen mit den Radikalen (liberale Partei) am 30.3. beschloß, aus: Lohn erhöhungen im privaten und öffentlichen Sektor für das erste Tarifjahr 2%, für das zweite Tarifjahr 1,5%. Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde mit Lohnausgleich für die letzten drei Monate des zweiten Tarifjahres, also ab 1987. Weiter werden die Beiträge der Arbeitgeber zu den Sozialversicherungen um 1,5% gesenkt. Ein neues Steuergesetz sieht vor: Diejenigen, die tatsächlich mehr als 2% Lohn erhöhung erhalten, sollen mehr Steuern zahlen.

Nach dem Lohndiktat, das den offiziellen Streik ab 1.4. beendete, weiteten sich Streiks und Blockadeaktionen im ganzen Land aus. Der öffentliche Dienst schloß sich an. Am 2.4. streikten 500000. Bus- und Bahnverkehr, Nahverkehr, Flugverkehr und Eisenbahnfahren waren lahmgelegt, im Fernsehen und Regionalradio fielen Sendungen aus, die großen Tageszeitungen erschienen nicht. Die Streiks gingen nach Ostern weiter.

Am 10.4. war Großaktionstag. Mehr als 100000 demonstrierten auf dem

Schloßplatz in Kopenhagen. Auch in allen größeren Städten im ganzen Land fanden Streiks und Demonstrationen statt. In Aarhus und Aalborg glich die Lage einem Generalstreik. Die Forderungen waren: Wiederaufnahme von freien Verhandlungen mit den ursprünglichen Tarifforderungen, 35-Stunden-Woche und "Weg mit der unsozialen bürgerlichen Regierung". SiD-Vorstandsmitglied Willy Strube: Es ist wie in einem Diktaturstaat.

Die Demonstrationen wurden vom sogenannten Vertrauensleute-Ring organisiert. Das sind kampfwillige Gewerkschafter, die zum Teil schon früher Kämpfe organisiert haben. Die Führung des Gewerkschaftsbundes LO hatte zur "Besonnenheit" aufgerufen. Der Regierung solle bei der nächsten Wahl ein Denkzettel verpaßt werden. Der Großaktionstag brachte aber mehr Leute auf die Straße als die von der LO organisierten offiziellen Streikaktionen.

Auf den darauffolgenden Vertrauensleutentreffen herrschte Uneinigkeit, wie der Kampf fortgesetzt werden sollte. Ein Vorschlag war, daß die Industriearbeiter weiterstreiken sollen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst finanzielle Unterstützung geben sollten.

Die Arbeiter können sich in lokalen Verhandlungen noch weitere Lohnerhöhungen erkämpfen, aber nur die, die eine starke gewerkschaftliche Vertretung haben. Der Kapitalistenverband DA hat aber allen seinen Mitgliedern, die sich nicht an den 2%-Lohnrahmen halten, Strafen angekündigt.

Quellenhinweis: Politiken 12. u. 13.4. 1985; Flensburg Avis 28.3. bis 11.4. 1985; Aktuell 11.4.1985. — (wiw)

Großbritannien

UNRUHE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Nach dreitägigen Warnstreiks in zentralen Postämtern schloß die britische Postarbeitergewerkschaft ein Rationalisierungsabkommen mit der Postverwaltung ab, das der bisherigen Gewerkschaftspolitik vollständig zuwider läuft und wohl trotzdem eine Mehrheit auf dem Gewerkschaftstag Mitte Mai finden wird. Die Post kann an Maschinen einführen, was sie will, solange sie den Beschäftigten die Hälfte der Einsparungen als Prämie auszahlt. Sie garantiert, daß niemand aus Rationalisierungsgründen entlassen wird, behält sich aber vor, mehr Teilzeitbeschäftigte einzustellen.

Der Regierung fällt es schwer, diesen Abschluß als Sieg zu feiern. Der Streik bei der Post war begleitet von Streikaktionen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes für mehr Lohn. Die Frage ist, ob die Regierung im Zuge des Erfolgs gegen die Bergar-

beiter nachsetzen kann, oder ob die Arbeiterbewegung ihre schweren Lohn-Niederlagen im öffentlichen Dienst von 1979 und 1982 zumindest teilweise ausgleicht.

Im Gesundheitswesen werden die niedrigsten Löhne im öffentlichen Dienst gezahlt. Zwischen Krankenhaus-Elektrikern und Industrie-Elektrikern oder zwischen Krankenhaus-Schreibkräften und Bürobeschäftigten bestehen Lohnunterschiede von mehr als 20%, für Hilfsarbeiter über 40%. Ein Hilfsarbeiter verdient als Grundlohn (ohne Überstunden) 80 Pfund brutto in der Woche, das entspricht etwa 990 DM im Monat. Eine Krankenschwester verdient 130 Pfund 1600 DM im Monat brutto), ein Streifenpolizist – nach mehreren kräftigen Erhöhungen – das Zweieinhalfbache.

Die Gewerkschaften fordern 8% Mindest erhöhung (20% fordern die Gewerkschaften der Krankenpfleger und -schwestern) sowie Mindestlöhne von 104 Pfund. Die Regierung bot eine Erhöhung von 390 Pfund in der Woche, etwa 40 DM, und mehr Schichtzulagen, das entspricht 4,2%, behauptet sie. Nach der Niederlage von 250000 Beschäftigten außerhalb des Pflegedienstes in ihrem 33 Wochen dauernden Streik 1982 mußten die Gewerkschaften sehr mühsam ihre Strukturen wieder aufbauen. Das ist jetzt geschehen, und sie bereiten sich auf einen Streik vor.

Die britische Lehrergewerkschaft NUT beschloß am 6. April, ihre Streikaktionen auszudehnen. Seit drei Monaten führen die Lehrer Warn- und Bummelstreiks an ausgewählten Schulen durch, z.B. weigern sie sich, das Mittagessen zu beaufsichtigen. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von 12%, mindestens aber 100 Pfund im Monat. Die Schulbehörden bieten 4%, bis zu 6%, wenn die Lehrer neue Anstellungsverträge unterschreiben, die mehr Arbeit enthalten.

Mehrere Schulbehörden reagierten mit einstweiligen Verfügungen auf die Bummelstreiks, in denen sie behaupteten, die verweigerten Sonderarbeiten seien "stillschweigend" Teil des Arbeitsvertrags geworden.

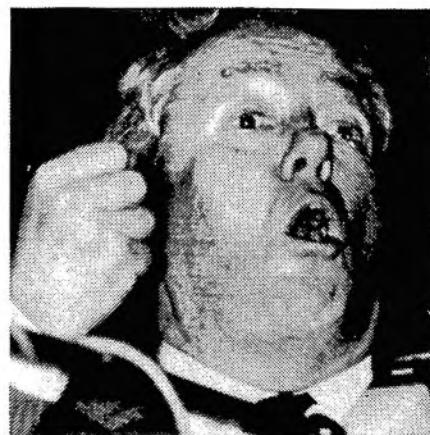
Die Lehrer erlitten in den letzten fünf Jahren einen drastischen Reallohnverfall. 1974 betrug das durchschnittliche Lehrergehalt 137% des Angestellten-Durchschnitts, im April 1984 noch 108%. Das Durchschnittsgehalt der Lehrer beträgt 9089 Pfund im Jahr, etwa 2600 DM brutto im Monat. Aber 25100 von den insgesamt 44000 Lehrern sind in den Gehaltsgruppen I und II, und ihr Durchschnitt beträgt 8377 Pfund im Jahr oder 2.400 DM im Monat, immer bei 13 Monatsgehältern gerechnet.

Quellenhinweis: Financial Times, Socialist Worker, versch. Ausgaben, Labour Research, April 1984. — (hef)

Frankreich

WAHLRECHTSÄNDERUNG BESCHLOSSEN

Der französische Ministerrat hat Anfang April einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlrechts beschlossen. Anstelle des seit 1958 angewandten Mehrheitswahlrechts soll erstmals bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1986 ein Verhältniswahlrecht gelten. Die Entscheidung hat wütende Proteste bei der Rechten hervorgerufen. Nach dem bisherigen System waren im ersten Wahlgang nur diejenigen Kandidaten gewählt, die mehr als 50% der Stimmen erhalten hatten, ansonsten fand eine Stichwahl zwischen den jeweils bestplazierten Kandidaten der Linksparteien und der



FN-Vorsitzender Le Pen ist zufrieden. Mit dem neuen Wahlrecht ist der Einzug in die Nationalversammlung programmiert.

Reaktion statt, bei der in aller Regel alle anderen Parteien ihre Wähler zur Unterstützung eines der beiden Kandidaten aufriefen. Auf diese Weise konnte die im ersten Wahlgang stärkste Partei darauf bauen, relativ komfortable Mehrheiten für die Regierungsbildung zu erhalten, die ihren prozentualen Stimmenanteil teilweise weit übertrafen. So hatte z.B. die Sozialistische Partei (PS) 1981 die absolute Mehrheit erreicht und sich in der Lage gesehen, ab 1983 vom "Gemeinsamen Programm" abzuweichen, ohne daß die kommunistische Partei (PCF) dies hätte parlamentarisch verhindern können.

Präsident Mitterrand und die Parteiführung der sozialistischen Partei begründen die Änderung mit der größeren Gerechtigkeit bezüglich des Verhältnisses von Stimmenprozenten und Mandaten. Die Parteien der Reaktion UDF und RPR behaupten, Mitterrand wolle so ihre sichere absolute Mehrheit 1986 und den dann folgenden Versuch, ihn zum Rücktritt zu veranlassen, verhindern. Richtig ist, daß Mitterrand die Änderung des Wahlrechts schon vor seiner Wahl ver-

sprochen hatte, richtig ist aber auch, daß ihr Vollzug in diesem Moment den Versuch beinhaltet, nach der erfolgten Abkehr von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in stärkerem Maße die Interessen der Lohnabhängigen berücksichtigte, nach dem Bruch der Linksunion, sich neue parlamentarische Mehrheiten für die so geänderte Politik zu verschaffen.

Zwei Gesichtspunkte stehen dabei im Vordergrund. Die PS kann erwarten, bei der nächsten Wahl stärkste Partei und so zur Hauptkomponente einer neuen Koalition zu werden. Diesem Ziel dient auch die Einführung einer Fünfprozentklausel, die die Wähler kleinerer sozialistischer Parteien und der GRÜNEN zur PS zwingen soll, sowie ein System der Mandatsberechnung über Listen auf Ebene der Départements, das mittelgroße Parteien (z.B. die PCF) benachteiligt. Zweitens hofft Mittérand, vor allem liberale Kräfte aus dem Parteiengruppe der Rechten für eine Koalition zu gewinnen, wenn UDF und RPR ihrerseits die absolute Mehrheit verfehlten. Dies ist wahrscheinlich, soweit die faschistische Nationale Front (FN) ihren Stimmenanteil der letzten Kantonalwahlen (8,5%) halten kann und UDF/RPR keine offene Koalition mit der FN eingehen können.

Ob diese Taktik zur Herausbildung einer Regierungsmehrheit der "linken Mitte" Erfolg haben wird, läßt sich gegenwärtig nicht eindeutig beantworten. RPR/UDF werden – wie auch ihr im direkten Gegenzug unterzeichnetes Regierungsabkommen belegt – alles tun, der Reaktion zu einer absoluten Parlamentsmehrheit zu verhelfen. Für die Kräfte, die am Neuaufbau einer Front gegen die Reaktion arbeiten und die gegenwärtig vor allem versuchen, eine Antirassismuskampagne zu entfalten, ist die Lage sicherlich komplizierter geworden. Quellenhinweis: Le Monde, L'Humanité, versch. Ausgaben. – (pel)

Italien

VOLKSENTSCHEID GEGEN LOHNKÜRZUNG

Am 9. Juni soll der Volksentscheid über Craxis Lohnkürzungsgesetz vom Februar 1984 stattfinden. Je näher der Abstimmungstermin rückt, desto hektischere Betriebsamkeit entfalten Kapitalisten und bürgerliche Politiker, um das Referendum in letzter Minute doch noch zu verhindern. Es sieht nämlich ganz danach aus, daß sich eine Mehrheit dafür finden würde, die Kürzung der Inflationszuschläge zum Lohn wieder rückgängig zu machen und die ausgefallenen Zuschläge nachzuzahlen. Und das, obwohl mit Ausnahme der Kommuni-

sten, die den Volksentscheid initiiert haben, alle im Parlament vertretenen Parteien dagegen sind.

Konstellationen, bei denen sich die Kräfte nach ihren Klasseninteressen statt nach den parlamentarischen Parteiungen gruppieren, machen die bürgerliche Klasse immer nervös. Diesmal wird die Nervosität dadurch gesteigert, daß die Ergebnisse des Volksentscheids auf die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zurückzuschlagen könnten. Wenn es der PCI gelingt, in dieser für alle Lohnabhängigen wichtigen Frage eine Mehrheit der Wähler zusammenzuschließen, ist eine Krise der derzeitigen Regierungskoalition, die die Lohnkürzung zum Paradebeispiel ihrer "Tatkraft" gemacht hat, unvermeidbar.

Nach der italienischen Verfassung ist der Volksentscheid nur zur Streichung eines Gesetzes (oder hier eines Dekretes mit Gesetzeskraft) zulässig. Das Referendum fällt daher aus, wenn die betreffende Materie vor dem Abstimmungstermin durch ein neues Gesetz anders – egal, ob besser oder schlechter – geregelt worden ist. Ein Teil der Regierungskoalition würde

gern eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden über eine "Reform der Lohnstruktur" herbeiführen, durch die das Referendum "überflüssig" würde. Alle Gewerkschaften sind dazu prinzipiell bereit, obwohl sie über das Referendum und seinen Inhalt zerstritten sind: Der größte Gewerkschaftsbund CGIL ist mehrheitlich dafür, die kleineren Bünde CISL und UIL dagegen.

Denkbar wäre aber auch ein neues – womöglich noch schlimmeres – Dekret, durch das ein weiteres Mal in bestehende Tarifverträge eingegriffen würde. Craxi selbst hat öffentlich mit dieser Möglichkeit gespielt. Der Industriellenverband Confindustria drängt auf einen schroffen Konfrontationskurs. Gegen die Auffassung von Gewerkschaften und Regierung beharrt er darauf, für Dezimalstellen des Inflationsindex keine Zuschläge zu zahlen, und blockiert damit die Aufnahme von Verhandlungen. Vielen Bourgeois ist dieser Kurs zu gefährlich. Die Agrarkapitalisten und die Kleinindustriellen zahlen inzwischen. Quellenhinweis: l'Unità, April 1985 – (ulg)

Kanada

EINBINDUNG IN DIE OFFENSIVSTRATEGIE DER USA

Beim Besuch Reagans in Québec City Mitte März haben er und der kanadische Premierminister Mulroney operettenhafte Fröhlichkeit zur Schau gestellt. Sie haben zusammen im Fernsehen irische Lieder gesungen, und die Herkunft ihrer beider Vorfahren aus Irland mußte als Begründung dafür herhalten, daß Kanada jetzt auch politisch eng an die Seite des US-Imperialismus rückt. Die Abkommen, die Reagan und Mulroney bei der Ge-

legenheit dieses Treffens unterzeichnet haben, besitzen einen gewaltigen, langfristigen politischen Kurswert.

Erstens Handel. 1984 gingen 76% der kanadischen Exporte auf den US-Markt, während die Kanadier 72% ihrer Importe in den USA tätigten. Gut die Hälfte dieses Handels im Gesamtwert von etwa 150 Mrd. Dollar im Jahr ist bereits jetzt zollfrei. Bis 1987 sollen nach Bestimmungen des weltweiten GATT-Abkommens 65% der



Mulroney und Kohl



Am 8.4. hat das griechische Parlament die von der Regierung Papandreu beantragte Verfassungsänderung in erster Lesung gebilligt. Am gleichen Tag wurde der neue Staatspräsident Sartzetakis im Parlament vereidigt (Bild). Die reaktionären Oppositionsparteien, die die Wahl Sartzetakis als "illegal" ablehnen, blieben der Amtseinführung fern. Die jetzige Verfassung gibt dem Staatspräsidenten starke Vollmachten. So kann dieser jederzeit das Parlament auflösen und Neuwahlen anordnen. Dies soll aufgehoben werden. Bevor die Änderung in Kraft tritt, muß das Parlament noch einmal zustimmen, müssen Neuwahlen stattfinden und muß das neu gewählte Parlament die Änderung abschließend billigen. — (rül)

CHINA: VOLSKONGRESS BESCHLIESST ERBGESETZ

Auf seiner in der letzten Woche zuende gegangenen Sitzung hat der Nationale Volkskongreß, das Parlament der VR China, ein neues Erbgesetz beschlossen. Danach gehen private Vermögen, aber auch die im Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel nach dem Tod des Familienvaters zur Hälfte auf die Ehefrau und auf die Kinder über. Der seit einigen Jahren in allen Landesteilen privat bewirtschaftete, aber noch im Kollektivbesitz befindliche Grund und Boden verbleibt künftig quasi in Erbpacht innerhalb der Familie. Damit hat der chinesische Staat eine wesentliche Schranke der privatwirtschaftlichen Akkumulation

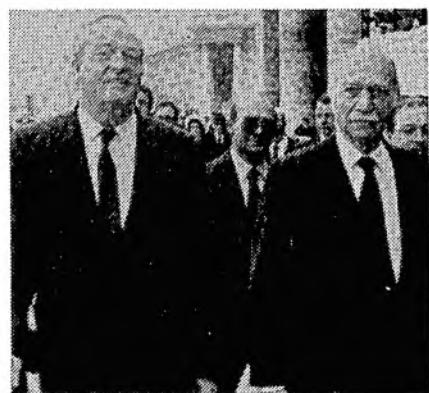
und ein immer wieder beklagtes "Investitionshemmnis" beseitigt. — (wom)

ABSCHLÜSSE ÜBER 5 % IN JAPAN

Die japanischen Eisenbahner sagten einen 24-Stunden-Streik ab, nachdem die Eisenbahnverwaltung 5,64% Lohn erhöhung angeboten hatte. Der Abschluß ist ein Anhaltspunkt dafür, daß die Abschlüsse in der "Frühjahrsoffensive" der Gewerkschaften über fünf Prozent liegen werden, nach 4,6% im Vorjahr. Die Stahlarbeiter fordern 5,93%, ihnen boten die Kapitalisten 3,87%. Der Schiffsbau schließt meist ähnlich wie Stahl ab. Die Elektro-Kapitalisten boten 5,5% Lohn erhöhung an. — (hef)

PAPST TRIFFT EURO-FASCHISTEN

Die faschistische Fraktion im Europaparlament hat am 10. April an der Generalaudienz des Papstes auf dem Petersplatz teilgenommen. Der Hl. Vater hat jedem einzelnen dieser Banditen — angeführt von dem französischen Algerienfolterer Le Pen (links) und dem italienischen Alt-Neofaschisten Almirante — die Hand geschüttelt und freundliche Worte gewechselt. Nach faschistischen Quellen waren sich beide Seiten einig, daß mehr gegen den "Verfall der europäischen Werte" getan und das Abtreibungsverbot verschärft werden müsse. Das Treffen war offenbar vorher arrangiert: Die Faschisten hatten Einladungen und standen auf den Prominentenplätzen in der ersten Reihe; Ord-



nungskräfte des Vatikans hinderten Journalisten, den historischen Händedruck zu photographieren. Ein anderer Matador des christlichen Abendlandes, Otto von Habsburg (CSU), paktiert in Straßburg schon längst augenzwinkernd mit den Eurofaschisten. Jetzt gibt's für so was den allerhöchsten Segen Seiner Heiligkeit. — (ulg)

US-Waren nach Kanada zollfrei sein und in umgekehrter Richtung etwa 80%. Die Interessen der kanadischen Provinzen in dieser Sache sind widersprüchlich — die rohstoffreichen Westprovinzen würden von freiem Zugang zum US-Markt Vorteile haben, während Ontario um sein Auftragsvolumen in der industriellen Fertigung fürchtet. Hier sind noch einige Entscheidungen auszuhandeln, und die USA haben in mehreren Punkten den Wunsch angemeldet, daß Reste wirtschaftlicher Schutzmaßnahmen Kanadas beseitigt werden.

Zweitens Umweltschutzvereinbarungen. Die kanadische Regierung mußte etwas vorweisen können, und die USA waren zu Zugeständnissen nicht bereit — Hauptstreitpunkt ist seit Jahren der saure Regen, der viele kanadische Seen und Wälder ruiniert hat und seinen Ursprung zum größeren Teil in den USA hat. Weil die USA entsprechende Industrieingriffe verwei-

gern, wurde stattdessen ein gemeinsames Beratungsgremium eingerichtet, das mit industriell und politisch erfahrenen Figuren besetzt ist.

Drittens Rüstung. Eine neue lückenlose Radarpostenkette im kanadischen Norden wird errichtet. Vor dreißig Jahren war, damals noch fast ohne daß Kanada gefragt wurde, die "DEW-Linie" ("Distant Early Warning", d.h. vorgeschoßene Frühwarnlinie) errichtet worden. Sie gilt heute als technisch überholt, teils nicht mehr funktionsfähig und "porös", wie Generalmajor Ashley vor einem kanadischen Parlamentsausschuß erklärte. An ihre Stelle soll "NWS" treten ("Northern Warning System", d.h. Nördliches Warnsystem), Kostenpunkt 1,7 Mrd. Dollar, bestehend aus 13 Langstreckenradareinrichtungen sowie 39 unbemannten Mikrowellenradarstationen, insgesamt also 52 Radarposten, die bis 1992 entlang einer

etwa 5000 km langen Küstenlinie von Alaska bis Labrador errichtet werden. Nach dem gleichen Prinzip wollen die USA auch ihre Ost-, Süd- und Westgrenze bestücken.

Die Regierung Mulroney läßt es sich nicht nehmen, 600 Mio. Dollar zu diesem neuen System beizusteuern. Sie trägt die Bau- und Installationskosten, und Kanada erhält dafür einen Anteil an den Aufträgen für die Technik in gleicher Höhe. Das "DEW"-System war seinerzeit allein von den USA finanziert worden.

Die kanadische Presse notiert mit gewisser Besorgnis, daß die US-Luftwaffe zehn der 13 Langstreckenradareinrichtungen bereits aus Mitteln des Haushalts 1983/84 bei General Electric bestellt hatte und also die kanadische Regierung nicht ernsthaft darüber verhandelt haben kann. Sie notiert ferner die Kritik der sozialdemokratischen Opposition NDP, daß nun auch vorgesehen ist, mindestens acht

GENERALSTREIK IN QUEENSLAND, AUSTRALIEN

DreiBig Gewerkschaften im Bundesstaat Queensland beschlossen am 11. April, am 18. April einen Generalstreik gegen gewerkschaftsfeindliche Gesetze durchzuführen. Die reaktionäre Staatsregierung hatte nach dem Streik von Kraftwerkssarbeitern ein Gesetz erlassen, das den Gewerkschaften Streiks verbietet bzw. sie ruinieren würde. Die Gewerkschaften wollen Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen blockieren. Die Regierung hat Polizeimaßnahmen angekündigt. — (hef)

SUDAN: MILITÄR BEENDET NUMEIRIS HERRSCHAFT

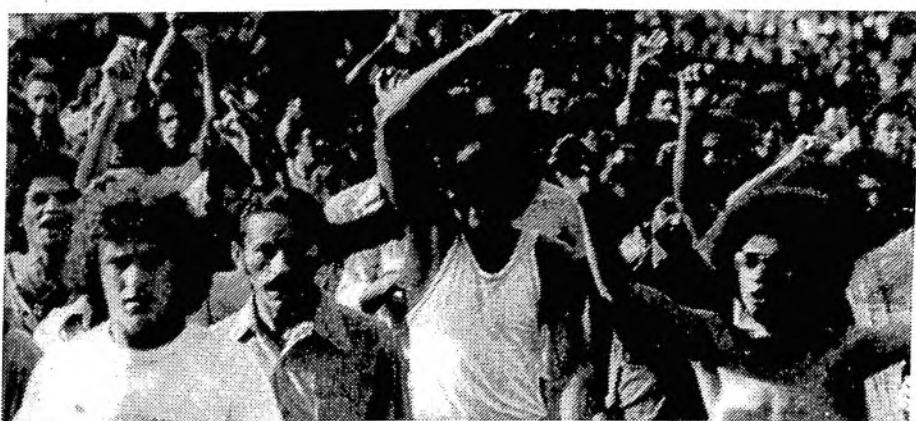
Mit einem Putsch hat das sudanesische Militär die 17-jährige Herrschaft des Staatschefs Numeiri beendet. Vor dem Putsch hatten 20000 Demonstranten, darunter viele Bankangestellte, Ärzte usw., in der Hauptstadt die Rücknahme von Preiserhöhungen gefordert, die Numeiri auf Druck des IWF verhängt hatte. Der sudanesische Gewerkschaftsbund hatte zu einem Generalstreik gegen die Preiserhöhungen aufgerufen. Die Militärs hoben die Preiserhöhungen nur teilweise wieder auf und erreichten mit massiven Drohungen, daß der Gewerkschaftsbund zum Abbruch der Streiks aufrief. Nicht erreicht haben sie, daß die bewaffneten Widerstandsgruppen im christlichen Süden des Landes ihren Kampf einstellen. Deren Führer erklärten: "Diese mit Instruktionen von außerhalb versehenen Offiziere haben den Erfolg der Massen zunichte gemacht und gestohlen. Diese Offiziere waren und sind Teil der Herrschaft Numeiris und bildeten in Wirklichkeit die Grundlage seiner Macht." Dafür, daß die Imperialisten den

Putsch der Militärs beeinflußten, um Numeiri durch einen neuen Mann zu ersetzen, spricht vieles. So bewilligten die USA der neuen Regierung sofort nach dem Putsch 40 Mio. \$ Kredit. — (rül)

BRASILIEN: UNTERNEHMERISCHE SELBSTREINIGUNG

Die Regierung Neves/Sarney verfolgt z.Zt. einige Korruptionsaffären und Finanzmanipulationen. Die Zeitung "O Estado de São Paulo" nennt als Summe der letzten Jahre 7,5 Mrd. US-. Ein Manager der Superintendance der Handelsmarine nahm sich das

Leben; 550 Mio. US-\$ waren verschwunden. Der Manager der Brasilinvest, Garnero, bis 1981 VW do Brasil-Aufsichtsrat, überwies u.a. 90 Mio. US-\$ an Scheinfirmen und tauchte unter. Die Regierung sperre die Vermögen der Aufsichtsratsmitglieder, z.B. von Sauer, Präsident von VW do Brasil, Schmidt, Präsident der Fluggesellschaft Varig, Salles, Sonder-Sekretär von Präsident Neves. Zu den 80 Besitzern des 77.-größten Privatkonzerns gehört VW, DB, der Schweizerische Bankverein, Nestle. Auch US-Außenminister Shultz saß einige Jahre im Aufsichtsrat. — (sie)



Am 12.4. traten 100000 Metallarbeiter Brasiliens im Großraum São Paulo in den Streik, darunter 16000 bei Ford, 21000 bei General Motors, 34000 bei Volkswagen, 13000 bei Mercedes-Benz und einige Tausend bei Mannesmann u.a. Die Streikbeteiligung liegt bei über 85 Prozent. Die Gewerkschaftsdachverbände CUT und CONCLAT riefen zum Streik auf, nachdem die Kapitalisten nur 4 Prozent Lohnerhöhung angeboten hatten. In den letzten Jahren entließen insbesondere die Automobilkonzerne Tausende von Arbeitern, senkten die Löhne und steigerten allein 1984 die Produktivität um 27 Prozent. Die Gewerkschaften fordern jetzt für die Metallarbeiter einen vollen Inflationsausgleich für alle Löhne sowie Lohnerhöhungen entsprechend Produktivitätszuwachs und die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden/Woche. Die Regierung bietet ihre Vermittlung an. Einen Sozialpakt ohne Lohnerhöhungen für ein halbes Jahr, von Präsident Neves im Februar vorgeschlagen, hatten die Gewerkschaften als unannehmbar abgelehnt. Für den Fall von Neves Ableben kündigten die Militärs an, "die Sicherheit und Ordnung zu garantieren". — (sie)

der in den USA fliegenden 34 AWACS-Maschinen im Spannungsfall in Kanada zu stationieren — diese Flugzeuge haben zentrale Kommandostände, die sie als Befehlszentrale im Krieg tauglich machen. Dadurch wird Kanada in die offensive amerikanische Militärstrategie als fester Bestandteil eingebunden.

Der US-Verteidigungsminister Weinberger leistete sich in einem Fernsehinterview in Kanada den Schnitzer zu erklären, daß Raketenbatterien zum Abfangen sowjetischer Marschflugkörper und Bomber in Zukunft auch auf kanadischem Gebiet stationiert werden "können", "es kommt nur darauf an, was der technisch wirksamste Platz dafür ist." Er soll erst am nächsten Tag aus den Presse-Schlagzeilen gemerkt haben, daß eine kanadische Empfindlichkeit, die die Regierung Mulroney noch nicht hat beseitigen können, darin besteht, keine amerikanischen Offensivwaffen

und keine Atomwaffen auf kanadischem Boden zu dulden. In diesen Zusammenhang gehört auch die kürzlich öffentlich gemachte Entdeckung, daß in mindestens einem Handbuch des Strategischen Luftkommandos SAC der USA steht, daß einige der mit Atomwaffen bestückten B-52-Bomber in einer Krisensituation auf kanadische Flugplätze ausweichen sollen. Jede dieser B-52 ist typischerweise mit vier Atombomben und bis zu 20 Kurzstreckenraketen bestückt und hat damit eine Sprengkraft von 700 Hiroshima-Bomben.

Im März fand der erste Testflug eines amerikanischen Marschflugkörpers unter realistischen Bedingungen von Alaska nach Alberta statt, allerdings ohne Atomsprengkopf. Das Abkommen, mit dem Kanada dies erlaubte, hatte Trudeau trotz heftiger Widerstände am 10.2.1983 unterzeichnet, es erlaubt sechs Tests pro Jahr.

Der neue kanadische Verteidigungs-

minister Nielsen, der im 2. Weltkrieg schon Bomberpilot in Europa war, hat angekündigt, die in Lahti, BRD, stationierte kanadische Streitmacht von 5900 Soldaten um 1200 weitere zu ergänzen. Sein Vorgänger hatte wenige Wochen vorher den Hut nehmen müssen, weil er gleich nach Amtsantritt in Lahti im Nachtklub war, was als Sicherheitsrisiko interpretiert wurde. Mulroney soll über diesen Abgang froh gewesen sein, denn der Minister hatte sich auch als zuwenig flexibler Militarist erwiesen und sich mit Außenminister Clark angelegt. Clark hält es für günstiger, sich öffentlich nicht vollkommen an die USA zu binden, und hat daher noch im März bis Anfang April einen ungewöhnlich langen Besuch in der UdSSR angetreten, in dem er davon sprach, daß ja beide Länder, Kanada und Rußland, nordische Länder seien.

Quellenhinweis: Maclean's, 25. Feb.—1. April 1985—(mfr)

KEINE SAALVERGABE FÜR NPD-BUNDESPARTEITAG

Hannover. Die NPD hat bei der Verwaltung Stadthagens (in der Nähe von Hannover) beantragt, die gemeindepflichtige "Stadthäger Festhalle" für ihren Bundeskongreß am 15. und 16. Juni dieses Jahres zu benutzen. Die Stadtverwaltung hat diesen Nutzungsantrag der NPD inzwischen im Auftrag aller im Rat vertretenen Parteien abgelehnt. Sie begründet ihren Ablehnungsbescheid mit dem Widerstand, der gegen den NPD-Parteitag 1983 in Fallingsbostel organisiert wurde. Damals sei es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Gegnern der NPD, jungen Rechtsradikalen und der Polizei gekommen. Diesen antifaschistischen Widerstand der Gegner der NPD fürchten die im Rat Stadthagens vertretenen Parteien offensichtlich. Aber – und das ist bemerkenswert – der Ablehnungsbescheid wird auch mit Bezug auf die Programmatik der NPD begründet. Ein Sprecher der Stadtverwaltung stellte fest, daß die NPD Verbindung zu nationalsozialistischem Gedankengut habe. Allein deshalb sei der Öffentlichkeit eine NPD-Veranstaltung wenige Wochen nach dem 8. Mai nicht zuzumuten. – (kar)

REP: SCHÖNHUBER WILL "NEUE RECHTE" SAMMELN

Regensburg. Die bayerischen Republikaner (REP) haben auf einer Landesversammlung Ende März die Entscheidung eines mit allen Mitteln ausgetragenen Streits über ihre Rolle in einer chauvinistischen Sammlungsbewegung auf einen Bundesparteitag Mitte Mai vertagt. Die REP wurden 1983 in München auf einem deutsch-nationalen Programm gegründet, welches starke Bezüge zu völkischem und faschistischem Gedankengut trägt. Als Geburtshelfer fungierten die ehemaligen CSU-MdB Handlos und Voigt, sowie der SS-Mann und vom bayerischen Rundfunk entlassene Schönhuber. Ihre u.a. in Niederbayern begonnene Veranstaltungstätigkeit hatte fast überall volle Wirtshäuser zur Folge. Der jetzt offen ausgebrochene Streit dreht sich um das Verhältnis zur CSU einerseits, um die Verbindung zu ausgesprochenen Faschisten andererseits. Schönhuber, Voigt und ihre Anhänger wollen die REP zu einem "Sammelbecken der neuen deutschen Rechten" machen und haben zu diesem Zweck Kontakte zur NPD, zu Wehrsportgruppen, zum "Stahlhelm" u.ä. entwickelt. Der Parteivorsitzende Handlos will eine "konservativ-liberale Volkspartei, in der Begriffe wie 'Nation' und 'Vaterland' in einem neuen unbelasteten Licht erscheinen". Er erklärte, sollte sich seine Fraktion nicht durchsetzen, werde er austreten. Voigt und Schönhuber wollen in jedem Fall bleiben. – (ola)



Dortmund. 5000 Antifaschisten beteiligten sich am 5.4. an der alljährlichen Kundgebung in der Bittermark in Dortmund. Am "Karfreitag" 1945, unmittelbar vor der Befreiung, wurden in der Bittermark 300 Widerstandskämpfer, ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene von Gestapo und SS bestialisch ermordet. VVN und Volksfront nahmen an der Kundgebung teil. – (mab)

KIRCHE VERTREIBT "VERTRIEBENE"

Norderstedt. Das war selbst einer evangelischen Kirchengemeinde zuviel! Der Kirchenvorstand setzte den Norderstedter Vertriebenenbund vor die Tür, der bislang dort immer getagt hatte. Anlaß sind nachfolgende Zitate eines Heiko Oetker, der zum Thema "40 Jahre Vertreibung – 40 Jahre fern der Heimat" referierte. "... Blühendes deutsches Land wurde von den räuberischen Banden des Ostens niedergemacht ..." Wie ein polnischer Geschäftsfreund ihm gesagt habe, sei der Pole faul ... er lasse die deutschen Ostgebiete verkommen und verdrecken ... Die überwältigende Mehrheit der Polen denke: "Wozu sollen wir arbeiten, wenn Ihr, also wir Deutschen, doch hierher zurückkommen werdet...!" In der bürgerlichen Presse gab es reichlich Echo auf die "intolerante" Haltung der Kirchengemeinde. Aber keiner berichtete, daß H. Oetker Neonazi ist und in Norderstedt den faschistischen "Nordland-Buchdienst" betreibt. – (nor)

MLPD-WIDERSPRUCH GEGEN BUSSGELDBESCHEIDE

München. Die Ortsgruppe der MLPD ruft mit einem Flugblatt zu einer Gerichtsverhandlung am 17.4.85 auf, um in einer öffentlichen Verhandlung ihrem Widerspruch gegen einen Bußgeldbescheid Nachdruck zu verleihen. Diesen Bußgeldbescheid erhielt die MLPD, als sie im Juni 1984 auf einer DGB-Kundgebung zur 35-Stundenwoche mit einem Bücherwagen linke Literatur verkaufen wollte. Im Flugblatt heißt es hierzu: "Entgegen der bisherigen Rechtsprechung soll ein Bücherwagen wie ein feststehender Büchertisch behandelt werden und darum anmeldepflichtig sein! Das ist nichts als ein billiger Trick, mit dem

der Vertrieb marxistisch-leninistischer Schriften verhindert werden soll. Setzt sich die Polizei damit durch, dann kann künftig das Auftreten jeder demokratischen Organisation noch stärker als bisher schon behindert werden." Der BWK erhielt einen Aufruf zur Aktionseinheit. – (dil)

KEINE KREDITE FÜR SÜDAFRIKA!

Frankfurt. Für den 10. Mai haben mehrere der evangelischen Kirche nahestehende Gruppen, die bereits seit mehreren Wochen demonstrative Aktionen vor dem südafrikanischen Konsulat veranstalten, einen "Bankenaktionstag" gegen die Kreditvergabe bundesdeutscher Banken an Südafrika geplant. Anlaß ist die an diesem Tag in Frankfurt stattfindende Aktionärsversammlung der Dresdner Bank, die nach Angaben der Initiatoren 1984 "mit Krediten von über 1000 Millionen DM das Apartheidsystem finanziert – an staatliche oder halbstaatliche Unternehmen von großer militärischer oder strategischer Bedeutung". Ziel der Protestaktion – solche Aktionstage gibt es schon seit 1983 – soll sein, die Dresdner Bank, die bei der Kreditvergabe an Südafrika in der BRD die Spitze hält, durch öffentlichen Druck letztendlich zur Aufgabe ihrer Südafrika-Geschäfte zu bringen. Die evangelisch-christlichen Gruppen verbinden die Forderung nach einem Bankenboykott gegen Südafrika mit einer Kritik an ihrer Amtskirche (EKD), die trotz eines Beschlusses des Weltkirchenrates von 1981 sich weigert, ihre Konten bei Banken mit Südafrikaverbindungen zu kündigen. Die Aktionen am 10. Mai sollen mit der Gewerkschaft HBV abgestimmt werden. (Quellenhinweis: Banken und Apartheid, herausgegeben von Anti-Apartheid-Bewegung) – (thz)

Landtagswahlen NRW**FAP ZUR WAHL ZUGELASSEN
SIE GEHÖRT VERBOTEN!**

Düsseldorf. Am 11.4. gab das Landeswahlamt bekannt, daß zu den Landtagswahlen in NRW auch die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) zugelassen ist. Diese Partei ist seit dem Verbot der neofaschistischen ANS/NA im Dezember 1983 als deren Nachfolgeorganisation tätig. Am 18.2.1984 gründete sie in Heiden einen Landesverband NRW. Anwesend war der Führer der verbotenen ANS/NA, Michael Kühnen, der erklärte: "Die FAP ist der neue legale Arm der Bewegung."

Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Freimut Duve bezüglich eines Verbotsverfahrens gegen die FAP erklärte am 9.1.85 der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Carl-Dieter Spranger (CSU): "Voraussetzung des Verbotes einer Vereinigung – unabhängig von der Beurteilung ihres Status im Einzelfall – ist der gerichtsverwertbare Nachweis, daß sich deren Zweck und Tätigkeit ... aggressiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten." Bemerkenswert ist hierzu eine Passage aus dem Verfassungsschutzbericht NRW für das 1. Halbjahr 1984 über den 1. Kongreß der FAP am 7. April in Münster: "Der FAP-Landesvorsitzende betonte in seiner Eingangsrede, daß die FAP sowohl in der Nachfolge der ANS/NA als auch der NSDAP stehe, daher habe man das ehemalige NSDAP-Programm aktualisiert und zur Grundlage der weiteren Arbeit der FAP gemacht."

Mit diesem Programm hat sich die FAP bereits an den Kommunalwahlen im Herbst 1984 in NRW beteiligt. In ihrem Wahlprogramm fordert sie u.a. die "gesetzliche Einführung eines Arbeits- und Sozialdienstes für gemeinnützige Aufgaben. Hierzu können notorische Arbeitslose dienstverpflich-

tet werden." Zur Familienpolitik heißt es: "Die Familie ist aber die Keimzelle eines Volkes ... Deshalb fordern wir die großzügige Förderung kinderreicher Familien und Achtung und Verständnis für die deutsche Mutter ... In der Jugend liegt die Zukunft eines Volkes ... Unsere Jugendlichen sollen stolz darauf sein, Deutsche zu sein. Dementsprechend muß der Unterricht in den Schulen gestaltet werden." Zur Deutschlandpolitik heißt es: "Jedes Volk hat das Recht, über sich selbst zu bestimmen. Dieses Recht ist auch eine Pflicht, die wir nun endlich wahrnehmen müssen ... Das Ziel der FAP ist die Einigung Gesamtdeutschlands, eingebunden in ein Europa der Völker." Aktualisiert wurde das NSDAP-Programm hinsichtlich der Ausländerpolitik. Die FAP, bekannt für ihre Überfälle auf Ausländer und deren Einrichtungen, fordert: "Ausländerrückführung durch Volksabstimmung zu dieser Frage; – Ausweisung arbeitsloser und krimineller Ausländer; – Deutsche Arbeitsplätze für

deutsche Arbeiter; – Familienzusammenführung im Heimatland."

Gestützt auf die "Borussenfront", hat sie bei den Kommunalwahlen in Dortmund im Wahlbezirk Borsigplatz 1,11 % der Stimmen erhalten; in Duisburg in einem Wahlbezirk 1,06 % – insgesamt waren es 98 Stimmen.

Seit Monaten fordern antifaschistische Zusammenschlüsse das Verbot von FAP und Borussenfront und die Nichtzulassung der FAP zu Wahlen. Der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe erklärte in einer Antwort auf einen Offenen Brief, für ein Verbot sei "keine ausreichende Rechtsgrundlage erkennbar". – Während den GRÜNEN am 13.4. im Duisburger Stadtteil Hamborn ein Informationsstand aus "Platzgründen" verweigert wurde, wurden der FAP fünf Stände in verschiedenen Stadtbezirken genehmigt. Allerdings konnte sie diese nicht durchführen. Konzentriert im Duisburger Stadtteil Meiderich wurden die versammelten FAP-ler von rund 250 Antifaschisten nach längstens fünf Minuten daran gehindert, ihre faschistischen Parolen zu rufen und Flugblätter zu verteilen.

Quellenhinweis: Dokumentation: Von der ANS zur FAP; Wahlprogramm der FAP – (rua)



Aktion gegen die FAP in Duisburg am 13.4. 1985

**POLIZEIEINSATZ
RECHTSWIDRIG**

Hannover. Am 21.5.83 hatte eine Kundgebung vor der Stadthalle gegen eine Veranstaltung der Grauen Wölfe stattgefunden. Mehrere Demonstranten waren festgenommen und mit Strafverfahren überzogen worden. Die Hauptangeklagten, Hasan und Orhan Öner, zunächst wegen versuchten Totschlags angeklagt, mußten schließlich nach § 50 Verhandlungstagen freigesprochen werden. Das Gericht stellte in seinem Urteil fest, daß Polizeizeugen präpariert und Beweismittel manipuliert wurden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Mehrere Teilnehmer der Demonstration haben gegen den Polizeieinsatz Klage beim Verwaltungsgericht erhoben mit dem Antrag festzustellen, daß die Demonstrationsauflösung rechtswidrig war. Das Verwaltungsgericht hat dieser Klage jetzt stattgegeben. Das Gericht geht aus von einem "Rehabilitierungs-Interesse" der Kläger. Dieses sei "schon dann anzunehmen, wenn die hoheitliche Maßnahme geeignet ist, den Betroffenen in der Achtung der Öffentlichkeit herabzusetzen" (Gewalttäter). Es begründet letztlich sein Urteil damit, daß "die Beklagte (Polizeidirektion Hannover, d. Verf.) indessen entgegen ihrer Auffassung dem Grundsatz der Verhäl-

nismäßigkeit ... nicht hinreichend beachtet" hat. Die Polizei hätte die Grauen Wölfe über einen Nebeneingang in die Stadthalle bringen können, statt den Haupteingang von den Demonstranten zu räumen. Die Polizeidirektion hatte dem entgegengehalten, daß ihr nicht genügend Kräfte zur Verfügung standen. Der als Zeuge geladene Einsatzleiter der Polizei durfte (aufgrund einer eingeschränkten Aussagegenehmigung) und möchte sich jedoch zur konkreten Stärke und Bewaffnung der Polizei nicht äußern. Das Gericht verwertete dieses "Nichtäußern" zu Lasten der Polizei.

Es ist gut möglich, daß die Polizei gegen dieses Urteil Berufung einlegen wird. – (kai)

Personalratswahlen Baden-Württemberg

GRÜNE, SPD UND GEWERKSCHAFTEN FORDERN WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER

Stuttgart. Das baden-württembergische Landespersonalvertretungsgesetz sieht vor, daß nur Arbeiter und Angestellte zum Personalrat im öffentlichen Dienst wählbar sind, die das Wahlrecht zum deutschen Bundestag haben. Ausländische Beschäftigte sind damit grundsätzlich vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen, sofern sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Mit der Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 erhielten ausländische Arbeiter und Angestellte in allen übrigen Bereichen das passive Wahlrecht, im öffentlichen Dienst wurde eine Angleichung durch die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes erreicht. Baden-Württemberg ist neben Bayern das einzige Bundesland, wo ausländische

Stadt Stuttgart z.B. sind etwa 700 ausländische Arbeiter und 300 Angestellte beschäftigt, das sind ungefähr 20% des Gesamtpersonals. Der Dienstherr versucht so, die ausländischen Beschäftigten besonders zu drücken und ihre Gegenwehr zu erschweren. Die "Vertretung der ausländischen Beschäftigten" ist in keiner Weise vor Maßnahmen des Dienstherrn geschützt, sie hat auch keinen Kündigungsschutz wie der Personalrat.

Begründet wird dieser Ausschluß vom passiven Wahlrecht seitens der Landesregierung mit den "besonderen Sicherheitsbedürfnissen" des öffentlichen Dienstes. Personalratstätigkeit sei Einflußnahme auf "hoheitliche", d.h. staatliche Tätigkeit und stehe



Ausländische Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst: Schwere, schlecht bezahlte Tätigkeit.

Beschäftigte nach wie vor vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Sie haben lediglich das Recht, sich "eine Vertretung der ausländischen Beschäftigten zu wählen". Diese soll "Anregungen", "Anträge", "Beschwerden" der ausländischen Arbeiter und Angestellten entgegennehmen und gegenüber dem Dienstherrn und Personalrat vertreten. Sie kann nur an solchen Sitzungen des Personalrats beratend teilnehmen, die besonders die ausländischen Beschäftigten betreffen. Damit sind etwa 10% aller Arbeiter und Angestellten in Betrieben des öffentlichen Dienstes, die überwiegend in den unteren Lohngruppen und in Bereichen beschäftigt sind, die verstärkt von Arbeitsetze und Rationalisierung betroffen sind, vom passiven Wahlrecht zum Personalrat ausgeschlossen. In den Kliniken der

Ausländern nicht zu. Ein Antrag der SPD vom Herbst 1982 und erneut vom Sommer 1984, die 1975 eingeführte Sondervertretung der ausländischen Beschäftigten aufzuheben und sie in vollem Umfang in das Personalvertretungsrecht einzubeziehen, wurde abgelehnt. Die CDU erklärte, "daß es nicht möglich sei, das Ausländerwahlrecht im Kommunalbereich aus guten, auch verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen, aber im Mitbestimmungsrecht bei der öffentlichen Verwaltung anders zu handeln..."

Der DGB fordert seit langem eine Änderung des bestehenden Personalvertretungsgesetzes. Er hat sich in der Frage an die EG-Kommission in Brüssel gewandt, um eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof zu erreichern. Im Bereich des Stuttgarter Jugendamts wurden bei den jetzigen

Personalratswahlen eine griechische und eine niederländische Beschäftigte "von Amts wegen" vom Wahlvorschlag gestrichen. Die ÖTV unterstützt die Klage der beiden Betroffenen.

Die Grünen haben jetzt ebenfalls einen Gesetzesentwurf im Landtag eingebracht, worin die Streichung des § 12 des Landespersonalvertretungsgesetzes ("Wahlrecht für den Deutschen Bundestag" als Voraussetzung zum passiven Wahlrecht) und das gleiche passive Wahlrecht für Ausländer wie für Deutsche gefordert wird. Zur Begründung wird ausgeführt: "Das Bundespersonalvertretungsgesetz sowie alle entsprechenden Landesgesetze außer in Bayern und Baden-Württemberg sehen vor, daß auch Ausländer für den Personalrat passiv wählbar sind. Eine solche Regelung wird auch zwingend durch Europa-recht gefordert. Der Gesetzentwurf strebt zur Anpassung an die rechtliche Lage und als Integrationsangebot die Einräumung des passiven Wahlrechts für Ausländer bei Personalratswahlen an." Die Behandlung im Landtag steht noch aus.

Eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes ist dringend, um der besonderen Rechtlosigkeit eines großen Teils der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken und bessere Bedingungen zur einheitlichen Gegenwehr gegen Maßnahmen des Dienstherrn zu schaffen. — (evc)

Buchhandel und Verlage

AKTIONEN DER BESCHÄFTIGTEN

München. "Die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen gefährden die Existenz der Betriebe und damit der Arbeitsplätze." Unter diesem Motto versuchen die Kapitalisten der Buchhandels- und Verlagsbranche in Bayern die diesjährigen Tarifverhandlungen zu gestalten. Vereinbarte Rationalisierungsschutz-Verhandlungen wurden verweigert. Vereinbarte Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung werden benutzt, um Flexibilisierungs-Wünsche durchzusetzen. Die Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaft HBV und den Kapitalisten blieben bis jetzt ohne Angebot.

Den ersten Verhandlungstag um einen neuen Entgeltsvertrag am 19.3. verbrachten die Kapitalisten damit, die Forderung nach 7%, mindestens 150 DM im Interesse der Arbeitsplätze zurückzuweisen. Ein Angebot hatten sie in die Verhandlungen nicht mitgebracht. Als dann mittags Kollegen aus zehn Münchner Betrieben die Verhandlungen besuchten und für die Forderungen demonstrierten, benutzten die Kapitalisten dies, "aus

Empörung" die Verhandlungen abzubrechen.

In den Fachgruppen wurde beschlossen, alles mögliche zu unternehmen, um zu demonstrieren, daß man sich eine Aushöhlung der Tarifverträge durch permanente Verweigerung von Verhandlungen und Angeboten nicht gefallen läßt. Über 40 Kollegen fuhren am 31.3. nach Augsburg, wo sich die Kapitalisten zu ihrer Verbandstagung versammelt hatten. Ein Grundsatzreferat über Tarifpolitik wurde vom obersten Druck-Kapitalisten Beltz-Rübelmann gehalten. Die versammelten Buchhändlerinnen und Buchhändler verteilten vor allen Buchhandlungen Flugblätter an die Kunden und "empfingen" die Kapitalisten mit Transparenten und Sprechchören vor dem Augsburger Rathaus, wo diese zu einem Empfang beim Oberbürgermeister geladen waren. Sichtlich irritiert registrierten die Buchhandels- und Verlagsbesitzer diesen "kleinen Zwischenfall", wie es ihr Verbandsblatt formulierte.

In der Woche vor Ostern kam es in der Münchner Buchhandlung Kaiser zu einem kurzen Warnstreik. Von einem Teil der Belegschaft wurde für 20 Minuten die Arbeit unterbrochen, man versammelte sich vor der Ladentür und verteilte an die Kunden Flugblätter, die über die Situation der Beschäftigten informierten. Ende des Monats sollen nun die nächsten Verhandlungen stattfinden. — (jür)

Zementindustrie KNALLHARTE RATIONALISIERUNGEN

Elmshorn. Während der Bundesverband Deutscher Zementwerke (BDZ) im Sommer letzten Jahres eine Zementabsatzprognose bis zum Jahre 2000 im EG-Bereich in seinem Organ "Zement, Kalk, Gips" veröffentlichte, schrieb der größte Zementhersteller der Welt, die Holderbank, für das von ihnen beherrschte Unternehmen Alsen-Breitenburg (A-B) im Geschäftsbericht 1983 folgendes: "Die Hansa Zement und Kalk GmbH wurde auch juristisch in Alsen-Breitenburg integriert, und das Personal der Verkaufsorganisation wurde von Alsen-Breitenburg übernommen. Das Restrukturierungsprogramm ist damit zu einem vorläufigen, erfolgreichen Abschluß gebracht worden."

Der BDZ riet seinen Mitgliedern, in Zukunft keine neuen Kapazitäten zu errichten, sondern eher vorhandene abzubauen. Die Aussage geschieht vor dem Hintergrund, daß lediglich 62% der Drehöfen ausgelastet sind. Weiter rechnet man mit Produktionseinbußen für die nächsten Jahre von 15 bis 20%. Die Holderbank braucht solche übergreifenden Prognosen für betriebliche

Strategien nicht. Sie ist selbst in sieben westeuropäischen Ländern mit Werken vertreten und unterhält zwei Planungsbüros, die sich auch mit Absatzprognosen beschäftigen. Im Konzern können verschiedene Strategien untersucht werden, die die Rationalisierungen in einzelnen Werken betreffen. So verfolgt man bei Alsen-Breitenburg und den ihr zugehörigen Töchtern seit 1981 den Kurs der Konzentration. Die anderen Zementkapitalisten äußerten anlässlich der Manteltarifverhandlungen, in Zukunft ca. 1000 Arbeiter rauswerfen zu wollen. Die Holderbank hat es bei Alsen-Breitenburg geschafft, von 1981 bis Juni 1985 195 Arbeiter auf die Straße zu setzen. Es verbleiben jetzt noch 68,1% der ursprünglichen Alsen-Breitenburg-Arbeiter. Dazu kommt, daß im Angestelltenbereich auch noch rationalisiert wurde und die vollständige Schließung der Alsen-Breitenburg-Tochter Hemmoor-Zement, wo 100 Kollegen auf der Strecke blieben. Da erblaßt die Konkurrenz vor Neid. Deshalb kann man auch schreiben, daß das Restrukturierungsprogramm zu einem erfolgreichen, vorläufigen Abschluß gekommen ist.

Betrachtet man die Produktionsstätten, so ist die Entwicklung noch schärfer. Unter dem Alsen-Breitenburg-Kommando standen 1981 vier Werke. Seit 1984 sind es noch zwei. Eine derartige Konzentrationsbewegung hat es sonst nirgends in der westdeutschen Zementindustrie gegeben. Dort sind im gleichen Zeitraum insgesamt drei Werke in der Konkurrenz vernichtet worden.

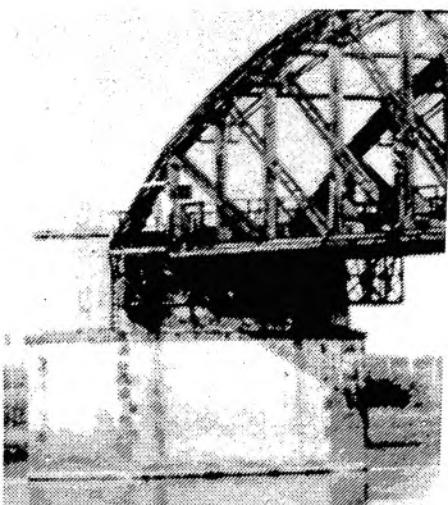
Das Zementwerk Anneliese in Ennigerloh z.B. läßt das halbe Jahr kurzarbeiten, andere versuchen sich auf gleichem Wege zu retten. Solche Maßnahmen plant Alsen-Breitenburg im Sommer wiederum zusätzlich. Dort will die Geschäftsleitung im Produktionsbereich vier bis sechs Wochen Kurzarbeit durchsetzen. Der Weg ist für die Kapitalisten recht profitabel; in den letzten drei Jahren zwischen 11 und 15 Mio. DM Profit.— (uwb)

Elbgrenze VÖLKERRECHT WEITERHIN BESTRITTEN

Hannover. Im Auftrage der SPD-Landesbezirke Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der SPD-Bundestagsfraktion hat der Politologe Dieter Schröder ein neues Rechtsgutachten über den Grenzverlauf zwischen der BRD und der DDR an der Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg erstellt. Zur Untermauerung des Tatbestandes, daß die Grenze in der Strommitte verläuft, bezieht er sich u.a. auf eine Dienstanweisung vom 5. Juli 1945, mit der bri-

tische Stellen "die für den Elbschnitt zuständige Wasserschutzpolizei Hamburg angewiesen (haben), sich auf der Südseite der Elbe (Westufer) zu halten". Zwar habe die britische Seite versucht, mit der Sowjetunion eine Vereinbarung über einen Grenzverlauf auf dem Ostufer zu treffen. "Diese Vereinbarung ist jedoch nicht zustande gekommen", stellt Schröder fest.

Die CDU-Niedersachsen hält wie die Bundesregierung am Gebietsanspruch auf die ganze Elbe fest, um von diesem wichtigen Verkehrsweg wirt-



Die CDU bekräftigt Gebietsanspruch auf die gesamte Elbe.

schaftlich zu profitieren und sich einen militärischen Geländevoorteil zu erhalten. Ihr Völkerrechtler Rausching von der Göttinger Universität behauptet frech, daß der Text des Londoner Protokolls zwar auf die deutschen Verwaltungsgrenzen verweist, die zum Teil auf Strommitte verlaufen, die Besetzungsorgane allerdings von den Karten ausgegangen seien, die einen rechtselbischen Verlauf der Grenze festlegen würden. Tatsache ist aber, daß seit 1950, nachdem die britische Besatzungsmacht ihre Kontrollfunktion auf der Elbe dem Zolldienst der BRD übergeben hatte, in der Praxis von einem Grenzverlauf in der Mitte der Elbe ausgegangen wurde, wenn auch westdeutsche Zollboote dagegen Provokationen unternahmen. Und noch heute bedauert Albrecht, daß westdeutsche Zollboote aus Opportunitätswägungen die Boote der DDR nie kontrolliert hätten.

Einig sind sich allerdings CDU und SPD, daß das Völkerrecht auf die Grenze zwischen BRD und DDR keine Anwendung finden darf. Nach Völkerrecht gilt allgemein, daß bei schiffbaren internationalen Flüssen der "Talweg", d.h. die Mitte der Fahrrinne als Grenze gilt. Sich auf diese Völkerrechtsposition zu beziehen, würde dem Grundsatz, die "deutsche Frage offenzuhalten" widersprechen, von dem die SPD nach wie vor ausgeht.— (kar)

Bayerische Krankenhäuser

VORMARSCH DER PRIVATKLINIKEN BEI DER AKUTVERSORGUNG GEPLANT

München. Bei der Debatte um den Haushalt 1985/86 des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung am 6.3.85 hat Staatsminister Neubauer die maßgebliche Beteiligung der Bayerischen Staatsregierung am Zustandekommen des neuen Krankenhausfinanzierungsge setzes (KHG) gelobt. Das Ergebnis sei "ausgewogen und zukunftsträchtig". Um die offensichtliche Zufriedenheit der christlichen Reaktion zu diesem Machwerk richtig würdigen zu können, ist es ratsam, sich die Entwicklung bayerischer Krankenhäuser in den letzten Jahren vor Augen zu führen.

Die später folgende Untersuchung zu den Jahren 1978 bis 1982 läßt folgenden Schluß zu:

Bestand Bayerischer Klinikbetten

	öffentl	freigemeinn.	privat
Planbetten für Akutkranke			
31.12.78	60317	15283	5570
31.12.80	59485	14967	5084
31.12.82	58906	14469	5212
Planbetten für Sonderkranke			
31.12.78	25403	4738	14325
31.12.80	24990	4787	15618
31.12.82	23956	4595	16343
Planbetten insgesamt			
31.12.78	85720	20021	19895
31.12.80	84475	19754	20702
31.12.82	82862	19064	21555

– Die Möglichkeit, nur nach Kostengesichtspunkten zu verfahren, hat es den freigemeinnützigen wie auch privaten Klinikträgern erlaubt, sich aus dem offensichtlich zu großen Teilen unrentablen Bereich der Akutkrankenversorgung zurückzuziehen.

– Umfangreiche Klinikeröffnungen und Planbettenaufstockungen im Sonderkrankenbereich haben Privatbetreibern von Kliniken ein kräftiges Plus gebracht.

– Der freigemeinnützige Träger konnte durch Bettenreduzierung und -erweiterung in verschiedenen Bereichen ein gravierendes Defizit vermeiden.

– Die Zuständigkeit des öffentlichen Trägers für den wirtschaftlich nicht lukrativen Akutbettenbereich ist gestiegen. Ebenso muß er als einziger die Patientenversorgung in offensichtlich unrentablen Bereichen wie Röntgen- und Strahlenheilkunde durchführen. Sinkender Nutzungsgrad von Planbetten, prozentualer Rück-

gang an der Trägerschaft aller Betten lassen auf rapide Verschlechterung in der medizinischen Versorgung schließen.

Auf diesem Hintergrund läßt das neue KHG mit seiner Schwerpunktsetzung hinsichtlich der besonderen Unterstützung nichtöffentlicher Kliniken, der Bindung öffentlicher Anstalten an einen Wirtschaftlichkeitsvergleich mit anderen Trägern, dem "Vergleichspflegesatz" und dem Kostendeckungsprinzip Brutales ahnen.

Der bayerischen Landtagsdebatte lassen sich Hinweise für folgende Vorhaben entnehmen:

– Verbesserte Bedingungen zur Privatisierung und Teilprivatisierung vor

den jeweiligen "Berichten über das bayerische Gesundheitswesen" für die Jahre 1978, 1980 und 1982 (jeweils Stand 31.12. des Jahres) entnommen:

1. Bayerische Planbetten für Akutkranke: Bei allen Trägern wurden Planbetten abgebaut. Der prozentuale Anteil der öffentlichen Trägerschaft an Akutbetten stieg während des Untersuchungszeitraums von 74,3% auf 75,8%, während im freigemeinnützigen Sektor die Trägerschaft von 18,8% auf 18,6%, im privaten von 6,9% auf 6,7% sank. Bereiche wie Zahn- und Kieferkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Röntgen- und Strahlenheilkunde lagen ausschließlich in öffentlicher Hand, im Bereich der Inneren Medizin und der Chirurgie waren Land und Kommunen gezwungen, die Bettenzahl aufzustocken, nachdem die nichtöffentlichen Träger dort ihre Bettenzahl stark reduziert hatten. Fazit: Der Nutzungsgrad der Planbetten für Akutkranke sank von 1978 bis 1982 beim öffentlichen Träger um 2,1%, während die freigemeinnützigen mit plus 0,1% ungeschoren davонkamen, die privaten Klinikbetreiber indessen ein Plus von 1,6% verzeichnen konnten.

2. Bayerische Planbetten für Sonderkranke: Die öffentliche Hand mit einer Trägerschaft von 57,1% (1978) sank auf 53,4% (1982), die freigemeinnützigen Klinikbetreiber spielten mit einer Trägerschaft von knapp 11% und geringen Bettenreduzierungen keine entscheidende Rolle, die privaten Träger jedoch steigerten ihren Einflußbereich von 32,2% auf 36,4%. Ihr besonderes Engagement galt vor allem den Suchtkranken, Rheumati kern und Rehabilitanten (Zunahme der Planbetten von 1978-82 um 75%, 40%, 54%), die wachsende Patientenzahlen bei geringem pflegerischen und medi zintechnischen Aufwand bringen, während sich ganz im Gegensatz dazu im Bereich der Tuberkulose und Neurologie in Bayern keine private Hand röhrt. Fazit: Während im öffentlichen Sektor die Planbetten um 5,7% sanken, im freigemeinnützigen um 3,0%, stieg die Bettenzahl im Privatbereich um 14,1%.

3. Bayerische Planbetten insgesamt: Nur den privaten Trägern gelang es 1978 bis 1982 den prozentualen Anteil an Betten (+1,7%) auszudehnen. Die freigemeinnützigen Kliniken konnten eine gravierende Verschlechterung ihrer Lage auffangen. Die öffentliche Hand dagegen hat ausschließlich Negatives zu verzeichnen: Bettenzahl minus 2858, Trägerschaft an Gesamtbetten minus 1,1%, sinkender Nutzungsgrad.

Quellenhinweis: verschiedene Ausgaben der "Berichte über das bayerische Gesundheitswesen", Plenarprotokolle des Bayerischen Landtags, ÖTV-Sozial- und Gesundheitsreport Nr. 5-6/1984 – (elw)

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse für das Land Bayern wurden

NPD/Baden-Württemberg ÜBER 1200 GEGEN LANDESPARTEITAG

Biberach. Am 25.3. wird erstmals bekannt, daß der NPD-Landesparteitag am 14.4. in der Stadthalle stattfinden soll. Im Auftrag der SPD verurteilt der Gemeinderat und DGB-Kreisvorsitzende Kübler die Zusage eines städtischen Saales an die NPD durch die Stadtverwaltung. Im Gegensatz zu Grünen und Naturfreunden fordert er allerdings die Rücknahme der Zusage nicht. Damit folgt die SPD praktisch der Argumentation des OB Hoffmann (CDU), der behauptet, daß "es keine rechtliche Handhabe gibt, der NPD (die nicht verboten sei) den Saal nicht zur Verfügung zu stellen."

Ein kurzfristig einberufenes Treffen von Vertretern der SPD, Grünen, Jugendhäusern, Friedens- und antifaschistischen Gruppen berät Maßnahmen gegen den Parteitag. Ihren Vorschlag, einen Schweigmarsch weitab von der Stadthalle zu machen, begründet die SPD damit, der NPD keine zusätzliche Publizität verschaffen und jegliche gewalttätige Auseinandersetzung verhindern zu wollen.

Im Gegensatz dazu formuliert die Mehrheit der Anwesenden als Ziel die Verhinderung der NPD-Veranstaltung, zumindest aber massiven öffentlichen Protest möglichst nah am Ort des Geschehens. Die Rückfrage beim gleichzeitig tagenden DGB-Kreisvorstand ergibt jedoch, daß der DGB zu diesem Zeitpunkt nicht bereit ist, zu einer Demonstration aufzurufen. Die Begründung: Keine zusätzliche Publizität für die NPD, und: der 14.4. als "Weißen Sonntag" (Tag der Kommunion), der im oberschwäbischen Raum als Feiertag begangen wird. Die Aktionseinheit beschließt daraufhin, selbst zur Demonstration aufzurufen und zumindest einen DGB-Redner zu gewinnen.

Nachdem der OB zugeben muß, daß der Verwaltung Ort und Termin der NPD-Veranstaltung schon seit Oktober 1984 bekannt sind, kommt es zu einer einstimmigen Entschließung des Gemeinderats, in der der "NPD-Parteitag in Biberach ... und die derzeitige Rechtslage (bedauert wird), die eine Versagung des Saals nicht erlauben würde". Inzwischen rufen neben den DGB-Kreisen in Biberach, Ulm, die VVN Ravensburg, Ulm, auch die Gemeinderatsfraktion der Unabhängigen Bürger zur Demonstration auf. Eine Presseanzeige, u.a. mit der Forderung nach dem Verbot aller neonazistischen Gruppierungen, wird von 13 Parteien/Organisationen und 60 Einzelpersonen unterstützt.

Auf der ca. 1200 Menschen zählenden Demonstration versucht die SPD-Demonstrationsleitung noch erfolglos, die extremen Auflagen des

KEIN
NPD - LANDESPARTEITAG
IN BIBERACH



Ordnungsamtes (kein zweiter Lautsprecher, keine Ruhestörung etc.) durchzusetzen und ihr nicht genehme Fahnen und Transparente nach dem Motto: "Links- = Rechtsextremismus" zu entfernen.

Die Kundgebungsredner weisen unter anderem auf den 8. Mai und auf die Parallele zwischen großdeutscher NPD-Propaganda und Regierungspolitik hin. So war auch eine Parole der ca. 500, die nach dem offiziellen Demonstrationsende vor die Stadthalle zogen: "Die NPD macht die Propaganda, die CDU die Politik!" – (ulr)

Schlesiertreffen FESTIGUNG DER FRONT GEGEN REVANCHISMUS

Hannover. Die Friedensversammlung Hannover hat eine Arbeitsgruppe (bestehend aus Mitgliedern folgender Organisationen: AStA der Uni, BWK, DKP, GABL, GRÜNE, Jungsozialisten, KB, SDAJ, VVN, Volksfront, 1.-Mai-Komitee Hannover) gebildet, die einen Aufruf gegen das Schlesiertreffen erarbeitet hat und Aktionen gegen diesen Revanchistenaufmarsch vorbereitet. Der Aufruf, der dem Plenum der Friedensversammlung am 25.4. zur Verabschiedung vorliegt, wird auf folgende Forderungen zugespielt:

- * Volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR
- * Volle völkerrechtliche Anerkennung der Westgrenze Polens und der übrigen Grenzen in Europa
- Alle abgeschlossenen Verträge sind strikt einzuhalten. – Die Oder-Neiße-Linie, der Grenzverlauf zwischen BRD und DDR (Elbmitte) sind völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen. – Die Verwendung von Landkarten mit "Deutschland in den Grenzen von 1937" im Schulunterricht ist zu untersagen. – Die Erfassungsstelle in Salzgitter muß sofort

aufgelöst werden. – Der faktische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für "alle Deutschen" ist aufzugeben.

- * Streichung der 18500 DM aus Steuermitteln zum diesjährigen Schlesiertreffen
- * Streichung der Zuschüsse des Landes Niedersachsen für das geplante Schlesiermuseum und Kündigung der Patenschaft Niedersachsens zu Schlesien durch die Landesregierung
- * Kohl und Albrecht dürfen auf dem Schlesiertreffen nicht sprechen.

Für den 14. Juni wird eine Podiumsdiskussion geplant. Einigkeit wurde darüber erzielt, daß im Podium vertreten sein sollen: Vertreter osteuropäischer Länder, möglichst Historiker aus Polen oder Schriftsteller aus der DDR; Vertreter der Kirche (Dorothea Sölle); Vertreter der SPD (Gaus, Glotz oder Bahr); Vertreter der GRÜNEN/Alternativen (Einschränkung: Schily ist unerwünscht); Vertreter der DKP (Parteivorstand/Präsidium); Vertreter der VVN; Vertreter der Gewerkschaften (IG Metall/DGB).

Am 14. Juni sollen Aktionen gegen die Eröffnungsveranstaltung des Schlesiertreffens durchgeführt werden und am 15.6. eine Demonstration in Hannover, die zu Orten des Revanchismus, wie dem Niedersächsischen Landtag und dem "Haus deutscher Osten", führen soll. Der Vorschlag des KB, am Sonntag, dem 15.6., eine Demonstration zum Messegelände, dem Ort des Schlesiertreffens, durchzuführen, um insbesondere den Auftritt Kohls und Albrechts anzugreifen, wurde von VVN und DKP strikt abgelehnt, so daß dieser Vorschlag in der Friedensversammlung nicht einigungsfähig sein wird. So wird zu dieser Demonstration oder Kundgebung wahrscheinlich ein Aktionsbündnis aufrufen, das mit der Friedensversammlung nicht identisch ist. – (kar)



Kasernenunterdrückung

DEN DRILL FÜR DEN OSTFELDZUG NEHMEN DIE SOLDATEN NICHT WIDERSTANDSLOS HIN

Bielefeld. In Augustdorf (Kreis Lippe) ist der größte Kasernenstandort der Bundeswehr in NRW angesiedelt. Dort sind die Panzerbrigade 21 und das Panzeraufklärungsbataillon 7 stationiert. Die Kasernenführung ist um eine rege Öffentlichkeitsarbeit bemüht. Laufende Berichterstattung in der Lokalpresse, verschiedene Patenschaften mit Städten und Gemeinden in Ostwestfalen-Lippe sowie mindestens ein öffentliches Gelöbnis im Jahr belegen dies. Nur von der tatsächlichen Lage der einfachen Soldaten, insbesondere der Wehrpflichtigen, ist so gut wie nie die Rede. Wie die Soldaten kriegsfähig geschliffen werden, wie sich aber auch der Widerstand dagegen äußert, wollen wir anhand von einigen Beispielen darstellen.

Bewegungsarten im Gelände
"Sprühangriff", schreit der Unteroffizier. ABC-Schutzmaske auf, Poncho drüber. Dabei war so schönes Wetter. 2 1/2 Stunden schikanierten zwei Unteroffiziere die Rekruten (so werden die neuen Soldaten in der Grundausbildung bezeichnet) aufs Härteste. "Sprung auf, Marsch, Marsch." "Stellung." Keine Zeit zum Luftholen. Unter der Maske dreht man durch, man wird angeschrien, erniedrigt. Maske abreißen oder wirklich diesen Drill mit Maske weitermachen? Einer ist in NATO-Draht gestürzt, ein anderer hat in die Maske gekotzt. Ihm wird befohlen, ohne weiterzukriechen. Keiner hat den Mut, die verflixte Maske abzureißen. Die Unteroffiziere wechseln sich im Schreien ab. Ohne Pause: Stellung, Sprung auf, Marsch, Marsch! "Das war noch nicht schnell genug. Da muß wohl die Pause flachfallen." Dies alles traf die Rekruten so unvorbereitet. Noch einmal hätte man das nicht mit ihnen machen können.

Danach schicken die Unteroffiziere sie noch im Laufschritt mit Waffen und Maske über die Hindernisbahn. Angeblich hätte sich einer der Rekruten beschwert, daß er zuviel Pausen und zuwenig Ausbildung hätte. Die Unteroffiziere hätten eins darüber bekommen. Am nächsten Tag war über die Hälfte beim Sanitäter.

*

Truppenübungsplatz Bergen
Mitte Februar bis Anfang März mußte die gesamte Kaserne zur Winterübung auf den Truppenübungsplatz Bergen/Münster ausrücken. Das Panzerbataillon 214 wurde in Baracken verfrachtet, der Stab der Panzerbrigade 21 hingegen lag in Steinhäusern. Die 1. Batterie des Panzerartilleriebataillons 215 wurde beispielsweise wiederum erdverbunden stationiert, Biwak in affiger Kälte. Die Biwakplätze mit revanchistischen Namen wie Königsberg oder Kattowitz. Die Zustände in Bergen standen teilweise ganz in der Tradition von Bergen-Belsen (ehemaliges KZ). Man vermißt lediglich den Spruch am Eingang nach Bergen: "Kämpfen macht frei." Aber der wird wohl erst freigegeben, wenn es direkt losgehen soll, um für die Geldsäcke

Königsberg zurückzuholen.

Der Wehrbeauftragte, sonst sehr träge, hat aufgrund vieler Beschwerden durch Soldaten die Lager mit ihren Baracken als unmenschlich bezeichnet. Angesichts der Toiletten (Plumpsklos), der unheimlich tollen



Soldaten bei einer Essenspause während der Winterkriegsübungen bei "sibirischer Kälte". Über 300 Soldaten erlitten dabei schwere Erfrierungen. — Karikatur aus "Röhrt Euch" Nr. 5, Kasernenzeitung in Augustdorf.

Waschhäuser (fließend Wasser, nur etwas kalt), angesichts dieser Zustände muß man dem Mann Recht geben.

Das "Leben" in den Baracken selber war allerdings die Härte, selbst für Soldaten, die noch etwas "guten Willen" hatten. Gereizt zerfleischte man sich untereinander, statt sich gegen diese Zustände nach oben hin zu wehren und ertränkte die Scheiße im Alkohol.

Der Morgen begann mit dem Frühstück im Stehen auf dem Bett, weil die Stuben oft überbelegt waren und der Tisch deswegen besetzt war. Je nach Farbe der Schulterklappenlitze gestaltete sich der Dienstplan entweder vollkommen langweilig oder die reine Hetze, in der man noch nicht mal Zeit hatte, sein Frühstück mitleidig anzuschauen.

Bei ca. 5 Millionen DM Steuergeldern, die beispielsweise allein der Aufenthalt des 7. Aufklärerbataillons

im Kurort Bergen gekostet hat, mußte jede Minute genutzt werden. Der Dienstplan wurde von den Disziplinarvorgesetzten vollgepropft, ohne Rücksicht auf die Soldaten. Unverantwortlich ist es z.B., daß per Gesetz einem Fahrer in 36 Stunden nur eine Stunde Dienstschlaf zugelassen wird. Das allein ergab schon die Möglichkeit, einen Fahrer 35 Stunden fahren zu lassen. Das höchste, was uns in Bergen an geschobenem Dienst zu Ohren kam, bewegte sich so um die 120 Stunden die Woche. Wenn der "Winterkrieg" unter fast sibirischen Ostfeldzugsbedingungen gefügt werden kann, so können schon mal ein paar Soldaten verheizt werden. Und der Brigadegeneral



kommandeur Oberst Schönbohm (jetzt zum Brigadegeneral befördert und demnächst Wörners Adjutant als stellvertretender Leiter des Planungsstabes des Heeres) erklärte dann frech in der Presse, daß die gute Ausbildung am Standort sich bei der Winterübung bewährt habe.

*

Der Bataillonskommandeur der Panzeraufklärer 7, Oberstleutnant Jäger, empfahl den frierenden Soldaten in Bergen: "Wer sich bewegt, der friert auch nicht. Die meisten Soldaten, die frieren, sind selber Schuld. Sie haben sich der Kälte ergeben." Dieser Oberstleutnant hatte gut reden. Er saß im Iltis, kutscherte durch die Gegend, kontrollierte die Soldaten und verpißte sich wieder. Daß beispielsweise ein Soldat so müde war, daß er sich nicht mehr bewegen konnte, und daß Fahrer schon fast am Baum gelehnt einnickten, davon woll-

te der Bataillonskommandeur nichts wissen. "Und sollte ein Soldat mal an den Füßen frieren, dann ziehe er den Feldparka aus, wickele ihn um die Beine und stopfe den Pulli mit Zeitungen aus!" Der Offizier beliebte zu scherzen. Statt Übungen abzublasen, die an die Gesundheit gehen, weiterfrieren und kämpfen.

*

"Dienstausgleich für Bergen steht nicht in meiner Macht. Das entscheidet der Bataillonskommandeur, ob Urlaub gewährt wird oder nicht", meinte der Major Freymann zu den angetretenen Soldaten. Oberstleutnant Jaster war schon gen Augustdorf. Wahrscheinlich hätte man ihn ausgepfiffen, wenn er was von den gerüchteweisen drei Tagen Ausgleich für Bergen erzählt hätte. Uns sind einige Kompanien bekannt, in denen die Zeichen zeitweise so auf Sturm standen, daß der Übergang zwischen Erschöpfung und Meuterei fließend war. Alles Folgen von Überanstrengung und Übermüdung. Und dann noch nicht einmal einen Ausgleich, der dem geschobenen Mehrdienst entspricht. Das

alles ergab eine explosive Mischung.

*

Widerstand in der Kaserne

Gegen die Unterdrückung gibt es vielfältigsten Widerstand. Da ist die individuelle Auflehnung: z.B. Fernbleiben von der Truppe und tätlicher Angriff auf einen Hauptfeldwebel oder dreimonatige Abwesenheit von der Truppe und danach die Weigerung, die Uniform anzuziehen. Beide Soldaten bekamen empfindliche Gefängnisstrafen dafür. Und sowieso ist das "Cafe Süd" (so wird das Gefängnis in Augustdorf genannt) immer gut besucht.

Neben dem individuellen Widerstand, der durch Gefängnisstrafen gebrochen werden soll, hat sich aber auch organisierte Gegenwehr gebildet. Soldaten haben sich in der Gruppe "Die Unverheizbaren" zusammengetan und geben seit Mitte Dezember regelmäßig die Kasernenzeitung "Röhrt Euch" heraus. In der Kaserne erscheinen Aufkleber gegen die geplante Wehrzeitverlängerung – u.a. kriegte auch das Offiziersheim was davon ab. Die Kasernenführung reagiert hektisch und nervös auf diese

Aktivitäten: Wertfachkontrollen (das Privatfach des Soldaten im Spind) angeblich zur Überprüfung der Ordnung und Sauberkeit; tatsächlich ging es aber um die Suche nach Aufklebern. Insbesondere die Veröffentlichungen in der "Röhrt Euch" gehen den Offizieren an den Nerv. In der Ausbildungskompanie 3./7 verkündete der Kompaniechef: "Alle Soldaten die Zeitungen abgeben, da sie verboten ist ... Eine Zensur findet nicht statt." Oder Kasernenkommandant Oberst von Heygendorff, der das Lesen der Zeitung in der Panzerjägerkompanie 210 verbieten wollte, weil politische Betätigung in der Kaserne verboten sei. All das hat bislang nichts bewirkt. Im Gegenteil: Der stellvertretende Divisionskommandeur, Brigadegeneral von Alversleben, wurde auf der Vertrauensleutebesprechung von Vertrauensmännern so energisch mit der Forderung nach Dienstausgleich für alle Wach- und Bereitschaftsdienste bedrängt, daß er eine Prüfung der Zustände in Augustdorf zusagte. Die "Röhrt Euch" hatte dieses Problem vorher ausführlich erörtert. – (E.T.)

REAKTIONÄR-FASCHISTISCHES GEFÖRDERT

Das für Augustdorf zuständige Truppendifferenzial in Münster hat den Wehrpflichtigen Mathis Feldhoff zu fünf Tagen Arrest auf Bewährung verurteilt, weil er in Uniform und als Redner an der Gedenkveranstaltung "Blumen für Stukenbrock" am Antikriegstag teilgenommen hatte. Dort hatte er sich gegen das am 6.9.84 ebenfalls in Stukenbrock mit ihm und seinen Kameraden geplante öffentliche Gelöbnis ausgesprochen. In Stukenbrock waren zwischen 1941 und 1945 rund 65000 Kriegsgefangene, zumeist aus der Sowjetunion, von den Faschisten zu Tode gequält worden. Das Gericht meinte, wenn der Brigadegeneral Nolzen in der "Bild am Sonntag" neben seiner Kolumne abgebildet sei, dann sei das etwas anderes. Schließlich gibt der ja auch reaktionären Dreck von sich.

Der Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 212, Oberstleutnant Thiell, hatte Feldhoff vorher sogar zu 21 Tagen Arrest verurteilt. Dagegen gab es reichlich Protest. Bergeweise Postkarten gegen die Disziplinarmaßnahme erreichten den Kommandeur. "Lippische Landeszeitung" und "Neue Westfälische" berichteten ausführlich. Der DGB Kreis Lippe sprach sich auch dagegen aus. Ergebnis dieses öffentlichen Drucks war nun das mildere Urteil. Die Linie jedoch, Fortschrittliches zu unterdrücken und Reaktionäres zu fördern, wurde fortgeführt. So auch in Augustdorf.

– Fünf Soldaten aus der Panzerjä-

gerkompanie 210 hatten eine Beschwerde gegen faschistische Äußerungen eines Offiziers geschrieben. Dieser empfand größere Verbundenheit zu den Fahnen des Kaiserreiches und denen der Nazis. Beide haben bekanntlich schon einen Weltkrieg angezettelt. Eine Woche nachdem die Beschwerde an den Disziplinarvorgesetzten losgeschickt wurde, erdreiste sich die Kasernenführung dazu, diesen Offizier, Leutnant Jassmeier, zum Oberleutnant zu befördern. Und dies, obwohl dieser einige Zeit zuvor sein Studium abgebrochen hatte und eine Beförderung gar nicht in Frage gekommen wäre. Dies kann man sozusagen als Belohnung sehen, und es tut sich der Verdacht auf, daß die Kasernenführung selbst in der Ecke einzurichten ist, die Oberleutnant Jass-

meier folgendermaßen beschrieb: "Rechts neben mir steht nur noch die Wand. Damit Sie Bescheid wissen." Zum mindesten wird dieser Faschist von der Kasernenführung gedeckt.

– Oder Kasernenkommandant Oberst von Heygendorff: Er ließ in einer Wachbelehrung folgendes vom Stapel, um die Soldaten scharf zu machen: "Wenn Sie Terrorist wären, wo würden Sie sich die Waffen besorgen? Bei den Briten? Das sind Profis. Da gehen die Terroristen nicht ran. Bei den Amis? Nein! Das sind Neger, und die waren Menschenfresser. Also bleiben nur wir Deutschen." Die Briten sind also Profis, z.B. in der Aufstandsbegehung in Irland oder beim Überfall auf die "Falklandinseln". Die Amis nur Neger, also natürlich Abstammung Menschenfresser. Der Oberst ist Rassist. "Wir Deutschen" blieben da nur noch. Das ist faschistische Herrenrassementalität.

– Zudem wird in Augustdorf reaktionäre Traditionspflege betrieben: Das Panzeraufklärerbataillon 7 fühlt sich den Kameraden der ehemaligen 15-er Reiter verbunden. Die Wurzeln dieses Regiments gehen zurück bis in das Jahr 1815. Die Reiter dienten damals dem Adel zur Niederschlagung der bürgerlichen Revolution. Gegründet wurde das Regiment erst 1920. Der Versailler Vertrag erlaubte 18 Regimenter zur Zerschlagung von Aufständen im eigenen Land. Die einfachen Soldaten haben an dieser Art Tradition kein Interesse.



Soldaten bei der Kranzniederlegung am Antikriegstag 84 in Stukenbrock

WARNSTREIKS IM GROSSHANDEL

Stuttgart. Mit Arbeitsniederlegungen von zwei bis zweieinhalb Stunden, an der sich fast alle beteiligten, protestierten Beschäftigte gegen die bisher ergebnislosen Tarifverhandlungen. Anfang April wurde in einem Großhandelsbetrieb in Unterjettingen (Kreis Tübingen) gestreikt und am 10.4. bei Bäko in Mannheim. Die HBV fordert: 6% mehr Lohn und Gehalt, auch für Auszubildende, und einen Eingruppierungsplan für Angestellte im Eisen-, Stahl- und Röhrengroßhandel. Außerdem wird der MTV wegen Arbeitszeitverkürzung verhandelt. — (cch)

TARIFABSCHLUSS IM EINZELHANDEL

Westberlin. Die Gewerkschaft HBV und die DAG haben am 2.4. mit der Hauptgemeinschaft des Berliner Einzelhandels Vereinbarungen über neue Mantel- und Lohntarifverträge abgeschlossen. Der neue Manteltarif sieht vor: a) eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden, wobei die 1,5 Stunden Verkürzung zu Freizeitblöcken (alle 6 Wochen ein weiterer freier Tag am verlängerten Wochenende) zusammengefaßt werden soll. Durch Be-

Frankfurt. Für die Forderung nach 6% mehr Lohn und eine 38,5-Stunden-Woche im Einzelhandel führte die HBV bereits mehrere Warnstreiks in Hessen durch. Protestiert wurde in Kaufhäusern, z.B. in Darmstadt und Umgebung, in Offenbach und in Frankfurt, gegen das Kapitalistenangebot von 2% und längere Tariflaufzeit. Unterstützt wurde an einigen Orten auch der Kampf der Karstadtbeschäftigte gegen die Auflösung der Karstadtfiliale auf der Zeil in Frankfurt (siehe Bild). — (rst)

triebsvereinbarung, in Betrieben ohne Betriebsrat durch Einzelarbeitsverträge, kann aber abweichend hiervon eine 40-Stunden-Woche weiterhin vereinbart werden, wobei die letzten 1,5 Stunden nicht als Mehrarbeit gelten; b) einen Lohnausgleich von 4 Prozent; c) die Verlängerung des Mindesturlaubs für Jugendliche um bis zu fünf Tage auf volle fünf Wochen; d) die Gleichstellung der gewerblichen Kolleginnen und Kollegen bezüglich der Kündigungsfristen. Der neue Manteltarif gilt ab 1.1.1986. Beim Lohn wurde eine Erhöhung in zwei Stufen von insgesamt 4,6% festgelegt (2,5% ab 1.7.1985, 2,1% ab 1.7.1986).



VERSICHERUNGEN: TARIFABSCHLUSS

Köln. Am 2.4. wurde ein Tarifvertrag für die 200000 Beschäftigten der privaten Versicherungen abgeschlossen, Laufzeit ein Jahr. Die Gehälter werden um 3,6% angehoben, die Verantwortungszulagen um 10 bzw. 5 DM. Die von der HBV geforderte tarifliche Absicherung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei einem Mindestsatz von 1700 DM lehnten die Kapitalisten ab. Über Arbeitszeitverkürzung wird erst 1986 wieder verhandelt. 1985 wurden allerdings die Freizeitregelungen für Nacht- und Schichtarbeiter verbessert und Silvester arbeitsfrei vereinbart. — (sch)

FREISCHICHTZAHL NICHT GARANTIERT

Ingolstadt. Im März hat der Gesamtbetriebsrat von Audi mit der Konzernleitung eine Betriebsvereinbarung über die Durchführung der 38,5-Stunden-Woche abgeschlossen. Die Betriebsnutzungszeit von wöchentlich 40 Stunden bleibt erhalten. Die zuviel geleistete Arbeitszeit von 1,5 Stunden pro Woche wird in Form von Freischichten abgegolten. Für jeden Anwesenheitstag erwirbt der Beschäftigte ein "Zeitguthaben" von 0,3 Stunden. Sind 7,7 Stunden auf dem "persönlichen Zeitkonto" aufgelaufen, erfolgt die Freischicht. An Tagen der Abwesenheit d.h. während Urlaub, Krankheit, bezahlter und unbezahlter Freistellung, an Feiertagen und während Bildungs- und Sonderurlaub wird kein "Zeitguthaben" erworben.



5000 Feuerwehrleute, Lehrer und andere Beschäftigte bei den US-Stadtverwaltungen demonstrierten in Washington gegen die von der US-Regierung geplanten Kürzungen. Der Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1986 würde die Bundesgelder für die Gemeinden und die Länder um insgesamt 11,8 Mrd. Dollar senken. Die US-Regierung zwingt dadurch die Gemeinden zu weitgehenden Einschnitten bei den sozialen Diensten, insbesondere der Berufsausbildung. Den Beschäftigten drohen Lohnkürzungen und Entlassungen. Der Protestmarsch wurde von der Konferenz der US-Bürgermeister unterstützt. Bild: "Milliarden für Raketen, Kürzungen für die Städte" — (gba)

Während etliche Betriebsvereinbarungen durchschnittlich 9 Freischichten pro Jahr für alle garantieren, kommt ein Audi-Beschäftigter auf max. 8,5. Alle Fehlzeiten, außer Urlaub und Feiertage, verringern den Anspruch. — (ing)

BAU: 4 MONATE LOHNPAUSE

Kiel. Eine Lohnpause vom 1.4. bis 31.7. sowie eine Erhöhung der Löhne um 2,4% für die weiteren 8 Monate, das ist das Ergebnis der Schlachtung im Bauhauptgewerbe. Der Tarifvertrag zum 13. Monatsgehalt wurde unverändert in Kraft gesetzt, die Vereinbarung über die Ergänzungsbeihilfe zur Altersversorgung (ca. 0,4% der Lohnsumme) um 5 Jahre verlängert. Während Beirat und Tarifkommission der IG BSE bereits am 2.4. zustimmten, gab der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes erst kurz vor Ablauf der Erklärungsfrist (15.4.) seine Zustimmung. Einige Landesverbände hatten abgelehnt. — (kaq)

STREIK BEI DERNDRUCK

Neu-Isenburg. Gegen die Lohnsenkung durch Tarifflucht in den billigeren Papierindustrietarif wurde am 11. und 12. April gestreikt. Am 2. April fand eine Urabstimmung statt mit 84% Ja-Stimmen. Das Arbeitsgericht Offenbach lehnte am 13. April eine Verfügung der Geschäftsleitung gegen den Streik als unzulässig ab. Ein gleicher Tarifkampf schwelt bei Europa-Carton in Krefeld, Bremen, München und Königsbrunn. — (gub)

Pommern-Ostpreußen-Quiz**REVANCHISTISCHE VORBEREITUNG
AUF DEN 8. MAI AN DEN SCHULEN**

Kiel. An einigen Schulen im Kreis Rendsburg/Eckernförde ließ der Landrat (CDU) bis zum 15.4.85 ein Schülerquiz für die Klassen 5 – 13 durchführen. Das Quiz handelt von den "Patenkreisen" Gerdauen (ehem. Ostpreußen, heute: Schelesnodosoroschnyj/Sowjetunion) und Köslin-Bublitz (ehem. Pommern, heute: Kossalin, Bobolice/VR Polen). Gegen die damit verfolgte Absicht, revanchistische Politik in den Köpfen der Schüler zu verankern, hat sich eine Aktionseinheit gebildet, die eine Presseerklärung und ein Flugblatt gegen das Quiz mit einer Auflage von 1000 Stück an Rendsburger Schulen verteilt hat. Die Unterzeichner des Flugblatts sind: SDAJ, Friedensinitiative, Frauenhausgruppe, Autonome Gruppe, Volksfront, DKP, VVN/BdA, Autonome Frauengruppe. Die Presseerklärung wurde von ihnen und der GAL herausgegeben.

Quizfragen und Begründung zielen auf Verankerung von Revanchismus ab

Aus dem Vorwort: "Wie Ihr sicherlich aus dem Geschichtsunterricht und aus Erzählungen Eurer Eltern wißt, wurde Deutschland nach Beendigung des 2. Weltkrieges aufgeteilt. Millionen Deutsche sind damals aus ihrer Heimat geflüchtet und haben vorwiegend bei uns in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden ... Da Euch und uns die ostdeutschen Gebiete durch die heutigen politischen Verhältnisse sehr fern sind und daher den meisten Schülern die Kreise Gerdauen und Köslin-Bublitz nicht bekannt sein dürften, wollen wir ein Schüler-Quiz zu diesem Thema an allen Schulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde in den Klassen 5–13 durchführen. Wir erhoffen uns hiervon, daß Ihr auf diese Weise einen Einblick in die Geschichte, Kultur und Geographie unserer Patenkreise gewinnt."

Einige Quiz-Fragen: "Bei einer Autoreise von Rendsburg nach Gerdauen mußt Du zwei Länder vollständig durchfahren. Das zweite Land hat fünf Buchstaben." Antwort: Polen. — "Die Kreise Köslin-Bublitz und Gerdauen gehörten vor dem verlorengegangenen II. Weltkrieg auch zu Deutschland. Zu welchem Land gehörten Köslin-Bublitz, Gerdauen und Rendsburg-Eckernförde vor 1945?" Antwort Preußen. — "Die Bewohner Pommerns, Ostpreußens und Schleswig-Holsteins können in demselben Gewässer baden oder segeln; auch heute noch." Antwort: Ostsee. — "Du möchtest einem Freund in Köslin einen Brief senden. Schreibe die heute gültige Ortsbezeichnung auf!" Antwort: Kossalin. — "In Ostpreußen liegt ein berühmtes Pferdegestüt." Antwort: Trakehnen. — "Gesucht wird der Name ei-

ner riesigen Gewässerlandschaft Ostpreußens." Antwort: Masuren.

In Aufgabe B wird mit Hilfe der obigen Großdeutschlandkarte gefragt: "Zu welchen Provinzen gehören die Wappen?" Antwort: Danzig, Ostpreußen, Pommern, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Niederschlesien.

In Aufgabe C wird nach "berühmten Pommern" gefragt. Z.B.: "Preußischer General." Antwort Wrangel. — "Dichter, Historiker und Politiker, trat für die deutsche Einheit und Freiheit ein; kämpfte für die Erhebung gegen Napoleon." Antwort: Arndt. — "Leibarzt Friedrich des Großen." Antwort: Cothenius. — In Aufgabe D werden Orte in Ostpreußen gesucht. Z.B.: "Patenstadt zu Rendsburg." Antwort: Gerdauen. — "Großstadt in Ostpreußen." Antwort: Allenstein (heute: Olsztyn/VR Polen). — "Ehemalige Hauptstadt der Provinz Ostpreußen an der Pregel." Antwort: Königsberg (heute: Kaliningrad/SU!). — Die Lösung für das Quiz heißt: "Völkerverständigung durch Patenschaft".

Aus dem Flugblatt der Aktionseinheit

"...Gleich am Anfang des Vorwortes wird Geschichtsverfälschung betrieben, indem nur einseitig informiert wird. 'Wie Ihr sicherlich alle wißt, wurde Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aufgeteilt. Millionen Deutsche sind damals aus ihrer Heimat geflüchtet und haben vorwiegend bei uns in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden.' Verschwiegen aber wird, 55 Millionen Menschen starben durch den zweiten Weltkrieg, der von den deutschen Faschisten angefangen worden ist. Hunderttausende von Menschen wurden damals angesichts der drohenden Niederlage der Nazis aus ihren Häusern vertrieben, Städte wurden zu Festungen erklärt und die Dörfer mit der Taktik der verbrannten Erde vernichtet ...

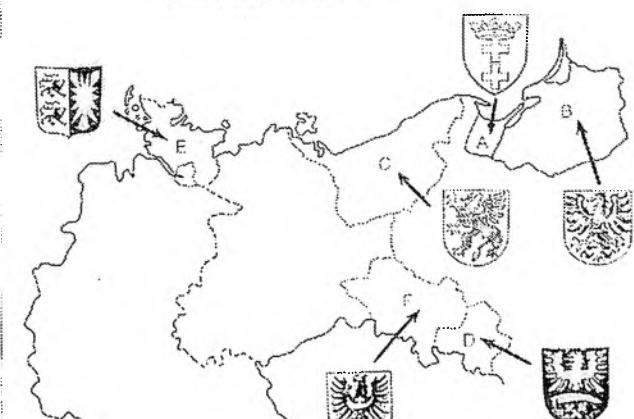
Im Quiz für die Klassen 5 – 7 wird anhand einer Karte von 'Großdeutschland' gefragt: 'Zu welchen Provinzen gehören die Wappen?' Als ob es diese heute noch als deutsche Provinzen gibt. Außerdem stimmt die Karte mit der heutigen Grenzziehung nicht überein. Die heutigen Grenzen (DDR, Polen, UdSSR) werden an keiner Stelle des ganzen Quiz dargestellt. So sind z.B. Ober- und Niederschlesien genau eingezeichnet, ohne daß den Schülern klar wird, zu welchem Staat diese 'Provinzen' heute wirklich gehören, nämlich Polen.

In beiden Quiz wird die Frage nach einem in Ostpreußen liegenden Pferdegestüt gestellt. Die Antwort soll lauten: Trakehnen. Wir wissen aber, daß auf diesem Gestüt die Pferde wesentlich besser gelebt haben als die Arbeiter ... Das Quiz begünstigt eine revanchistische Politik und Ideologie ..., wie sie derzeit von den Vertriebenenverbänden und der Bundesregierung vorangetrieben wird. Denn wie anders wäre es möglich, ein Feindbild aufzubauen, um einen erneuten Krieg gen Osten zu führen.

Im Begleitheft, das für die Lehrer gedacht ist, ist u.a. das 'Manifest der Pommern' abgedruckt. Dort heißt es: '... Unser Recht auf Heimat ist nicht erloschen ... Unser Land – ein Teil Deutschlands – liegt in Europa ... Deutschland besteht in seinen rechtmäßigen Grenzen' – gemeint sind die Grenzen von 1937. Die Pommersche Landsmannschaft versucht, ihrem Recht auf 'ange-stammte Heimat' Geltung zu verschaffen ... Ihre Politik, die dahintersteht, ist, hier in Westdeutschland den Boden dafür zu ebnen, die vormals deutschen Gebiete zurückzu-gewinnen ...

Der 40. Jahrestag der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus wird dazu benutzt, auf die Trennung und Zweiteilung des Deutschen Reiches hinzuweisen ... Angesichts des 'Tages der Befreiung vom Faschismus' fragen wir, ob nicht Parallelen zwischen dem faschistischen Ziel 'Schaffung neuen Lebensraumes im Osten' und der vorher beschriebenen Politik bestehen. Ob nicht an anderer Stelle für alte Ziele nur neue Begriffe verwendet werden, z.B. 'Deutschland den Deutschen' – heute Ausländerückführung ... An die Schüler: Boykottiert das Quiz und schmeißt es in den Papierkorb!" – (lus,brb)

A.S.P.A.B.E. B
für Klassen 5 – 7
zu welchen Provinzen gehören die Wappen?



Einkommen

(VI) MONOPOLISIERUNG VON VERMÖGEN – ERGEBNISSE DER EINKOMMENSPOLITIK 1974–1980

Anfang 1974 streikte die ÖTV und setzte im Abschluß 180.- DM mindestens durch. Der SPD-Kanzler Willy Brandt wurde wenig später durch Aufdeckung von "Affären" zum Rücktritt gezwungen. Helmut Schmidt trat an. 1980 gewann Schmidt mit knapper Not noch einmal die Wahlen. Am Tage nach der Wahl veröffentlichte der "Spiegel", damals wie heute (heimliches) Zentralorgan der FDP, einen langen Essay über die unumgängliche Notwendigkeit demokratischer Wechsel. Die "Wende" begann. Die Zeit von 1974 bis 1980 umzeichnet die Periode des Niederganges des Reformismus. In

der Entwicklung der Einkommensstruktur von 1974 auf 1980 finden sich Spuren sozialliberaler Politik, die das Verständnis der "Wende" erleichtern.

Die Anzahl der besteuerten Erwerbstätigen stieg um ca. 5,4%, die Kaufkraft ihres durchschnittlichen Einkommens stieg um 13,1%. In der Einkommenszone bis zu 49,7 Tsd. DM blieb die Anzahl der Erwerbstätigen fast gleich, ihr Einkommen stieg nur um 5%. In der zweiten Einkommenszone (49,7 bis 489,2 Tsd. DM) nahm die Anzahl der Erwerbstätigen um 42% zu, ihr Einkommen sank aber um ca. 1%. Nur in den beiden höchsten Zonen

steigt sowohl die Anzahl der Erwerbstätigen wie auch das im Durchschnitt erzielte Einkommen. Nehmen wir die Erwerbstätigkeit in allen Zonen als gleichgeblieben an, so errechnen sich statt 13,1% nur 3,9% Steigerung des Durchschnittseinkommens. Der Löwenanteil des Wachstumes des Einkommensdurchschnittes ist durch Ausdehnung der Beschäftigung in den höheren Einkommen verursacht.

Im einzelnen dürften folgende Prozesse dazu geführt haben:

- die allgemeine Zunahme des Akademiker- bzw. Ingenieursanteils an den Beschäftigten;

Entwicklung der Haupteinkommen 1974 bis 1980 (in Preisen von 1980)

Einkommenszonen/Jahres-einkommen in Tsd. DM:		Lohnabhängige bis 49,7		Selbständige 49,7-489,2		Kapitalisten 489,2-1 589,3		Aktionäre 1 589,3 u.m.		alle	
		An-zahl	Ø-Eink. Tsd DM	An-zahl	Ø-Eink. Tsd DM	An-zahl	Ø-Eink. Tsd DM	An-zahl	Ø-Eink. Tsd DM	An-zahl	Ø-Eink. Tsd DM
nicht veranlagte Lohnsteuerpflichtige	1974	11 397 100	18,8	202 931	59,7	0	0	0	0	11 600 000	19,5
	1980	10 336 000	19,9	547 061	62,3	0	0	0	0	10 883 100	22,0
Änd. %		-9	6	170	4	0	0	0	0	-6,2	12,8
aus Land- und Forstwirtschaft	1974	101 243	17,9	15 750	90,0	101	752,4	17 2 375,8	117 111	28,6	
	1980	148 583	17,5	17 456	94,2	211	820,2	40 3 338,5	166 290	27,4	
Änd. %		47	-2	11	5	109	8	131	29	42,0	-4,2
aus Gewerbebetrieb	1974	844 558	24,5	420 921	117,9	12 378	770,8	3 948 3 087,9	1 281 810	71,8	
	1980	711 620	24,8	439 162	120,0	16 608	829,7	3 825 4 043,6	1 171 220	85,0	
Änd. %		-16	1	4	2	34	7	-3	24	-8,6	18,4
aus selbständiger Arbeit	1974	74 140	26,6	129 038	157,3	3 949	702,9	135 2 195,9	207 262	122,3	
	1980	88 170	25,5	153 983	157,3	5 911	730,2	226 2 566,9	248 290	126,3	
Änd. %		19	-4	19	0	50	4	68	14	19,8	3,3
aus nicht-selbständiger Arbeit	1974	4 747 630	32,0	1 767 710	73,0	1 172	722,9	95 2 406,9	6 516 610	43,3	
	1980	5 758 310	31,4	2 457 290	76,6	1 870	720,4	96 2 771,3	8 217 570	45,1	
Änd. %		21	-2	39	5	60	-0	1	13	26,1	4,2
aus Kapitalvermögen	1974	123 982	14,8	16 927	128,2	902	785,1	305 2 871,5	142 116	39,3	
	1980	146 900	14,6	23 758	141,1	2 111	839,9	500 3 576,8	173 269	52,3	
Änd. %		18	-1	40	9	134	7	64	20	21,9	33,1
aus Vermietung und Verpachtung	1974	235 628	15,6	27 574	103,5	342	765,0	33 2 235,6	263 577	26,0	
	1980	242 737	15,1	29 985	106,9	457	790,2	46 2 680,9	273 225	26,9	
Änd. %		3	-3	9	3	34	3	40	17	3,7	3,5
sonstige Einkünfte	1974	164 659	7,0	1 317	104,7	20	756,3	13 3 745,5	166 009	8,2	
	1980	246 711	7,5	2 871	106,0	32	796,1	8 5 557,8	249 622	8,9	
Änd. %		50	7	118	1	61	5	-39	33	50,4	8,5
Alle Einkünfte	1974	17 688 900	22,4	2 582 170	84,3	18 863	754,1	4 545 3 025,9	20 294 500	31,6	
	1980	17 674 300	23,6	3 676 250	83,7	27 202	800,4	4 740 3 881,1	21 382 500	35,8	
Änd. %		-0	5	42	-1	44	6	4	22	5,4	13,3

— massenhaftes, berufliches und betriebliches, jedenfalls aber individuelles "Hocharbeiten":

— gleichbleibend niedriger, ja sogar sinkender Einkommensstandard für schlechtgezahlte Arbeiten und Besetzung solcher Arbeitsplätze durch Arbeiter aus dem Ausland.

Eine Betrachtung nach Einkommenszonen führt weiter. In der ersten Einkommenszone (bis 49,7 Tsd. DM) finden wir:

— Die Anzahl der nicht veranlagten Lohnsteuerpflichtigen sinkt um ca. 1 Million bzw. 9%, und zwar durch Wanderung in höhere Einkommensbereiche bzw. in eine andere Einkommensart (hauptsächlich Hausbesitz führt zur "Veranlagung" auch bei niedrigen Lohneinkommen). — Die Anzahl der veranlagten Bauern stieg um 47%, das von ihnen erzielte Durchschnittseinkommen sank um 2%. Früher steuerfreie bäuerliche Niedrigeinkommen wurden steuerpflichtig.

— Die Zahl der Gewerbetreibenden sank, die kleinsten und schwächsten fielen der Konkurrenz zum Opfer.

— Die Anzahl der Selbständigen nahm deutlich zu, ebenso der Konkurrenzdruck, wie man am sinkenden Einkommensdurchschnitt sieht; neu beginnende Freiberufler machen's billiger als installierte.

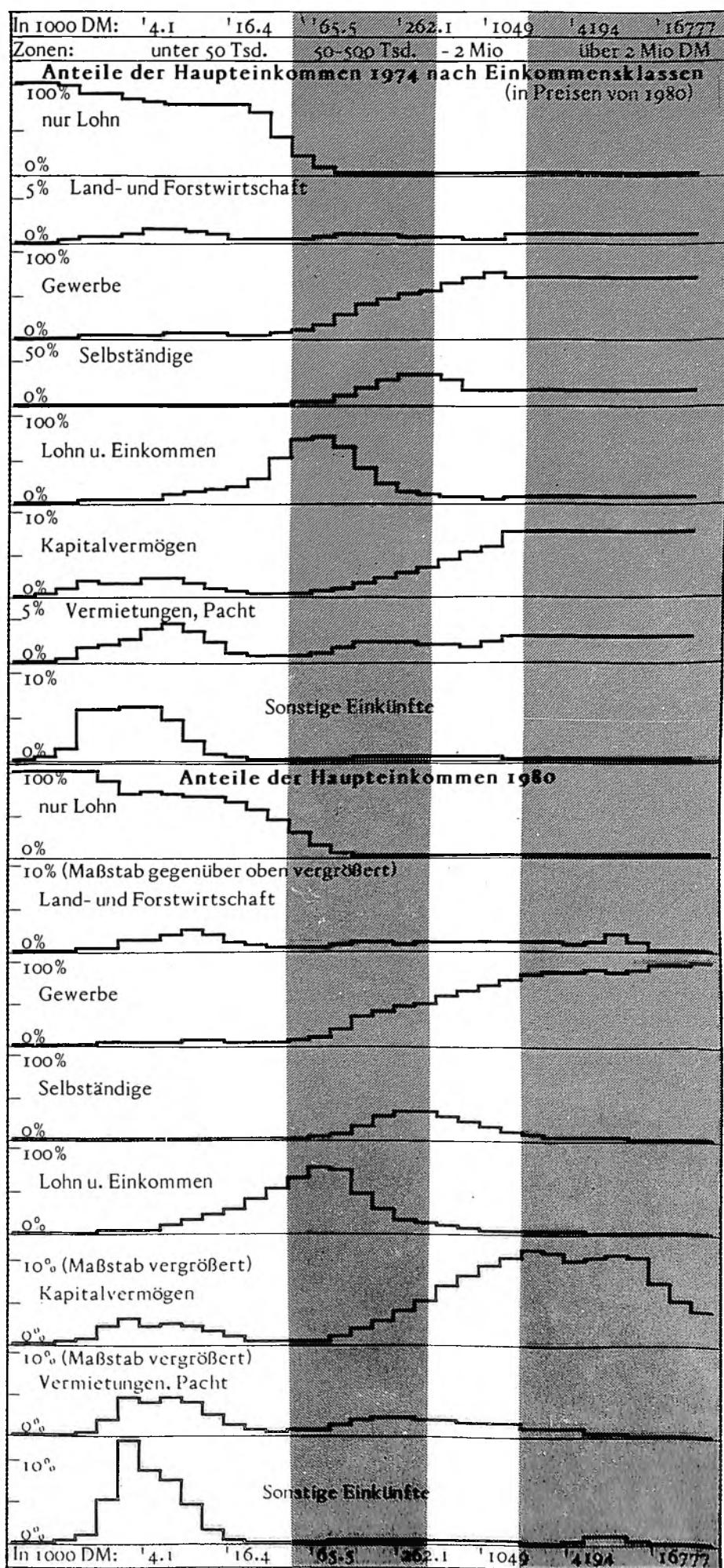
– Die Anzahl der Nichtselbständigen nimmt um 21% bzw. um die runde Million zu, die die "nicht Veranlagten" abnahmen. Ihr Einkommensdurchschnitt sinkt um 2%. Einkommenssteuerpflichtig ist in diesem Bereich nur, wer außer Lohn noch was hat, meist ein Haus. Daß der Durchschnitt 1980 2% tiefer steht als 1974, zeigt, daß Leute mit niedrigerem Einkommen zu Häusern kamen.

Die Entwicklung, sie wurde durch Regierungsaktionen gefördert und betrieben, war gegen die Interessen der Lohnabhängigen; sie sollten auf den Konkurrenzpfad getrieben werden. Sie traf zudem noch alle anderen, die von eigener Arbeit leben. Praktisch alle gegen "unzulässige Vorteile der Reichen" gerichteten Regierungsmaßnahmen trafen die "ärmeren Reichen", d.h. Leute, die als Bauern, Handwerker, Selbständige leben oder ihre Rente aus kleinen Kapitalanlagen beziehen usw. usf.

Eine nähere Betrachtung wird zeigen, daß die SPD und damit, so wie es nun mal war, die Arbeiterbewegung, diesen Klassen gegenüber als Agent der Monopolisierung wirksam wurde.

Es ist schon makaber, sich an den Eifer zu erinnern, den die SPD beim Kampf gegen bäuerliche Steuerdrückeberger aufbrachte, ballte sich doch in dieser Zeit (und bei Licht besiehen unter Mithilfe dieser Art Politik) Großgrundbesitz fürstlichen Ausmaßes zusammen.

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 7.1 Einkommensteuer 1974 u. 1980- (alk. maf)



Spezialliteratur

KAPITALISTEN UND KOMMUNEN – KOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

KOMMUNALE FÖRDERUNGSRICHTLINIEN

Dürfen solche sein? Welchen Inhalt haben die bestehenden? Angenehm kurz (16 S.), dennoch informativ, mit zahlreichen Literaturhinweisen gibt Hans-Peter Steinmetz Auskunft in der "Schriftenreihe der Gemeindekasse", Heft 353 vom 20. September 1982. Die Kommunen sollen – können aber nicht immer Landstreue halten. Eines der Beispiele: Zwei Drittel ihrer Förderungsprogramme zielen auf das "Arbeitsplatzkriterium" ab, für die Übernahme des "Exportkriteriums", was regional gewünscht wird, hat sich keine einzige entschieden. Wie wird gefördert? Mit Investitionszuschüssen zwischen 1000 und 5000 DM pro Arbeitsplatz, mit Kapitalzuschüssen bis zu 15% von bis zu 2 Mio. DM, mit Zinszuschüssen von 3 bis 5%, ausnahmsweise 10% jährlich des Kreditbedarfs für 3 bis 5 (Ausnahme 10) Jahre, mit Darlehen, mit Bürgschaften. Nur dies ist in den Richtlinien zu finden. Nicht zu finden sind drei weitere Förderungsarten: verbilligte bis kostenlose Bereitstellung von Bauflächen bzw. Gebäuden, die Gebühren- und Beitragsstundung bzw. -ermäßigung und die besonderen Steuervereinbarungen. Sie laufen im geheimen. Die Schrift führt verschiedene Gründe dafür an. "Flexibilität" ist auch hier ein Zauberwort. – (baf)

OPEL UND RÜSSELSHEIM

Am "Fallbeispiel Rüsselsheim" behandelt die Dissertation von E. Winter den "Einfluß der Großunternehmen auf die Kommunen". Der Autor geht dabei davon aus, daß "unter kapitalistischen Bedingungen der Kapitalakkumulation der Staat zwecks Stabilisierung des Gesamtsystems zunehmend Förderungs- und Absicherungsfunktionen übernimmt". Die Kommunen sichern dabei "rechtlich und

planerisch die kapitalistischen Verwertungsinteressen der privaten Wirtschaft ab".

Am Beispiel Rüsselsheim/Opel wird nachgewiesen, wie die Einflußnahme funktioniert: "Mehr institutional-faktisch denn spektakular-direkt". Opel erzwingt so die Ausrichtung des Nahverkehrsnetzes auf seine Bedürfnisse, während der sonstige öffentliche Personennahverkehr verkümmert. Opel setzt den Bau von Wohnheimen niedrigsten Standards durch, den die Stadt Rüsselsheim zunächst wegen des andersge-



Mannheimer Wirtschaftswerbung: Erfolgsbericht...

arteten Zwecks des Baugebiets abgelehnt hatte.

Der Autor behandelt auch, wie Opel über dortige Betriebsräte die Politik der örtlichen SPD und des Stadtrates bestimmt: Sie "vertreten eine Politik, die zwar dem Wohl der Stadt dienen soll, die aber primär, weil es um ihre und die Arbeitsplätze ihrer Wähler geht, auf das Fortbestehen und Wohlergehen des Automobilkonzerns ausgerichtet ist." Welche Positionen und Forderungen diese Betriebs- und Stadträte gegenüber Opel aufwerfen, behandelt Winter allerdings nicht, wie auch nicht die näheren Folgen der entsprechenden Stadtpolitik auf die Reproduktion der Lohnabhängigen. (E. Winter, Der Einfluß der Großunternehmen auf die Kommunen unter Berücksichtigung lokalen Funktionswandels und veränderter Rahmenbedingungen in der BRD; Diss., Offenbach 1981. – bef)

VERMARKTUNGS- OBJEKT KOMMUNE

Als einen "neuen Anlauf zu einer Grundsatzdiskussion" will Ch. Grätz seine Dissertation "Kommunale Wirtschaftsförderung" verstanden wissen. Er handelt von "Möglichkeiten der Übertragung von Marketinginstrumenten auf eine Stadt" als "Vermarktungsobjekt". Ausgangspunkt hierfür ist die Feststellung: "Die in ihrer Zahl recht bescheiden gewordenen Betriebsneugründungen ... treffen auf eine recht große Anzahl von Anbietern von Standorten, welche im Wettbewerb um ansiedlungswillige Investoren aus der Privatwirtschaft auf einem Markt mit Angebotsüberhang und schärfster Konkurrenz stehen." Auf dieser Basis entwickelt Grätz eine Systematik für die Aktivitäten moderner Wirtschaftsförderungsdezernate. Empirische Eigenuntersuchungen über die Praxis einiger Stadt- und Gemeindeverwaltungen aus dem Ruhrgebiet bzw. dem Bergischen Land schließen sich an. Von einer "kritischen" Bestandsaufnahme kann jedoch kaum die Rede sein. Vor lauter Marketing "vergißt" der Autor, daß Wirtschaftsförderung sicher zum größeren Teil aufgrund präziser "Bestellung" der "Kundschaft" erfolgt.

Der Einleitungsteil der Dissertation bietet im übrigen eine leicht lesbare, als Einführungsliteratur brauchbare Zusammenstellung der verschiedenen Instrumente kommunaler Wirtschaftsförderung. (Ch. Grätz, Kommunale Wirtschaftsförderung: Kritische Bestandsaufnahme ihrer Funktion und Organisation; Bochum 1983, 263 S. – tht)

MONOPOLY COMMUNALE

Unter diesem Titel hat die BASF-Betriebsgruppe der DKP in Ludwigshafen zu Beginn des Jahres eine Broschüre herausgebracht. "Die Darstellung der Zusammenhänge von BASF und Kommunalpolitik in Ludwigshafen soll helfen zu erkennen, wie eine an Arbeiterinteressen orientierte Kommunalpolitik aussehen müßte." Diesen Anspruch kann (und

will vielleicht) die Broschüre kaum erfüllen. Sie resümiert lediglich: "Wer in Ludwigshafen Kommunalpolitik für die Bürger machen will, muß sich mit dem BASF-Vorstand anlegen." Material, das beispielhaft die Beherrschung und Vernutzung einer ganzen Stadt durch einen einzigen Konzern demonstriert, bietet die Broschüre allerdings reichlich. Schwerpunkte der Darstellung sind: Kontrolle des Arbeitsmarkts durch die BASF, Infrastrukturgeschenke und ihr Preis für die lohnabhängige Bevölkerung, Duldung der Umweltverschmutzung durch die Stadtverwaltung, Wohnungsmönopol und Einflußnahme auf die Politik des Sozialen Wohnungsbaus. Die Autoren mußten sich quellenmäßig im wesentlichen auf Zeitungsauswertungen stützen – die DKP hat gegenwärtig keinen Gemeinderat, der die Enthüllungsarbeit unterstützen könnte. (Monopoly communale, eine linksrheinische Dokumentation; DKP-Kreisvorstand, 67 Ludwigshafen, Schanzstr. 89; 19 Seiten, DM 1,00. – tht)

16 STÄDE IM VERGLEICH

Keine "Enthüllungen", aber trotzdem hat man den Eindruck, daß die Herren Wirtschaftsförderer bei ihrer Befragung durch das Wirtschaftsforschungsinstitut des Landes Bremen etwas offener aus dem Nähkästchen plauderten. Die Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und offiziellen Wirtschaftsförderung der 16 größten Städte (B,BO,HB, DO,D,DU,E,F,HH,H,K,MA, M,N,S,W) ist eine nützliche, gut aufbereitete Fakten- und Materialsammlung mit – soweit überprüfbar – präzisem Datenmaterial (etliche Tabellen, Schaubilder, sowie Zahlenmaterial, Namen und Zeitangaben im Text), dazu leicht verständlich geschrieben. Die Einzelberichte (je ca. 20 Seiten) sind durch ihre einheitliche Gliederung untereinander gut vergleichbar.

Im ersten Teil wird jeweils die Situation beschrieben: historische und neuere wirtschaftliche Entwicklung, Prognosen, u.a. mit Zahlen zu namentlich ge-

kennzeichneten Großbetrieben.

Der zweite Teil stellt die Ziele, Schwerpunkte und einzelne Maßnahmen der Wirtschaftsförderung dar, insbesondere die Gewerbe- flächenpolitik, Dienstleistungsförderung, spezielle Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Verkehrsinfrastruktur und andere Instrumente.

Der dritte Teil beschreibt die Organisation der Wirtschaftsförderung, ihre organisatorische Anbindung innerhalb der Verwaltung, Personal- und Haushaltsausstattung und die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden. (Bremer Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsförderung in Großstädten – Untersuchung der 16 größten Städte im Bundesgebiet; Bremen 1982. – bar)

DAS MILLIARDEN-DING"

Wie bringt man in Erfahrung, was private Unternehmen tatsächlich alles so aus Steuergeldern absahnen? Eine Bilanz der öffentlichen Wirtschaftsförderung wird man nirgends finden, aus gutem Grund.

Einigen DKP-Genossen ist

Angebote von Kommunen und Ländern einholt. Das passende Image beschafften sie sich mit "glaubwürdigen" Argumenten wie (Leih-) Mercedes, arroganter "Sekretärin", herrisches Auftreten. Trotz einiger Pannen gelang es "Dr. Seefelder" mühe los, bis auf Staatssekretärsebene vorzudringen und zu verhandeln. Es wurde ihm praktisch alles, was er forderte – billige Energie, billige Grundstücke, Verkehrser schließung, Subventionen –, auf dem Silbertablett serviert.

Die Kapitelüberschriften des Buches: "Niedersachsen: das Milliardengeschenk von Ministerialrat Brinkmann. Hamburg: Die Senatsbehörde für Wirtschaft schleift uns eine Kirche. Schleswig-Holstein: Staatssekretär Keussen und seine Aufsichtsratsmandate. Rheinland-Pfalz: Minister Holkenbrink baut uns einen Moselhafen. Nordrhein-Westfalen: Frau Holtermann ist mißtrauisch."

Obwohl "Dr. Seefelder" immer wieder darauf hinwies, daß sein Kunde ein Chemieunternehmen mit großem Energieverbrauch und starken Emissionen sei,



Volksbegehren in Mannheim gegen Maimarkt-Verlegung

es gelungen, Schlaglichter auf die Praxis der Wirtschaftsförderung zu werfen. Mit Originalbriefen können sie die Angebote staatlicher Stellen an ein (fingiertes) ansiedlungswilliges Unternehmen belegen. Eine simple Methode klappete: In Wallraff-Manier gaben sie sich als Unternehmensberatung aus, die im Auftrag eines amerikanischen Großkonzerns aus der Chemiebranche Möglichkeiten für Errichtung eines Werkes in der BRD prüft und

interessierte das bis auf einen Fall seine Verhandlungspartner nicht. Im Genteil: Sie boten ihm z.B. unbesehen an, die Genehmigung für Schadstoffemission vom Vorgänger zu übernehmen. Und wenn sie ihm schon mal die Frage stellten, wieviele Arbeitsplätze das Unternehmen zu schaffen beabsichtigte, konnte er sie mit einem bloßen Stirnrunzeln abtun. (Heimbrecht u.a., Das Milliardending; Pahl-Rugensteiner, Köln 1984. – peg)

GRÜNE

DEBATTE ÜBER DIE ÄNDERUNG DES SEXUALSTRAFRECHTS

Verrannt hatten sich die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen in der Vorbereitung ihres Wahlprogramms für die Landtagswahlen im Mai. Der Landesparteitag in Lüdenscheid hatte am 9.3. auf Antrag der Arbeitsgruppe "Sexualität und Herrschaft" ein "Arbeitspapier" beschlossen, in dem sie vorsahen: "Gewaltfreie Sexualität darf niemals Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein ... Daher sind alle Straftatbestände zu streichen, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen." Das gesamte Sexualstrafrecht solle gestrichen und unter dem "Aspekt der Gewaltanwendung zu einem neuen Paragraphen zusammengefaßt werden". Die öffentliche Empörung machte sich fest an der beabsichtigten Straflosigkeit von sexueller Betätigung zwischen Kindern und Erwachsenen. Der Landeshauptausschuß der GRÜNEN in NRW setzte eine Woche später den Beschluß aus. Die nächste Landesdelegiertenkonferenz am 30. März zog ihn zurück. Die Delegierten erklärten nun mehr: "Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß durch die Beibehaltung der Schutzzaltersgrenze der sexuelle Mißbrauch von Kindern eingedämmt wird."

Durchgesetzt hatten sich die Mitglieder der GRÜNEN, die das Recht der Eltern, ganz allein über ihre Kinder zu verfügen, verteidigten. Sie wandten sich gegen die im "Arbeitspapier" verfochtene Ansicht: "Einvernehmliche Sexualität ist eine Form der Kommunikation zwischen Menschen jeglichen Alters, Geschlechts, Religion oder Rasse und vor jeder Einschränkung zu schützen." Die Verwirklichung dieses Prinzips käme der Abschaffung des Elternrechts gleich. Die Urheber würden jeden Akt, der dem Willen der Eltern zuwiderläuft, zum Willen des Kindes und als einvernehmlich mit dem Willen eines Dritten, soweit gewaltfrei, erklären und so die bestehende Abhängigkeit der Kinder von den Eltern ausdehnen auf die Abhängigkeit von allen erwachsenen Individuen.

Der Irrweg der GRÜNEN in NRW hat ihnen geschadet, weil sie auch bei Wählern dastanden als politische Kraft, die sich von Minderheiten zu unsinnigen Handlungen treiben läßt. Auch daher kam ein gut Teil der Besorgnis in ihren eigenen Reihen. Bedauerlich ist jedoch, daß auch der von den GRÜNEN im Bundestag begonnene Versuch, einen Plan für eine Reform des Sexualstrafrechts vorzulegen, in Mitleidenschaft gezogen wird. Die GRÜNEN haben eine Gesetzesinitiative eingebracht zur Streichung der §§ 175 (Homosexuelle Handlungen an Männern unter 18 Jahren) und 182 StGB (Verführung eines Mädchens unter 16 Jahren). Im Falle des § 182 handelt es sich um ein Delikt, das auf Antrag verfolgt wird, nicht aber dann, "wenn der Täter die Verführte geheiratet hat". Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Bourgeoisie alle Sexualdelikte zulassen kann, sofern sie für den Rahmen der bürgerlichen Ehe und Familie passend gemacht werden können. Die Grünen wollen in beiden Fällen die Herabsetzung des Straftalters auf 14 Jahre erreichen, "die ungerechte strafrechtliche Sonderbehandlung von Homosexuellen beenden und Heranwachsenden und Jugendlichen die Selbstbestimmung in diesem Bereich ermöglichen. Die Doppelmoral, die Prügelstrafe und Wehrerziehung legitimiert und Zärtlichkeiten für dieselbe Altersgruppe sanktioniert, ist offensichtlich." (Pressemeldung vom 21.3. 1985) Die Unterdrückungsge walt, denen Kinder und Jugendliche unterworfen sind, Eltern, Schule und Armee, zugleich anzugreifen, ist sicher vernünftig. Die Auffassung, daß es sich bei der häuslichen und schulischen Erziehung wie beim Wehrdienst um Gewaltverhältnisse handelt, war bei den GRÜNEN in NRW nicht vorhanden. Die Gesetzesinitiative können viele unterstützen aus dem Interesse, dem bürgerlichen Staatsapparat Möglichkeiten aus der Hand zu schlagen, sich in ihre Privatangelegenheiten einzumischen und mit Strafverfol-

gung gegen Menschen vorzugehen, die aus gesellschaftlichen Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, in der Sexualmoral von der von der herrschenden Klasse gewollten Norm abweichen.

Zu unterstützen ist, daß die GRÜNEN die Bourgeoisie angreifen wegen ihrer Deckung nationalsozialistischer Verbrechen an Homosexuellen. In einer kleinen Anfrage "Verfolgung von Homosexuellen während des NS-Regimes" vom 26.3. 1985 verlangten sie Antwort u.a. auf folgende Fragen: "Was wurde bzw. wird von der Bundesregierung unternommen, um diese Menschen bzw. deren Hinterbliebene zu entschädigen? Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung das Weiterbestehen des §175 StGB in seiner von den Nationalsozialisten verschärften Form bis zum September 1969 in der Bundesrepublik Deutschland erkläbar?" Die GRÜNEN greifen hier den bürgerlichen Staat an, weil er Menschen mit abweichendem Sexualverhalten nicht nur mit Verfolgung, sondern mit Vernichtung bedroht.

Quellenhinweis: taz, 11.3. bis 1.4. 1985; Bundestagsdrucksache 10/3084 – (anl!)

Rentenpolitik

GRÜNE ALTERNATIVEN (II) MINDESTRENTE / -EINKOMMEN

Die sozialpolitischen Vorstellungen der GRÜNEN, deren Diskussion bezogen auf die Rentenpolitik im vorangegangenen Heft an dieser Stelle aufgenommen wurde, bilden sich seit der Sindelfinger Delegiertenversammlung im Januar 1983 (und dem Einzug in den Bundestag) zwar rasch aus, aber nicht gerade in fortschrittlicher Weise. Zur Lohnpolitik und gegenüber den Sozialversicherungen nahmen die Delegierten in Sindelfingen wie folgt Stellung:

"Langfristig müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß alle, die dazu gesundheitlich in der Lage sind, auf Basis eigener Arbeit ein eigenes, zur menschenwürdigen Lebensgestaltung ausreichendes Einkommen erhalten. Dazu sind entsprechende Mindestlöhne festzulegen. Auch eine Annäherung an dieses Ziel wird die Notwendigkeit von Sozialeinkommen jedoch nie aufheben..." (1)

Unter "Aktuelle Forderungen" heißt es im Sindelfinger Programm u.a.: "... eine Festsetzung von Mindesteinkommen bei abhängiger Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld, Übergangsgeld, Sozialrenten und Sozialhilfe (auch für Asylsuchende), welche eine angemessene, menschenwürdige Lebensgestaltung erlauben." Weiter wird gefordert, das "gesamte Sozialversicherungssystem zu vereinheitlichen": "Es müssen dazu einerseits alle Erwerbstäigen in das Sozialversicherungssystem einbezogen werden (Beamte, Selbständige etc.) und die Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben werden und andererseits betriebliche und öffentliche Zusatzversorgungssysteme und private Versicherungen integriert werden." (2)

Diese Positionen weisen relativ eindeutig auf ein Bemühen hin, Verbindung herzustellen zu den im Herbst 1982 relativ massiv sichtbaren gewerkschaftlichen Bewegungen gegen die Angriffe auf (lohn)abhängige Leistungen und Sozialversicherungen. Die gegenwärtig aktuelle und entwickelte Diskussion über ein 'staatlich garantiertes Mindesteinkommen' ist von der Fortsetzung dieses Bemühens nicht geprägt (3). Kennzeichnend dafür sei M. Opielka zitiert, der jüngst "Thesen zur Begründung eines 'allgemeinen Grundeinkommens'" veröffentlichte:

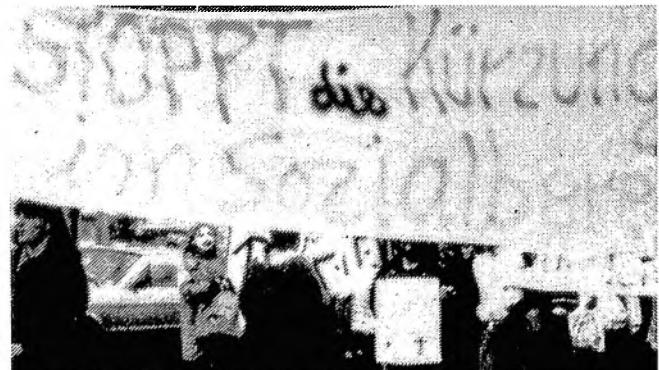
"Es ist Zeit für eine radikale Wende in der Sozialpolitik. Die Zeit ist reif für ein neues Verhältnis von Arbeiten und Essen. Sie ist reif für ein allgemeines Grundeinkommen. Der Vorschlag lautet: Als langfristiges Ziel soll ein neues Grundeinkommenssystem eingeführt werden, durch das die Gesellschaft die Garantie für die Befrie-

digung der Grundbedürfnisse aller Einwohner ungeachtet des durch Arbeit (oder Vermögen) erzielten Einkommens und ungeachtet der Familiensituation übernimmt. Ein solches Grundeinkommen wäre ein revolutionärer Schritt. Mit ihm würde der Sozialstaat weder zerstört noch nur gerettet – er würde aufgehoben. Damit wäre der Weg in eine ökologische Gesellschaft wesentlich erleichtert. Weil unter dem Diktat der Lohnarbeit – als Voraussetzung für das Überleben der überwiegenden Mehrheit – Geist und Körper der Menschen gefesselt bleiben müssen." (4)

Daß der Sozialstaat "aufgehoben" wird, ist wohl denkbar. Die alte Illusion dagegen, die Verteilung der Lebensmittel gerechter zu gestalten, ohne die zugrundeliegenden Besitzverhältnisse anzugehen, wird auch als Neuauflage im Rahmen grüner Theoriebildung nicht überzeugender. Ansatzpunkt ist der vermeintliche (von H. Geißler auch schon entdeckte) Gegensatz zwischen denen "drinnen" im und denen "draußen" aus dem "Bismarckschen Sozialversicherungsstaat". Opielka stellt einen "Gesellschaftsvertrag zwischen dem Millionenheer der Erwerbslosen und den Erwerbenden" vor mit dem "Grundeinkommen" als Grundlage. Denn: "Nicht, daß die Arbeit 'aus'ginge ... Doch bezahlte Arbeit wird rarer: Es gibt zu viele Menschen, zu enge Märkte und zu hohe Profite." Abgesehen von anderen Fragen, die sich bei dieser Entwicklung stellen: Können die Kapitalisten also schalten und walten, den Lohn bis wer weiß wohin drücken? Eine solche Trennung von "Arbeit und Essen" wäre ja nichts Neues und ist ja auch noch nicht lange her.

"Wertschöpfung erfolgt kaum mehr sichtbar durch den einzelnen", lautet das zentrale positive Argument für den "Vertrag" und die "Trennung von Arbeit und Essen". Angesprochen ist damit jedoch weder der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion noch die Tatsache, daß für die Kapitalisten die Trennung von Arbeiten und Essen hier und heute Wirklichkeit ist, sondern: "Die gewaltige Wertschöpfung in den Fabriken leisten verstärkt Maschinen. Und die gewaltige Wertschöpfung auf die Konten der Vermögenden leisten Börsianer und Spekulanten." Mit Zielgenauigkeit betet hier Opielkas Beitrag zur Theoriebildung der GRÜNEN genau jene Rechtfertigungen bürgerlicher Ökonomie nach, die es auf die Abwertung der einfachen Arbeit und die Darstellung der Kapitalisten als unbedeutend abgesehen haben. Aus dem damit über die gesellschaftlichen Gegensätze gelegten Dunstkreis soll das 'Grundeinkommen' als staatlich verteilte 'Wertschöpfung' strömen. (5)

Zur Darstellung der Modelle, nach denen nun ein 'allgemeines Grundeinkommen' gezahlt werden soll, wird in der Diskussion im Grundsatz auf ältere derartige Vorstellungen – vor allem aus den USA – hingewiesen. W. Hanesch beschreibt die möglichen grundsätzlichen Alternativen: "In der Regel stehen zwei Varianten im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion um ein GME (gemeint ist das 'garantierte Mindesteinkommen', der Verf.). Bei der sog. negativen Einkommensteuer sind Sozialeistungen



Parallel zur Senkung des Lohnstandards ist Kürzung oder Aussetzung von Anpassungen der Bedarfssätze der Sozialhilfe Regierungspraxis.

(Transfers) und Steuern in ein einheitliches System integriert. Jeder Bürger hat einen Rechtsanspruch auf ein GME; dieser Anspruch wird jedoch mit zu zahlenden Steuern auf zusätzliche (Erwerbs-)Einkommen verrechnet. Dadurch erhalten nur die tatsächlich Bedürftigen ein GME ausgezahlt. Bei einem staatlich garantierten Bürgergehalt ('soziale Dividende') erhält dagegen jeder Bürger eine Transferzahlung des Staates in Höhe des GME." (6)

Egal, wie nun die konkrete Entscheidung getroffen wird: Der Weg führt zum Finanzamt. Entweder durch Finanzierung über direkte Einkommensbesteuerung (bei der 'negativen Steuer' zwingend) oder z.B. durch die Wertschöpfungssteuer. Der Preis, den ältere Vertreter mit diesem Scheinangebot zur Verbesserung der Armenfürsorge verbanden: bei der Finanzierung durch direkte Besteuerung ein durchgehend proportionaler Tarif der Einkommenssteuer; bei der Wertschöpfungssteuer wird, wie bereits im ersten Teil des Aufsatzes dargestellt, von einer Wirkung ähnlich der Mehrwertsteuer ausgegangen. D.h. auf beiden Finanzierungswegen würde eine Umverteilung der Belastung zuungunsten der niedrigen Einkommen eintreten. Aus der Absicht einer Lohnsenkung haben die älteren Vertreter (Milton Friedman ist einer der jüngeren unter ihnen) auch gar kein Hehl gemacht: Mit dieser über das Finanzministerium zu handhabenden Fürsorgepolitik kann der Lebensstandard der arbeitenden Klassen weit nach unten gedrückt werden.

Zwar wird eine solche Wirkung grüner Modelle von ihren Vertretern abgestritten, aber auch z.B. bei Opielka war ein Ansatzpunkt für die Notwendigkeit direkter Gegenaktion gegen den Verfall des Lohnstandards nicht zu finden. In der grünen Diskussion um diese Frage finden sich auch Leute, die ein direktes Bekenntnis zu obengenannten Vätern derartiger 'Mindesteinkommen' nicht scheuen: "Der politisch organisierte Liberalismus ist heute am Ende. In der Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen geht, in das Soziale gewendet, ein Traditionstrang des Liberalismus ein. Man muß sich dessen nicht schämen. In die Suche nach Auswegen aus der Krise des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Sozialstaats wird auch der block- und zentralismusfeindliche Impetus des vergilbenden Liberalismus eingehen." (7) Wer da in wen eingeht, ist wohl eher zu fragen.

Aber damit nicht genug: Nachdem Bangemann nun zur Rentenkürzung eine Rentenpolitik, bestehend aus staatlicher Grundversorgung "leicht" oberhalb der Sozialhilfe, Zusatzversicherung und darüber nach Vermögen und "Bedarf" privat, vorgeschlagen hat, wird über die Reaktion der GRÜNEN berichtet, "sie seien dankbar, daß Bangemann einen von ihnen erarbeiteten Vorschlag zur Renteneuordnung mit einer gesetzlich garantierten Grundrente zumindest in Grundzügen übernommen habe. Der Minister habe sich jedoch nicht zur Höhe der Grundrente, die nach Auffassung der Grünen bei 1000 DM liegen müsse, geäußert und wolle nicht an Pfründe der Beamten und Selbstständigen heran." (8)

Wohlgemerkt: Bangemann hat seinen Vorschlag zur 'Rentensanierung' und unmittelbar in Verbindung mit weitgehenden Vorstellungen zur Aufweichung oder Außerkraftsetzung von Lohntarifen regional, betrieblich usw. gemacht. Und außerdem sei erinnert an die "32 Thesen zur Alterssicherung" des Bremer FDP-Bundesparteitages von 1979, die maßgeblich in der Kontinuität der Regierungskonzepte von Schmidt zu Kohl wiederzufinden sind. Die in Sindelfingen beschlossenen Positionen der GRÜNEN sind diesen Konzepten sehr extrem entgegengesetzt. Wenn sich diese Gegensätze bis auf den Streit um die Höhe einer staatlich finanzierten Grundversorgung reduziert hätten, so sind deutliche Warnungen an die GRÜNEN mehr als berechtigt.

Die Hoffnungen, über eine staatliche Grundversorgung sowohl der systematischen Zerstörung der Sozialversicherungen etwas entgegensetzen zu können wie die Entwicklungsbedingungen grüner gesellschaftlicher Alternativen



Mutter von sieben Kindern: "Zuerst habe ich als Trümmerfrau Steine gekloppt ... (Arbeit) habe ich dann für 15 Jahre in einer Wäscherei gefunden ..." — Rente: 270,15 DM

("informeller Sektor" (9)) zu verbessern, sind im günstigsten Falle trügerisch: Offen sind sie zunächst unmittelbar für Lohnsenkungspläne, Schranken würden beseitigt gegen die Ausdehnung von elendesten Arbeitsverhältnissen, wie es die Kapitalisten mit Kapovaz, Arbeit auf Stunden, zu Hause oder auf Abruf usw. jetzt schon zusehends versuchen.

Für die Sozialversicherungen (im Gegensatz zu Zielen Bismarcks und dessen Nachfolger) sprechen dagegen zwei Argumente: 1. das Interesse an der Beziehung auf den Lohn, dadurch können in die Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten um die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft auch die Versicherungsbedingungen direkt oder indirekt einfließen; 2. das Interesse an Selbstverwaltung.

Es wäre z.B. schon spürbar, wenn statt über staatliche Grundversorgung die Diskussion über Möglichkeiten zur Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, seine Höhe usw. entwickelt worden wäre. Damit wäre auch ein sehr praktischer Anhaltspunkt für die Höhe von Mindestleistungen z.B. in der Rentenversicherung und deren Durchsetzung gegeben. Die Diskussion über eine stärkere finanzielle Belastung der Kapitalisten mit Beiträgen zu den Sozialversicherungen setzt nicht die Aufgabe der Versicherungen zugunsten eines staatlichen Steuertransfers voraus. Abgesehen von Beitragserhöhungen allein für die Kapitalisten ist es auch denkbar, die notwendigen Aufstockungen der Finanzmittel durch Abgaben auf das Vermögen der Kapitalisten zu erreichen. Diese wären im Gegensatz zu anderen Formen von Besteuerung, Abgaben usw. nicht abwählbar. Eine Diskussion über diese Fragen des Mindestlohns, der Ausdehnung des Versicherungsschutzes, von Mindestansprüchen an die Lohnersatzleistungen, Möglichkeiten stärkerer Heranziehung der Kapitalisten zur Finanzierung ist in den Gewerkschaften notwendig, und sie könnte unter Beteiligung der den GRÜNEN sich zurechnenden Gewerkschaftsmitgliedschaft zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der die gewerkschaftliche Meinungsbildung zu diesen Fragen bestimmenden Sozialdemokratie werden.

Quellenhinweis: (1) Sindelfinger Programm, Jan. 83, zit. nach "Die Zukunft des Sozialstaats", Bd. 1, 3. Aufl., S. 342; alle Hervorhebungen, auch im folgenden, im Original; (2) Sindelfinger Programm, a.a.O. S. 344 ff. (3) T. Schmidt (Hrsg.): "Befreiung von falscher Arbeit— Thesen zum garantierten Mindesteinkommen", Westberlin 1984; "Widersprüche", Heft 14, Februar 1985; (4) M. Opielka: "Jenseits von Armut und Kapitalismus", zit. nach "Widersprüche", a.a.O. S. 55; (5) M. Opielka, alle Zitate a.a.O. S. 56 ff.; (6) W. Hanesch: "Anmerkungen zur Forderung nach einem Garantierten Mindesteinkommen", zit. nach "Widersprüche", a.a.O. S. 79; (7) T. Schmidt, a.a.O. S. 11; (8) Volksblatt Berlin v. 12.04.85; (9) z.B. K.-U. Gerhardt, A. Weber: "Garantiertes Mindesteinkommen — Für einen libertären Umgang mit der Krise", in: T. Schmidt, a.a.O. siehe S. 43) — (haj)

Friedensvertrag

DAS DEUTSCHE REICH IST UNTERGEGANGEN !

DIE BRD MUSS DIE GRENZEN ANERKENNEN !

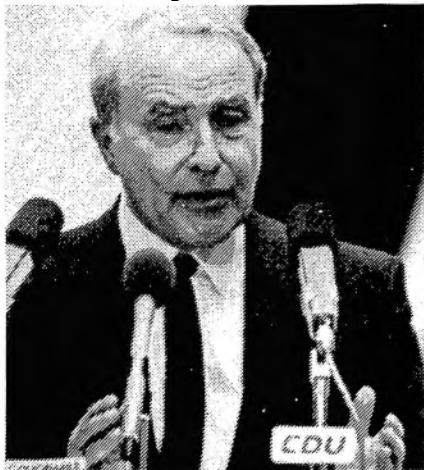
In den letzten Monaten forderten die reaktionären Kräfte verstärkt den Abschluß eines Friedensvertrages. Diese Propaganda soll die Forderung nach der "deutschen Einheit" in einem "Deutschen Reich" erleichtern, ihre expansionistischen Ziele verharmlosen und verdecken und noch als einen historischen Auftrag erscheinen lassen. An diesem reaktionären Bündnis sind die NPD, die Republikaner, Funktionäre der Vertriebenenverbände, führende Politiker von CDU und CSU und die Bundesregierung beteiligt, also ein Bündnis von Faschisten und Konservativen. In ihrer Propaganda geht es nicht mehr nur darum, die "Einheit der Deutschen" zu propagieren und alte Besitzansprüche erneut kundzutun, sondern klar zu legen, was jetzt und heute die Regierungskoalition erreichen will. Anfang des Jahres erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dregger auf Fragen der "Welt" nach "Ihrer Vorstellung, (wie) die Zukunft Schlesiens aussehen kann":

"Es wird nicht wieder so sein, wie es vor 1945 war. Aber, ich denke, es wird auch nicht bleiben, wie es zur Zeit ist. Das Chaos, das der zweite Weltkrieg hinterlassen hat, kann völkerrechtlich nur in einem Friedensvertrag geregelt werden, den diejenigen abschließen, die in Zukunft als Nachbarn neben- und miteinander leben werden. Das sind Polen und Deutschland. Ein solcher Friedensvertrag setzt die Überwindung der Teilung Europas und die Rückgewinnung des Selbstbestimmungsrechts für das polnische und das ganze deutsche Volk voraus." (1)

Das "Chaos", das Dregger beklagt, ist die fehlende Existenz des "Deutschen Reiches". Zwar existiert es in der Verfassung und in westlichen Vertragswerken, aber mehr auf dem Papier und in den Hoffnungen und Zielen der Reaktion. Mit dem Ruf nach Verhandlungen über einen Friedensvertrag wollen die Reaktionäre eine Zusammenkunft von "Polen und Deutschland", um über die Grenzen des neu zu bildenden "Deutschen Reiches" zu verhandeln. Das wäre ein praktischer Erfolg, aus dem jedermann ersehen soll, daß das alte "Deutsche Reich" noch fortexistiert und leicht verändert, aber letztlich doch in den Grenzen von 1937 wiedererrichtet werden soll. Drei Bedingungen würden mit einer solchen "praktischen Zusammenkunft" geschaffen: Die polnischen Grenzen ständen zur Disposition, somit auch die Existenz des polnischen Staates überhaupt. Zweitens wäre ein wichtiges Ergebnis der Niederlage des Hitlerfaschismus, die Bil-

dung einer antikapitalistischen, antifaschistischen Gesellschaftsordnung mit dem Staat der DDR, ganz zu schweigen von der Anerkennung der DDR als Staat, ebenfalls zur Disposition gestellt. Drittens wären die alliierten Mächte und deren Vertragswerk z.B. das Jalta-Abkommen kein Gegenstand mehr. Die Errichtung eines "Deutschen Reiches" war historisch immer expansiv, führte zu Angriffskriegen und gewaltsamer Einverleibung von Gebieten anderer Staaten.

Eine Auseinandersetzung mit diesen reaktionären Positionen wird um so dringlicher, als Rechte im grünen Gewand Vorschläge für einen Friedens-



Dregger gegen Westgrenzen Polens

vertrag unterbreiten, die eine Reorganisation des "Deutschen Reiches" bekräftigen. Hier sei auf die Umtreibe der "Linken Deutschland-Diskussion" und den Vorschlag eines Friedensvertrages von einem grünen Kongreß "Frieden für die Deutschen" verwiesen (siehe Kasten).

Bedenken gegen einen Friedensvertrag

Fortschrittliche Kräfte in der BRD erheben starke Bedenken gegen die Forderung nach einem Friedensvertrag. DKP, VVN/BdA und einzelne Politiker der Grünen weisen darauf hin, daß es sehr verdächtig sei, daß Reaktionäre, die in den fünfziger Jahren sich gegen einen Friedensvertrag wandten, heute auf einmal für einen Abschluß seien. Der Herausgeber der Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik", Helmut Ridder, wies im Herbst letzten Jahres darauf hin, daß durch die Forderung nach einem Friedensvertrag eine "endlose Verlängerung" in politischen Auseinandersetzungen über die Frage geschaffen würde, ob eine "Einheit Deutschlands" möglich sei. Wenn man

sich die Propaganda der Reaktionäre zum Friedensvertrag vergegenwärtigt, finden die Bedenken zahlreiche Anhaltspunkte, daß die Forderung nach einem Friedensvertrag einen Vorwand für die grenzüberschreitende Herstellung der "Einheit Deutschlands" abgeben könnte. Auf eine Schwierigkeit weist Ridder dann aber auch selber hin: "Einige Materien im Rahmen der Normalisierung (sind) noch durch spezielle Verträge zu regeln."

Auch die DDR und die Sowjetunion erheben Bedenken gegen einen Friedensvertrag. Wir hatten in einem Artikel am Anfang des Jahres (2) über die Positionsentwicklung der DDR und der Sowjetunion zum Friedensvertrag in den letzten Jahrzehnten berichtet. Die Aussagen eines DDR-Völkerrechtlers geben wohl die Hauptbedenken, die sich in der DDR in den letzten Jahren entwickelten, wieder:

"Und heute ist es beinahe undenkbar geworden, daß eine große Friedenskonferenz stattfinden kann, auf der die DDR und auf der anderen Seite die BRD mit ihren Revanchistenverbänden – daß wir hier sozusagen auf einer Anklagebank sitzen könnten auf einer solchen Friedenskonferenz, um mit gleicher historischer Elle gemessen zu werden. Das ist nicht mehr angängig."

Diese Überlegungen sind verständlich, zumal die DDR die Grenzen Polens und die BRD anerkennt. Die DDR will keinesfalls in irgend einen Zusammenhang mit Interessen des "Deutschen Reiches" kommen, aber auch nicht zum Verhandlungsobjekt werden. So erklärte erst kürzlich der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker zu recht, daß das Deutsche Reich "in den Flammen des zweiten Weltkrieges für immer untergegangen ist".

Das Deutsche Reich ist untergegangen

Das gesamte Vertragswerk der Alliierten Siegermächte zielte darauf ab, eine Reorganisation des Deutschen Reiches zu verhindern und unmöglich zu machen. (3) Das Deutsche Reich war vernichtet, und das sollte auch so bleiben. In Friedensverträgen der Alliierten mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Finnland, im Potsdamer Abkommen und im Nürnberger Urteil sind zahlreiche Bestimmungen und Aussagen enthalten, die sich gegen eine Reorganisation des Deutschen Reiches wenden. Der Österreichische Staatsvertrag, der bis heute gilt und von Österreich beachtet wird, verbietet einen Anschluß an "Deutschland", verbietet sogar jede

"FRIEDENSVERTRAG" SOLL EXPANSIONISMUS POPULÄR MACHEN

Die Regierungskoalition, insbesondere die CDU/CSU, bemüht sich intensiv um passende Lösungen auf dem Gebiet der "Deutschlandpolitik" zur Zusammenführung politischer Kräfte vom konservativ-liberalen Lager bis zum militärischen Neofaschismus. Hupka, CDU, sprach auf dem Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen am 18.11. 1984 in Bonn von einer ständig wachsenden Zahl derer in diesen Reihen, "die sich ohne einen persönlichen familiären Bezug zu Ostdeutschland, zu diesem Teil von Deutschland, bekennen und dafür eintreten". Bekanntlich handelt es sich bei "diesem Teil von Deutschland" nicht nur um die DDR, sondern auch um Staatsgebiet Polens und der Tschechoslowakei. Das wirft für die Reaktion Probleme auf, die mit Lösungen wie "Wiedervereinigung" und "Deutschland in den Grenzen von 1937" nicht geringer werden. An dieser Stelle werden Forderungen nach "Selbstbestimmungsrecht" und "Volksgruppenrechte" für "die Deutschen im Osten" und die Forderung nach einem "Friedensvertrag" ins Spiel gebracht. Das stramm rechte "Deutschland-Magazin" visioniert in der Märzausgabe scheinheilig auf "eine politische Entwicklung, an deren Ende Deutsche wie Polen als freie und gleichberechtigte europäische Partner guten Gewissens sagen können: 'Schlesien ist unser'".

Alfred Dregger, CDU, MdB

"Dazu gehört die Überzeugung, daß für beide Völker, für Polen und Deutsche, die Freiheitsfrage wichtiger ist als die Grenzfrage. Zu dieser Freiheitsfrage gehört auch die Frage, ob Polen und Deutsche das Recht haben, als souveräne Staaten miteinander Frieden zu schließen in einem Friedensvertrag, oder ob für sie nur das gelten soll, was die Macht anderer für sie bestimmt. Wer das alles bedenkt – nicht mit dem Blick auf die Vergangenheit, sondern auf die Gegenwart und die Zukunft beider Völker –, der wird erkennen, daß schon heute Polen und Deutsche viel mehr gemeinsame Interessen haben als trennende. Die deutschen Heimatvertriebenen, die in unserer Solidarität stehen, die wir nicht ausgrenzen und die wir auch von anderen nicht ausgrenzen lassen, werden dabei eine wertvolle Brückenfunktion zu unseren östlichen Ländern wahrnehmen." (Bundestagsprotokoll, 27.2.1985)

"Es ist eine geschichtlich ungewöhnliche und für Europa schlimme Tatsache, daß 38 Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen noch

keine allgemein anerkannten Friedensverträge zustandegekommen sind. Deshalb sollten wir daran festhalten, daß wir einen Friedensvertrag für Deutschland fordern, damit auch auf östlicher Seite daran ein Mindestinteresse erhalten bleibt, sollten wir ferner daran festhalten, daß die so genannten Ostverträge formalisierte Gewaltverzichtsverträge sind, aber keine Grenzänderungsverträge. Die Grenzen können endgültig erst in Friedensverträgen festgelegt werden ..." (Rede auf dem 17. Parteitag der Exil-CDU, Fulda, 11.3.1983)

CSU

"S. Die deutsche Frage bleibt solange schon formal offen und damit relevant, als sie nicht durch einen Friedensvertrag oder eine einem Friedensvertrag gleichwertige Regelung überwunden ist. Daher dürfen und müssen wir als Ziel- und Schlüsselein einer Politik, die die deutsche Einheit anstrebt, eine vertraglich frei vereinbarte europäische Friedensordnung fordern." (Gedanken zur

18.11.1984)

Helmut Lemke, Landesvorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland Schleswig-Holstein

"Dieser Friedensvertrag kann auch Bestandteil einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung sein. Das bedeutet, daß die deutsche Frage einschließlich der Frage nach den Grenzen Deutschlands bis zum Abschluß des Friedensvertrages bzw. bis zum Entscheid über die gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung offen ist. Auf diesen Rechtsanspruch darf bis dahin nicht verzichtet werden. Eine nationale neutralistische Lösung ist verfassungsrechtlich untersagt, da Freiheit vor Einheit geht." (Politik und Kultur, 6/84)

Bund der Vertriebenen

"Wir wollen niemandes Unterdrückung, Bedrohung oder Vertreibung. Wir wollen die Menschenrechte auch für die Deutschen, die Wahrnehmung berechtigter deutscher Interessen und einen gerechten politischen Ausgleich mit unseren Nachbarn in einer freiheitlichen gesamteuropäischen Ordnung der Staaten, Völker und Volksgruppen." (Bundes-



Die Vorderseiten der 12 Medaillen zeigen dramatische Ereignisse der sechs Kriegsjahre (Originalgröße der Silbermedaillen). Die gemeinsame Rückseite der Medaillen zeigt einen stilisierten Kampfmann.

Medaillen zum 8. Mai – Kriegsverherrlichung als Anzeige

Deutschlandpolitik, Wildbad Kreuth, 12.1.1985)

Herbert Hupka, CDU, Vorsitzender des Ständigen Rates der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen

"Erst in einem frei ausgehandelten Friedensvertrag kann endgültig über Deutschland und seine Grenzen entschieden werden. Mit Vorgaben und Vorleistungen ist nicht nur nichts zu gewinnen, sondern vielmehr nur alles zu verlieren. Der Verlust für Deutschland wäre zugleich der Gewinn des Kommunismus." (Kongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften, Bonn,

versammlung BdV 1982, in Deutscher Ostdienst, Bonn, 29.1.1985)

Handlos, fraktionslos, MdB, Die Republikaner

"Wir können nicht von anderen Völkern unsere Wiedervereinigung erhoffen, wenn wir sie nicht selbst fordern. Daß dabei das Recht auf Heimat und das Volksgruppenrecht im Rahmen eines Friedensvertrages gewährleistet sein müssen, ist eine natürliche Folge einer solchen Entwicklung ... Niemand darf vor dem Abschluß eines Friedensvertrages – den wir Republikaner fordern – Rechtspositionen preisgeben." (Bundestagsprotokoll, 27.2.1985)

mittelbare politische Vereinigung mit Deutschland.

Die westdeutsche Reaktion bestreitet, daß das "Deutsche Reich" vernichtet ist. Bereits 1952 konnte die BRD die westlichen Alliierten im Deutschlandvertrag dafür gewinnen, die Nachkriegsordnung nicht nur in Frage zu stellen, sondern deren Veränderung, vermittels der Behauptung, daß das "Deutsche Reich" fortbestehe, ausdrücklich zum Bündnisauftrag zu erklären:

"Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."

Dieses Deutschland sollte nicht nur ein einheitliches sein, sondern eine

freiheitlich-demokratische Grundordnung haben wie die BRD und Bestandteil eines westeuropäischen Kriegspaktes gegen die osteuropäischen Staaten sein. Das waren Bedingungen für einen Friedensvertrag, die auch heute von der BRD gefordert und vom westlichen Bündnis unterstützt werden. – Demgegenüber hat die DDR 1974 die Wiedervereinigung aus der Verfassung gestrichen und in allen ihren völkerrechtlichen Verträgen keine Ansprüche auf Polen, die BRD oder auf irgendwelche anderen "ehemaligen", "vormaligen" u.a. "deutschen Gebiete" erhoben. Die DDR erkennt die BRD und die Volksrepublik Polen völkerrechtlich an.

All dies zusammengenommen bedeutet: Eine friedensvertragliche Lösung zwischen der BRD, der DDR und der VR Polen ist überhaupt nicht nötig. Nur die BRD erkennt die bestehenden Grenzen nicht an. Also muß von ihr verlangt werden: Die sofortige

bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Null- und Nichtig-Erklärung des Münchener Abkommens von Anfang an, die uneingeschränkte Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, vor allem der polnischen Westgrenzen. Dies sind unverzichtbare Bestimmungen, die die BRD vertraglich garantieren muß!

Eine Einigung aller antifaschistischen Kräfte auf diese Forderungen wäre nützlich und könnte etwas bewirken. So sehr die Bedenken seitens der VVN/BdA und der DKP u.a. in Sachen Friedensvertrag zum Teil zutreffen, so sehr trifft leider auch zu, daß diese Kräfte in der Öffentlichkeit und insbesondere bei den Friedensdemonstrationen nicht für die Anerkennung der DDR eingetreten sind und bei der Propaganda für die Entspannungspolitik bis heute unsinnigerweise behaupten, (4) daß die Ostverträge zur Anerkennung der DDR geführt hätten.

POLITISCHE OPPOSITION ZUM FRIEDENSVERTRAG

Dieter Lattmann, SPD, MdB

"Es gibt mehrere Entwürfe zu einem deutschen Friedensvertrag, die vierzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg jetzt vorgelegt werden – so den der Grünen, den einer Arbeitsgruppe um Herbert Ammon, Peter Brandt, Ingeborg Drewitz und andere ... Es gibt dazu den 'Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion', Sprecher: Rolf Stoltz in Köln, der Verbindungen zwischen Grünen, Alternativen und linken Positionen aus der SPD herzustellen versucht. Wir haben das zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu antworten. Ich frage mich indessen, ob der Ansatz über einen Friedensvertrag in Stufen, zuerst unter Beibehaltung der Blockzugehörigkeit beider deutscher Staaten, dann mittelfristig mit einer Föderation oder einem 'Deutschen Bund' mit dem Ziel des Auseinanderückens beider Weltmächte, ihrem allmählichen Verschwinden aus Zentraleuropa, – ich frage mich, ob angesichts der tatsächlichen Machtinteressen vor allem auch unserer US-amerikanischen Vormacht ein Weg dahin führen kann." (Deutsche Volkszeitung 4.1.85)

Max Oppenheimer, VVN/BdA
"Doch würde ein 'Friedensvertrag', gekoppelt mit diesem oder jenem 'Wiedervereinigungskonzept' den Frieden sicherer machen? Wohl kaum. Denn was in den 60er Jahren möglich gewesen wäre – es sei nur an die Diskussion über die deutsche Konföderation erinnert –, das stellt sich heute anders dar, das hat sich auseinandergelebt." (Antwort auf Lattmann, DVZ, 1.3.85)

Dirk Schneider, Grüne, MdB

"Wer allerdings den derzeitigen gespannten Zustand in Europa als 'Nichtkrieg' bezeichnet oder die Beziehungen der deutschen Staaten als 'Modus vivendi' (Möglichkeit des Zusammenlebens, d. Red.) nach vor 40 Jahren eingestellten Kampfhandlungen, der suggeriert die Illusion, als würde der Kampf der Systemwidersprüche nicht ständig fortgesetzt und könnte eine vertragliche Regelung (Friedensvertrag) eine endgültige Lösung schaffen. Einige Initiativen im grünen Umfeld werben für derartige Vorschläge ... die ein Zusammenführen der deutschen Staaten zu einer Hauptvoraussetzung europäischer Einigungsbestrebungen erklärt ... so falsch schätzen die Berliner Autoren die derzeitige Lage zwischen den beiden deutschen Staaten ein und insbe-

sondere die Politik der Regierung Kohl, die sie als entspannungsfreudlich und an einer Verbesserung der Beziehungen zur DDR interessiert darstellen. Diesem Eindruck unterliegen auch viele Sozialdemokraten und sicherlich der größte Teil der Öffentlichkeit." (in Antwort auf Lattmann, DVZ, 1.3.85)

Antje Vollmer, Grüne, MdB

"Es wird endlich auch rechtlich verbindlich Frieden geschlossen. Der Friedensvertrag-Vorbehalt, den wir heute so oft haben klingen hören, würde endgültig entfallen.

Beide deutschen Staaten sind Rechtsnachfolger des ehemaligen Deutschen Reiches und übernehmen damit ihren Teil Verantwortung – auch die DDR. Die Bundesrepublik Deutschland erkennt die DDR und ihre Staatsbürgerschaft an, und die Hallstein-Doktrin landet damit endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte. Die bestehenden Grenzen werden damit endlich auch rechtsgültig anerkannt, und jeder weiteren Spekulation wird der Boden entzogen. Beide deutschen Staaten werden gleichzeitig aus ihren Militärblöcken entlassen und bauen ihre militärische Offensivwaffen ab." (Deutscher Bundestag, 27.2.85, Protokoll S. 9029)

Helmut Ridder, "Blätter"

"Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Ruf nach einem Friedensvertrag heute vor allem von denen kommt, die selbst mit der 'alten' zur Spaltung führenden Deutschland- und Ostpolitik (der trügerischen 'Stärke') das rechtzeitige Zustandekommen eines Friedensvertrages verhindert haben (Finnland, Italien usw. haben ihre Friedensverträge; Österreich den einen Friedensvertrag konsumierenden Staatsvertrag), wird die Infamie solcher Rattenfängerei deutlich, der lei-



Aktion in Heilbronn gegen reaktionäre Propaganda

Über die Entstehung der Friedensvertragsforderung

Die Reaktion hatte den Abschluß des "Deutschlandvertrages" als "Vor- und Teilstaatsvertrag" propagiert. Für sie war es ein Erfolg, daß sie drei Siegermächte für den Plan gewonnen hatte, der Sowjetunion ein Deutschland in den Grenzen von 1937 zu diktionieren. Adenauer führte 1952 im Bundestag aus: "Ich glaube, daß es möglich sein wird, im richtigen Augenblick mit Sowjetrußland an den Verhandlungstisch zu kommen, wenn wir die Hilfe dieser Mächte dabeihaben."

Die Forderung nach einem Friedensvertrag seitens der Sowjetunion wandte sich gegen den bereits verabschiedeten "Vor- und Teilstaatsvertrag" der westlichen Alliierten, der BRD und gegen das darin enthaltene Ziel der Einverleibung der DDR. Gleichzeitig war der Friedensvertrag ein Vorschlag an alle Kräfte in der BRD, insbesondere an die SPD, die

sich gegen eine Remilitarisierung und die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsunion/gemeinschaft wandten. Die KPD griff ihrerseits diese Politik auf und erklärte 1952 an die SPD: "Handeln wir aber gemeinsam, so erzwingen wir uns den Weg zu einem besseren Leben, zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, zum Friedensvertrag."(5) – Die Forderung nach dem Friedensvertrag war somit lange Zeit mit der Forderung nach Wiedervereinigung verbunden.

Die Revolutionäre, unter anderem der frühere KBW bzw. der BWK, haben die Forderung nach dem Friedensvertrag der Programmatik der KPD entnommen. 1973 wurde die Forderung nach einem Friedensvertrag im Programm des KBW aufgenommen, um eine Forderung zu haben, die entschieden für die Anerkennung der bestehenden Grenzen eintrat und sich an alte revolutionäre Positionen orientierte, auch weil zu diesem Zeitpunkt

klar war, daß die Ostverträge eine Anerkennung der DDR nicht bewirken konnten.

Hinzu kommt: Auch durch die mittlerweile ablehnende Haltung der DDR gegenüber einem Friedensvertrag und die Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ist eine andere Lage entstanden. Dies müssen wir beachten, wenn wir heute überlegen und prüfen, ob die Interessen, die wir damals mit der Programmpassage verfolgten, heute nicht mit anderen Forderungen – wie die in diesem Artikel aufgeführten – vertreten werden müssen.

Quellenhinweis: (1) "Welt" vom 9.1.85, siehe auch Nr. 2/85 dieser Zeitschrift; (2) Politische Berichte 2/85; (3) siehe auch Politische Berichte 5/85; (4) siehe auch "Blätter für deutsche und internationale Politik" 9/84, S. 1039; (5) Dokumente der KPD 1945–1956, S. 337. – (jöd, huh, maw/DK Ak Nationalismus, rül, uld)

der viele junge Leute und Teile der Friedensbewegung zum Opfer fallen. Mühsamst ist an Stelle des torpedierenden Friedensvertrages Stück für Stück durch Verträge Normalisierung ermöglicht und schließlich mit der Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO ein erträgliches Friedensarrangement gefunden worden, das nun wieder von den 'Doppelpolitikern' unterminiert wird. Sie wissen, daß es danach keinen Friedensvertrag mehr geben kann. Indem sie ihn fordern, praktizieren sie die endlose Verlängerung eben des 'Modus vivendi' als Waffenstillstand. Dem würde nach dem dahinter steckenden uralten und sehr deutschen Konzept nur die Kapitulation der anderen Seite oder das 'letzte Gefecht' mit dem 'Bösen' folgen können. Kurzum, ich wüßte keinen nennenswerten Stoff für einen expliziten Friedensvertrag, wenn auch einige Materien im Rahmen der Normalisierung noch durch spezielle Verträge zu regeln wären." (Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/84)

Linke Deutschland-Diskussion

"Wir streben eine sozialistische Demokratie in Deutschland an... Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn es gelingt,

- die Blockkonfrontation auf deutschem Boden zu überwinden,
- menschliche Kontakte über die Grenzen der deutschen Staaten auszuweiten ...
- einen deutsch-deutschen Staatenbund zu begründen, durch den auch die absurde Besetzungsverwaltung in West-Berlin abgelöst werden kann ...

Eine fortschrittliche deutsche Emanzipationsbewegung ist im besten Sinne gesamteuropäisch." (Flugblatt "Anstoß für eine deutsch-deutsche Alternative", November 1984)



Demonstration in Hamburg

Vorschlag: Friedensvertrag

(vom Kongreß von Grünen "Frieden für die Deutschen", November 1984 in München)

"Der Geltungsbereich dieses Friedensvertrages ist das gesamte Staatsgebiet der BRD, der DDR, und das Gebiet der Stadt Berlin. Die BRD und die DDR sind in der Gestaltung ihrer beiderseitigen Beziehungen grundsätzlich frei und nur durch das allgemeine Völkerrecht, die Satzung der Vereinten Nationen, die Grundsätze der KSZE sowie durch den zwischen ihnen bestehenden Grundlagenvertrag vom 8. November 1972 gebunden. Sie können insbesondere gemeinsame Staatsorgane und konföderative Einrichtungen schaffen sowie eine Zoll- und Währungs-Union beschließen..."

Der Sitz des Parlaments der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird – im Einvernehmen mit den EG-Mitgliedsstaaten, die nicht Unterzeichner dieses Friedensvertrages sind – von Straßburg nach Westberlin verlegt.

Die deutsche Verwaltung stellt dem Europa-Parlament das alte Reichstagsgebäude als Tagungsort zu Verfügung ...

Die BRD wird aus der NATO, die DDR aus dem Warschauer Pakt entlassen. Beide Staaten verpflichten sich, einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem beizutreten, sobald dieses geschaffen wird". (Die Grünen, Zeitung der bayerischen Grünen, 24.11.1984)

Kommunistische Gruppen (NHT)

"Die Nichtexistenz eines Friedensvertrages garantiert der Sowjetunion die fortwährende Abhängigkeit der DDR ebenso wie allen vier Siegermächten ein Mitspracherecht über alle 'Deutschland als Ganzes' betreffenden Fragen ... Ein solcher Vertrag würde völkerrechtlich mit der Fiktion des Fortbestandes des deutschen Reiches ebenso aufräumen wie mit den daraus abgeleiteten vermeintlichen Rechtsansprüchen der BRD." (Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, KG(NHT), KPD, PA, vom 30.11.1984)

BWK (bzw. früher KBW)

"Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatuts; volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR; Abschluß eines Friedensvertrages, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt verleiht und die volle Souveränitätsrechte beider deutschen Staaten und Westberlins garantiert. Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen und Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten." (Programm)



Südafrika

In letzter Zeit vergeht fast kein Tag, an dem nicht die bürgerlichen Zeitungen von neuen Morden des südafrikanischen Kolonialregimes berichten müssen: Demonstrationen, auf die die Polizeischergen des Kolonialregimes das Feuer eröffnen, aber auch schwarze Jugendliche, die erschossen werden, wenn sie einen Spitzel oder offi-

ziellen Beamten des Regimes angreifen. Ende März hat das rassistische Kolonialregime den Hochverratsprozeß gegen acht Führer des Widerstands eröffnet. Mit dem Prozeß soll das Verbot dieser Widerstandsorganisationen eingeleitet werden. Können die azanischen Volksmassen diese neuen Versuche des Regimes, ihre Widerstandsorganisationen zu vernichten, abwehren?

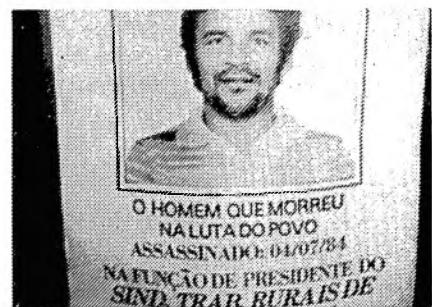
Brasilien: Forderungen der Landarbeiter und Bauern

Millionen von Bauern und Landarbeitern ziehen auf der Suche nach Land und Arbeit durch Brasilien; Millionen leben im Elend am Rande der Städte. Mit blutigem Terror vertreiben Großgrundbesitzer und ausländische Konzerne Bauern von ihrem Land. Bei Landbesetzungen erschossen Banden und Militärs 1984 über 100 zumeist Landarbeitergewerkschafter (siehe Bild). Die Militärs subventionierten die Kapitalisierung der Landwirtschaft und den Agrarexport. Die Gewerkschaften der Landarbeiter vergrößern ihre Mitgliedschaft. Die Zuckerrohrarbeiter gewannen 1984 ihren Streik. Die neue Regierung verspricht eine Landreform.



Abtreibung in Bayern

Der HBV-Frauenausschuß in München fordert zur Abtreibungspraxis der städtischen Krankenhäuser, daß die Kliniken ihren Dienstverpflichtungen nachkommen müssen. Nach dem Krankenhaus in Neuperlach weigert sich jetzt auch das Schwabinger Krankenhaus, nachdem ein neuer Chefarzt im Amt ist, Schwangerschaftsabbrü-



che aufgrund sozialer Indikation vorzunehmen. Zum gleichen Thema sammelt die IGM-Fraengruppe Unterschriften unter einen offenen Brief an die CSU-Abgeordneten. Darin wird der Vorstoß der CSU angegriffen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein unterbinden zu lassen. Was treibt die CSU sonst noch, und was hat sie vor?

"Deutsche Volksgruppenrechte" – in faschistischer Tradition

Die polnische Regierung müsse "den Deutschen" "Volksgruppenrechte" zugesehen, ist eine der Forderungen, die die Unionsparteien gegenüber Polen erheben. Kein Vertriebenentreffen, auf dem nicht die Lage der "deutschen Volksgruppe" in diesem oder jenem Staat Osteuropas beklagt wird. Die "Volksgruppenpolitik" von Unionsparteien, Regierung und Vertriebenenverbänden knüpft an der Volksgruppenpolitik der Faschisten an und setzt deren aggressive, großdeutsche Tradition ungebrochen fort. Auch die Ziele sind geblieben: Mit dem Vorwurf der "Bedrückung von Deutschen" soll der Krieg gegen die Staaten Osteuropa vorbereitet werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.
Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.
Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50